

MARTINSWERK

Vorsitzender: Pfarrer Burkard Weinmann
Stellv. Vorsitzender: Prof. Dr. Wolfgang Karcher

GEMEINNÜTZIGER VEREIN ZUR
WOHNRAUMBESCHAFFUNG E.V.
MITGLIED DES DIAKONISCHEN WERKES

Beirat: Sozialpfarrer Reinhard Tietz
Prof. Dr.-Ing. Carl-Hellmut Wagemann
Rechtsanwalt und Notar Reymer von Wedel

Martinswerk e. V., 1 Berlin 12, Hardenbergstraße 34

/ 3112333

Hilfswerk-Siedlung GmbH

Eing. 4. DEZ 1981

Erl.:

Administrativ: 14 1/36
652642

Konsistorium der EKIBB
- Bauamt -
z.Hd. von Herrn Hasselmann
Goethestr. 87
1000 Berlin 12

28.5.1982

Betr.: Wertermittlung für das Haus Willibald-Alexis-Str.43 /
Heimstr. 9 und 9a

Sehr geehrter Herr Hasselmann!

Herr Wiechert von der Gewobag hat mir telefonisch zugesagt, die Einverständniserklärung der Gewobag an das kirchliche Bauamt zu schicken, und das inzwischen hoffentlich auch getan. Zur Einsicht in die Unterlagen des Hauses steht er Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit den Besetzern des Hauses haben wir bisher schon mehrfach verhandelt und mit ihnen sowie Herrn Wiechert von der Gewobag auch bereits einen Termin bei Stadtrat Orlowski wahrgenommen. An der Verhandlungsbereitschaft der Besetzer besteht also kein Zweifel.

Inzwischen haben sie sich jedoch einem Verhandlungsstop-Beschluß etlicher besetzter Häuser angeschlossen, der nach den Räumungen von Kopischstr.5 und Fraenkelufer 30 gefaßt worden ist. Natürlich hat die Klage der Gewobag gegen einen Besetzer des Hauses Willibald-Alexis-Str.11 die Lage noch verschärft.

Es ist deutlich, daß Einzelverhandlungen mit den Besetzern bestimmter Häuser nur möglich sind im Rahmen einer Gesamtlösung, die grundsätzlich für alle besetzten Häuser anwendbar ist. Es ist nicht möglich, mit einigen Häusern zu verhandeln und gegen andere vorzugehen, ohne auch dort den Verhandlungsweg gesucht zu haben.

Die Besetzer des Hauses Willibald 43 / Heim 9,9a sind grundsätzlich weiter an einer Verhandlungslösung interessiert, ebenso wie auch wir und die Passionsgemeinde. Sobald die Besetzer bereit sind, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, werden wir Sie informieren, damit dann unverzüglich eine Hausbesetzung stattfinden kann. Von den beteiligten Parteien ~~Besten~~ niemand glücklich über diese Unterbrechung. Wir hoffen darum, daß wir bald wieder tätig werden können.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihr

Siegwart Kriebel

An die
Gemeinnützige Wohnungsbau-
Aktiengesellschaft Groß-Berlin
(GEWOBAG)
z.Hd. von Herrn Wiechert
Carmerstraße 6

1000 Berlin 12

Berlin, den 27.5.1982

Sehr geehrter Herr Wiechert!

Wir, die Gossner Mission und die Passionskirchengemeinde, sind betroffen von der Klage der Gewobag gegen einen Besetzer des Hauses Willibald-Alexis-Str. 11. Inzwischen haben die Besetzer des Hauses Willibald-Alexis-Str. 43/Heimstr. 9 und 9a beschlossen, die Verhandlungen um eine vertragliche Regelung in ihrem Haus abubrechen. Dieser Abbruch mußte erwartet werden und ist in Abstimmung mit anderen besetzten Häusern gefallen. Dabei hat die Räumung von Kopischstr. 5 und von Fraenkelufer 30 ebenso eine Rolle gespielt wie die erwähnte Klage der Gewobag.

Aus diesem Vorgang wird deutlich, daß die Verhandlungen mit den Besetzern eines Hauses nicht losgelöst von den anderen besetzten Häusern geführt werden können, sondern daß eine grundsätzliche Lösung angestrebt werden muß, in deren Rahmen Einzelverhandlungen geführt werden können.

Wir können ein besetztes Haus auch nur erwerben, wenn unser künftiges Verhältnis zu den Besetzern vorher geregelt ist und eine Atmosphäre in der Stadt geschaffen wird, die eine Einhaltung eingegangener Verträge durch die jetzigen Besetzer erwarten läßt. Mit dem Abbruch der Verhandlungen ist unser Projekt zunächst ernsthaft infrage gestellt. Wir hoffen deshalb, daß die Behandlung der Besetzerfrage durch alle Beteiligten in den kommenden Wochen eine Situation schafft, in der die Verhandlungen wieder aufgenommen werden können. Grundsätzlich sind wir bereit, unser Ziel der Übernahme eines besetzten Hauses weiter zu verfolgen. Eine Rücknahme der Klage gegen den Besetzer im Hause Willibald-Alexis-Str. 11 durch die Gewobag könnte dafür sicherlich sehr hilfreich sein.

Mit freundlichen Grüßen

GOSSNER MISSION

Passionskirchengemeinde

Siegwart Kriebel, Pfr.
(Missionsdirektor)

Thomas Gärtner,
(Geschäftsführender Pfarrer)

Verteiler z. Kenntnis:

Der Senator für Bau- und Wohnungswesen

Der Stadtrat für Bau- u. Wohnungswesen des Bezirkes Kreuzberg

Der Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Berlin West)

Der Superintendent des Kirchenkreises Kreuzberg

14. 5. :

- 1) Herr Kerschbaum, Kiehl. Bauamt, mit Werkmittlung beauftragt, an Herrn Wiedert, Gewobag, verwiesen. (Kommision des EkiBB, Bauamt, Fortsch. 87, 1-12)
- 2) Thomas Götner, Pamirsgemeinde:
will Kita-Baute zur Haarbegleitung hinzuziehen.
Beide haben beide einen eigenen Arbeitsort
und RA Karlheinz Rieger (wegen Organisation)
Pamirsgem. wird ihnen vorschlagen, einen
Sanierungsbeauftragten zu wählen (BMS, SPI, Netzbau, 81 5036)

24. 5. :

- 1) Gewobag um schriftliche Bestimmung zur Haarbegleitung
durch einen Vertreter des Kiehl. Bauamtes gebeten
(Herr Wiedert)
Bike um Bewirtschaftungsstellen (Wiedert stimmt beiden zu)
- 2) Kiehl. Bauamt (Kerschbaum, Hummel) können zunächst
Werkmittlung ab wegen fehlender Informationen,
stimmen aber darauf in (Hummel), da die Zustimmung
des Gewobag (z.B. Nr. 1) und Verhandlungsbeistand des
Bauamtes erhalten und unzweifelhaft.
- 3) Gewobag hat am Senat f. Bau- u. Wohnungswesen
um Übernahme des Planungsstellen gebeten und erwartet
die Antwort.

A k t e n n o t i z

=====

Gespräch am 12.5.82 im Bezirksamt Kreuzberg:

Teilnehmer: Orlowsky, Menge, Schattner, Christian, Thomas (Passions-
gemeinde), Bärbel, Siegwart, Erhard, Besetzer, Wiechert
(Gewobag), Kita-Leiterin

1. Verkauf

Kaufpreis: DM 400.000,-- plus Nebenkosten (Planungskosten, Notar, Gerichtskosten.

Gewobag ist bereit, zu diesem Preis zu verkaufen. Die verschiedenen Kosten, die noch entstanden sind, sollen im Laufe der nächsten Woche errechnet werden.

Vorschlag: Die Gewobag verzichtet auf die Erstattung dieser zusätzlichen Kosten.

Der Senat muß zustimmen, da der Verkauf genehmigungspflichtig ist. Mit dem Senat soll verhandelt werden, daß die weiteren Kosten nicht mit berechnet werden.

2. Sanierung

- Es bestehen keine bauaufsichtlichen Auflagen.
- Es soll erreicht werden, daß die GM als Sanierungsträger anerkannt wird, damit die Instandsetzungskosten zu 100% vom Senat erstattet werden.
- Planungskosten können mit 75% vom Senat unterstützt werden. Es muß mit dem Senat politisch ausgehandelt werden, daß auch die GM anerkannt wird und ihr die Erstattungen zugute kommen.
- Es können eigene Sanierungsprogramme aufgestellt werden. Die GM ist nicht verpflichtet, die Sanierungsziele von der Gewobag zu übernehmen.
- Drei Kosten: Kaufpreis,
Nebenkosten,
Sanierungskosten.
- Es soll versucht werden, vom Senat für die GM eine Beauftragung der Sanierung zu erreichen. Dann entfallen die 7% Grunderwerbsteuern.
- Es soll eine Entscheidung herbeigeführt werden, daß die Gewobag verkaufen will.
Diese beiden Voraussetzungen müssen zunächst geschaffen werden.
- Anschließend wird mit dem Bezirksamt Kreuzberg ein Instandsetzungsvertrag geschlossen, in dem die einzelnen Maßnahmen festgelegt werden. Es geht dabei um die Grundsanierung.

3. Verhältnis zu den Bewohnern

- 3.1. - Es muß geklärt werden, wie die Mit- bzw. Selbstverwaltung geregelt wird:
 - a) über die Instandsetzungsmaßnahmen (innere Instandsetzung) - Planung
 - b) über die Bewohner (wer im Haus wohnt)
 - c) über die anfallenden Kosten und wie sie bezahlt werden.
- Die Bewohner verpflichten sich zur inneren Instandsetzung)
- Sie übernehmen die Nebenkosten (anfallenden Kosten)) Selbstaussage!
- Sie wollen keine Verwaltungskosten bezahlen)
- 3.2. - Es muß geklärt werden, welches Nutzungsgeld bezahlt wird.
- 3.3. - Es muß geklärt werden, welche Rechtsform die Gruppe erhält.

- 3.4. - Es muß geklärt werden, welchen Raumbedarf die Kita hat.
- 3.5. - Es wird vereinbart, daß alle weiteren Verhandlungen gemeinsam geführt werden.
- 3.6. - Es wird vereinbart, daß eine gegenseitige Information praktiziert wird.
- 3.7. - Informationen nach außen sollen nicht ohne Rücksprache mit der anderen betroffenen Vertragsseite gegeben werden.

Aktennotiz über das Gespräch mit Herrn Brocke, SPI, am 10.5.1982

Herr Brocke begrüßt unser Vorhaben, ein besetztes Haus zu kaufen, sehr. Er erhofft sich davon eine Signalwirkung für andere gemeinnützige Organisationen.

1)

Das Wichtigste ist eine Einigung mit den Besetzern

- a) Sie müssen sich in einer Rechtsform zusammenschließen
Verein ist dabei für die einzelnen Bewohner sicherer als ein BGB-Vertrag, bei dem jeder unterschreibt und damit jeder voll haftet.
- b) Stimmen die Bewohner einer Teilsanierung mit öffentlichen Mitteln zu? Darauf müssen sie verbindlich antworten.
- c) Erbbaurechtsvertrag nimmt der Gossner Mission weitgehend die Verfügungsmöglichkeit über ihr Eigentum, die ist in einem langfristigen Nutzungsvertrag besser gewahrt.
- d) Die Bewohner müssen sich einen guten Architekten nehmen, möglichst mit Erfahrung in Altbau-Sanierung. Das ist wichtig für die Baugewährleistung. Der Architekt macht:
Bauplan & Regeln der Baukunst)
Kostenaufstellung (gegengerechnet von BSM, SPI oder IBA)
- e) Einrichtung eines Bausonderkonto durch die Bewohner, auch für Zuwendungen
- f) die 15 % Eigenmittel müssen nachgewiesen werden
- g) Regresspflicht der Bewohner gegenüber Eigentümer regeln
evtl. abgestufte Sanktionen vereinbaren, damit nicht nur die Vertragskündigung als einzige Sanktion bleibt,
evtl. Schiedsverfahren vereinbaren.
- h) Geschäftsbesorgungsvertrag abschließen (Hausverwaltervertrag),
wer macht was, wer versichert wie, wer zahlt welche Gebühren
(Bauhaftpflicht-Vers., Bauwesen-Vers., gesetzl. Unfall-Vers.(?),
Feuer-Vers., Grundstückshaftpflicht-Vers.)
- i) wir müssen einen Gesamtkostenplan aufstellen, aus dem die Belastung der Gruppe hervorgeht, vermutlich DM 2,50 bis 3,- pro qm.

2)

Zu klären mit der Gewobag:

Kaufpreis ohne Einbeziehung von Planungskosten usw.

Hat die Gewobag das Haus mit öffentlichen Zuschüssen (70%) erworben?

Anrechnung dieses Zuschusses bei Übernahme bestimmter Sanierungsverpflichtungen möglich? (mit Senat klären)

nur bei Verzicht auf Zuschüsse keine Sanierungsverpflichtung.

3)

Mit Senator für Erziehung, Jugend und Sport (Herr Schneider, 26 04 2448, Am Karlsbad)

und mit Bezirksstadtrat König, Kreuzberg, klären:

stehen noch investive Mittel für private Träger von Kitas zur Verfügung?
solche Mittel müßten sofort beantragt werden, da sonst die Mittel für das laufende Jahr vergeben sind.

4) Die Besetzer müssen einen Sanierungsbetrüger vorschlagen.

Infrage kommen:

SPI (nimmt aber keine neuen Häuser an, sind schon ausgelastet)

BI SO 36 (das Haus liegt aber eigentlich außerhalb ihres Kiezes)

Netzbau (ist am dichtesten an der Szene, ist aber noch nicht gegründet)

Aus psychologischen Gründen sollten aber die Besetzer die Wahl treffen.

A k t e n n o t i z

Gespräch mit Herrn Hohaus von der Hilfswerksiedlung der Evangelischen Kirche in Berlin

Voraussetzungen, die geklärt werden müssen.

1. Haus

- Zustand des Hauses, Einholen eines Gutachtens
- Einholen eines Holzgutachtens
- Bauaufsicht und Gesundheitsamt (Gesundheitsgefährdungen)

2. Verhältnis zu den Bewohnern

- Bildung eines Mieterrates
- Nutzungsvertrag
- Erbbauvertrag (0-4,5% Erbbauzins, liegt im Ermessen),
Zeitdauer: 75 Jahre, wenn öffentliche Mittel in Anspruch genommen werden,
der Vertrag sollte aber für mindestens 25 Jahre abgeschlossen werden.
- genaue Aufstellung der Bewirtschaftungskosten:
Steuern, Versicherungen, Abgaben, Abschreibungen (1%), Rücklagen.
Zu unterscheiden ist zwischen Instandhaltungskosten und Schönheits-
reparaturen.
Bei normaler Kalkulation geht man von 10-15 DM pro qm aus (jährlich).

3. Risiken

läßt sich auf die knappe Formel bringen: zahlen die Bewohner oder zahlen sie nicht.

ZUR KENNTNISNAHME : Gossener Mission, Pfr. KRIEBEL

Organ der staatlichen Wohnungspolitik

GEWOBAG, 1000 Berlin 12, Postfach 121909, Carmerstr. 6

Evangelische Passionskirchen-
gemeinde zu Berlin
Marheinekeplatz 1 - 2

Bankkonto: Berliner Bank AG, Stadtzentrale Berlin 12,
Kontonummer 9980177900

Sparkasse der Stadt Berlin West, Zentrale, Berlin 31,
Kontonummer 0990019500

Postscheckkonto: Berlin West, Kontonummer 4839-100

1000 Berlin 12, Postfach 121909, Carmerstraße 6, Ruf 3110-1

EINGETRAGEN

13. MAI 1982

Erledigt

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

Tag

Gö 'Mu

21.04.1982

TA Wie/Ge

30.04.1982

Betr.: Unser Wohnhaus in Berlin-Kreuzberg, Willibald-Alexis-Str. 43,
Ecke Heimstraße 9 und 9 a

Sehr geehrte Damen und Herren,

vorbehaltlich der Zustimmung des Senators für Bau- und Wohnungswesen
sowie unseres Aufsichtsrates, sind wir bereit, das z.Z. besetzte Haus
an Sie oder eine der evangelischen Kirche gehörende Gesellschaft zu
verkaufen.

Sobald uns die genaue Höhe des Verkaufspreises bekannt ist, werden
wir Ihnen ein entsprechendes Kaufangebot unterbreiten.

Mit freundlichen Grüßen

Gemeinnützige Wohnungsbau-
Aktiengesellschaft Groß-Berlin

Kreuter

ppa. Wiechert

Aktennotiz zum Gespräch bei RA Papenfuß am 27..4.1982

Papenfuß begrüßt grundsätzlich unser Vorhaben, ein besetztes Haus zu kaufen und den Besetzern zur Nutzung zu überlassen.

- 1) Das Erste und Wichtigste seien klare Forderungen an die Besetzer:
- a) eine verbindliche Organisation der Besetzergruppe,
 - b) verbindliche Zusage ihrer Leistungen und evtl. gewährter Sicherheiten

Als Organisationsformen kommen in Betracht: Verein, Genossenschaft, GmbH
Die Besetzer würden mit Sicherheit nur den Verein wählen.

Die Passionsgemeinde wird vermutlich Platz im 1. Stock brauchen für 1-2 Hortgruppen. Das könnte so eine klare Forderung an die Besetzer sein.

- 2)
Die Frage nach der Bausubstanz, besonders im Blick auf die hohen Investitionen für eine Kita, kann aufgrund der Sanierungspläne der Gewobag beantwortet werden. Welche Pläne hatte die Gewobag? Welche Investitionen hielt sie für gerechtfertigt?

- 3)
Wer soll der Träger werden? Der Träger muß z.B. baupolizeiliche Maßnahmen auch gegen den Willen der Bewohner durchsetzen können.
Als Träger kommen in Betracht:
Netzbau, SPI, BSM, Kreuzwerk(?)
Amtshilfe durch einen Mitarbeiter der Hilfswerksiedlung (?)
Der Träger gibt Seriosität für Verhandlungen und trägt das Risiko.
Aber alle Leistungen müssen von den Bewohnern erbracht werden.
Sie müssen mit einer Belastung von DM 3,- bis 3,50 rechnen.

- 4) Für die Sanierung muß ein Finanzierungsantrag an den Senat gestellt werden. Zugleich muß mit dem Senat über den Umfang der Sanierungsmaßnahmen verhandelt werden. Dabei müssen 15 % Eigenmittel aufgebracht werden.

- 5) Von der Gewobag wird erwartet:
- a) Verkaufszusage, falls wir einen Träger finden.
 - b) Auskunft über Sanierungsauflagen

- 6) Vom Senat wird erwartet:
- a) evtl. Änderung der Sanierungsauflagen
 - b) Vertrag über Umbau und Finanzierung

Anschriften:

SPI, Sanierungsbüro, Oranienstr. 10-11, Hof links, III, Herr Brocke
612 20 00

BSM, ~~Pariser Str. 44, 883 20 56, 882 73 74~~ *Kalkweinstein, 892 2066*
Vallas

Hilfswerksiedlung, Herr Hohaus, Tollensestr. 34-40, 817 50 26

Evangelische Passionskirchengemeinde zu Berlin

-Der Gemeindegemeinderat-

An die
Gossener Mission
Handjerystr.19
1000 Berlin 41

1 Berlin 61, 21.04.1982 Gä/Mu
Marheinekepl.1-2
Tel.. 691 25 91



Sehr geehrte Damen und Herren:

Der Gemeindegemeinderat der Evangelischen Passionskirchengemeinde zu Berlin hat beschlossen, sich an einer noch auszuhandelnden Übernahme des besetzten Hauses Willibald-Alexis-Str.43, Ecke Heimstr. 9 und 9 A aktiv zu beteiligen.

Verhandlungen sollten geführt werden zwischen dem:

Senat von Berlin,
Bezirksamt Kreuzberg von Berlin,
Gewobag,
Gossener Missionsgesellschaft,
Besetzern des genannten Hauses und der
Evangelischen Passionskirchengemeinde.

Wir geben Ihnen unseren Beschluß zur Kenntnis, in der Hoffnung, daß die Verhandlungen zu einem für alle Seiten befriedigenden Ergebnis führen. Wir hoffen, daß unsere Beteiligung an dem genannten Projekt der Erhaltung des inneren Friedens in unserer Stadt dient.

Mit freundlichen Grüßen

Pfarrer und Vorsitzender

- 1) RA Matthias Zieger
- 2) Arch.
- 3) Sauerbrunn beider

Plinke (Kita-Abt. Kousi)
Franz Neumann Kita-Verband

PROTOKOLL vom 25.2.1982

Superintendentur Kreuzberg, Nostizstr. 6
Gespräch zwischen Pfr. Quandt, Pfr. Roth, Kriebel, Barteczko

Betr.: Kauf eines sanierungsbedürftigen Hauses durch die GM

1. Grundstücke

Von Abschreibungsgesellschaften zum Wiederverkauf angebotene Grundstücke sind relativ billig, (Realwert: 5-6 fache der Jahresmieten, Handelswert: 9-12 fache der Jahresmieten)

In Sanierungsgebieten hat der Senat Vorkaufsrecht. Also an den Rändern der Sanierungsgebiete 1 Haus zu den Ansprechpartnern für Modellvorstellungen.

Zur Besichtigung:

1 Grundstück neben Tabor-Kirche (teilweise modernisiert, Vorderhaus besetzt, Hinterhaus, SEitenflügel verfallen)

IBA (Internationale Bauausstellung):

Ulrich Helbich (Anlaufstelle für Selbsthilfegruppen, die Häuser suchen)- Tel. 25 08 - 1

Verein SO 36: sucht Selbsthilfegruppen

Martinswerk: Burghard Weimann hat 1 Haus in Admiralstr. 17 (mit Nutzungsvertrag für Studenten)
Lütger Kohlhoff

Werner Orlowsky: Stadtbaurat (weiß, wer Häuser verkaufen will)

Herr Papenfuß: Rechtsanwalt, Synodaler, Mitarbeiter des Bischofs, arbeitet mit Netzwerk. Bearbeitet die Legalisierung (Trägerschaft) von besetzten Häusern.

v. Wedel: kirchl. Jurist

Wir müssen uns Klarheit verschaffen über:

1. Modellvorstellungen

- Kauf eines vermieteten Hauses?
- Kauf eines besetzten Hauses?
- Kauf eines leeren Hauses, und dies einer Selbsthilfegruppe zur Verfügung stellen.
- Kauf eines leeren Hauses, 1-2 GM-Mitarbeiter ziehen mit ein. Folgeprobleme: Wieviel Eigenarbeit notwendig? wie weit "Lebensstil"-Ansprüche realisieren? (z.B. gemeinschaftlich wohnen und arbeiten", GM orientiert sich an Brennpunkten "vor den Toren". Das hieße Einbeziehung inhaltlicher Arbeit in das Wohnprojekt. Wie soll das konkreter aussehen?)

2. rechtliche Fragen?

3. finanzielle Fragen?

Widlicher Bauamt

Ker Zwieser

Vertretung: Ker Beyerleins 3192-424

Aufendienst, Vertretungen:

Ker Karchenauer 3192-427

Ker Müller-Kannekauer - -439

Senat:

Freistelle für Grundstücke
(Gutachten anhang)

Ker Däubner 867 55 64

Tempelhof Luke DM 400,- (Ankauf 18.2.82)

Lehring, 42, Bundesring 42

↓ 7864742

Grundstück
Wohnfläche
Baugabel
Zustand
Kleiner
Folierung, Fenster
Nutzung als Büro
Anbau oder Aufbau

Buchwert:
DM 439.000,-

Miete = DM 6,-/m²

Ankauf von Herrn
Karchenauer am
24.2.82
lw.

Bj. 1973 / 65 Neubau

500 m² Grund

5 1/2 Zimmer 20, 20, 15, 15, 10

Wohnfläche 133 m²

Boden mit Holz ausgelegt

Strom 1.500,-

Gas 3.500,- Heizung, Kochen, duschen

400,-

Strom + Heizung

Stadt 200,-

Wasser 440,-

Grundst. 250,-

6.000,- Wohnung

unter. sparten Vorrichtung

kleines - Kammern

439

zubehör: Zeichnungen
Kubus Tisch
Nichtflächen
Eggenplan
Vorbereitung polier

Baumsubstanz
Preis
Miete

kleines - Kammern

Presse ausschnitte

Material zur Hausbesetzung

Bald wird das Thema Hausbesetzung der Vergangenheit angehören

In Westberlin ist die einstige Instandbesetzer-Bewegung zersplittert / Baupolitisch wurden nur Teilerfolge erzielt

Von unserem Redaktionsmitglied Volker Skierka

12.7.84

Berlin, 11. Januar

Vor drei Jahren um die Winterzeit beherrschten die Schlagzeilen über blutige Krawalle zwischen der Polizei und Anhängern der Hausbesetzerzene die Berichterstattung aus Berlin. Die Unruhen in Kreuzberg und auf dem Kurfürstendamm fielen in die Monate politischer Instabilität, hervorgerufen durch den Sturz des sozial-liberalen Stobbe-Senats infolge des Garski-Bürgerschaftsskandals, und in die folgende Wahlkampfzeit. Das Aufbegehren eines Teils der jungen Generation gegen staatliche Gängelung und für neue Lebensformen, gegen die Interessen und die Macht von Abschreibungsgesellschaften und Wohnungsspekulanten beunruhigte und verunsicherte die Gesellschaft. Doch der Traum von einer politischen Protestbewegung, im Gegensatz zur Studentenrebellion festgemacht weniger an ideologischen als an pragmatisch-alternativen Lebensinteressen, scheint ausgeträumt. Wenn Polizei und Justiz heute ein Haus räumen, reagiert die „Szene“ nur noch apathisch.

Was ist geblieben von den Motiven, Idealen und Zielen dieser Bewegung, was hat sie bewirkt? Beim Amtsantritt Richard von Weizsäckers waren in der Stadt 167 Häuser ganz oder teilweise besetzt. Davon wurden 29 freiwillig verlassen, 49 auf Antrag der Eigentümer von der Staatsgewalt geräumt, über immerhin 60 Häuser schlossen die Besetzer mit den Eigentümern Nutzungsverträge. In einigen Fällen wurden aus Besetzern Besitzer, indem sie das Gebäude kauften; oder eine alternative Sanierungsgesellschaft übernahm die Häuser – so wie erst kürzlich die „Stattbau“, die jetzt in Kreuzberg allein einen ganzen Block mit elf Mehrfamilien-Altbauten verwaltet. Anfangs kämpfte die Szene geschlossen für ihre Ziele, nämlich eine Änderung der Wohnungspolitik, wollte sie sich nur auf eine „Gesamtlösung“ für die besetzten Häuser einlassen. Sie konnte sich auf Sympathie in der Bevölkerung stützen, angesichts des skandalösen Leerstandes von 10 000 Wohnungen. Heute ist die einstige Instandbesetzer-Bewegung zersplittert, die angetreten war, auch zu beweisen, daß man in Selbsthilfe wesentlich billiger angegriffenen Wohnraum wiederherstellen kann.

Die Ursachen dafür sind vielfältig. Interne und externe Auseinandersetzungen führten zu einer Fraktionierung in der „Szene“. Es gab Verhandler, die sich um eine Beendigung des Besetzerzustandes bemühten und Nichtverhandler mit ihrer totalen Ablehnung des Staates und seiner Institutionen. Mit viel Mühe, von Rückschlägen und Räumungen begleitet, wurden Verträge geschlossen. Der ehemalige Bausenator Rastemborski ruinierte im Kampf um eine behutsame und

friedliche Beilegung des Konflikts seine Gesundheit und seine politische Karriere. Widerstand spürte er oft nicht allein von mißtrauischen Hausbesetzern, sondern vom Innensenator Lummer und aus der Staatsanwaltschaft. Wegen der weiten Auslegung des Hausfriedensbruch-Tatbestands fühlte sich ein Teil der Hausbesetzer „kriminalisiert“.

Die Argumente der Instandbesetzer, billigen Wohnraum im Kampf mit Spekulanten erhalten zu wollen, fanden zumal in den Berliner Medien kaum Gehör. Die Straßenschlachten trugen dazu bei, den Ruf der Besetzer immer weiter zu ruinieren. Irgendwann, als zwei, drei Hundertschaften verummter Chaoten die Ziele der Bewegung immer wieder für ihre „Randale“ gegen den verhassten Staat mißbrauchten, mußte es klar werden, daß Steine eben keine Argumente sind.

Oft scheiterten einvernehmliche Lösungen auch an subalternen Beamten in den Bezirksverwaltungen, die Besetzer zuweilen als gesellschaftliche Umfeldbelastung empfanden und Genehmigungen versagten. Die sehr bemühte evangelische Kirche beklagte oft, daß Häuser kurz vor Vertragsabschluß geräumt wurden. In einigen Häusern nisteten sich auch aggressive junge Menschen ein, die teilweise bereits ein neues Subproletariat bildeten. Doch widerspricht die Polizei Darstellungen, wonach die Hausbesetzerzene eine generelle Kriminalitätsbelastung sei. Ein anderer Teil der Szene, der große Teil, sitzt nun legal in seinen Häusern, renoviert und erprobt neue Lebensformen.

Baupolitisch erreichte die Instandbesetzerbewegung wenig. Zwar kam man weitgehend von der Luxusmodernisierung im Sanierungsaltsbau ab, änderte Sanierungsziele so, daß weniger abgerissen und neu gebaut, sondern wieder instand gesetzt wurde. Die öffentliche Förderung für private Abschreiber im sozialen Wohnungsbau wurde herunter-, die Instandsetzungsförderung heraufgesetzt. Dennoch wird im Berliner Wohnungsbau weiter mit Verlustabschreibung spekuliert. Es wird auch abgerissen, oft ist es freilich auch notwendig. Rund 7000 Wohnungen waren es in den vergangenen drei Jahren. Der Neubau kommt schleppend voran, immerhin liegt er in dem Zeitraum mehr als doppelt so hoch wie vorher. Erschreckend scheint der Wohnungsleerstand: 40 000 Einheiten sind es inzwischen. Die Bauverwaltung sagt, 25 000 davon seien „fluktuationsbedingt“, 5000 seien „sanierungsbedingt“ und 10 000 stünden „aus verschiedenen Gründen“ leer – unter anderem weil sie als in Eigentumswohnungen umgewandelte Sozialwohnungen keine Abnehmer fänden.

In Kreuzberg hat die Bewegung eine Menge er-

reicht, hier stellt die Alternative Liste den Baustadtrat, der durch eine starke Bürgerbeteiligung und eine penible Auslegung der baurechtlichen Vorschriften manchem Abschreibungskünstler schon den Spaß verdorben hat. Hier sind auch die wenigsten Häuser geräumt, die meisten von Besetzern übernommen und in das Stadterneuerungskonzept der „internationalen Bauausstellung“ eingepaßt worden. Lange wird es nicht mehr dauern, dann wird das Thema Hausbesetzungen der Vergangenheit angehören, wie Lummer und der Regierende Bürgermeister von Weizsäcker schon lange prophezeiten. Kürzlich veröffentlichte die alternative Tageszeitung eine Karikatur, die den letzten Hausbesetzer zeigt: er steht unter Naturschutz.

Süddeutsche Zeitung

Herausgegeben vom Süddeutschen Verlag
vertreten durch die Gesellschafterversammlung

Chefredaktion:

Dr. H. Heigert (Vorsitz), H. Deiring (geschäftsführend),

D. Schröder, Dr. F. Thoma

H. U. Kempfski (Chefkorrespondent)

Außenpolitik: D. Schröder, J. Riedmiller; Innenpolitik: R. Leicht; weitere leitende politische Redakteure: Dr. H. Schuster, W. Saekel, M. Buschbeck, H. Riehl-Heyse, Dr. Chr. Schütze; Nachrichten: K. Mekiska, R. Koelbel; Seite 3: Dr. G. Sittner; Kultur: Dr. A. Roeseler, Prof. Dr. J. Kaiser; Wirtschaft: Dr. F. Thoma, V. Wörl; München: F. Freisleder; Region: S. Hännl; Bayern: H. Hacker; Sport: M. Gernandt; kommunale Sonderaufgaben: J. Ströbl, alle Sendlinger Str. 80, München 2. Die für das jeweilige Ressort allein oder an erster Stelle Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Gesetzes über die Presse vom 3. 10. 1949. Bonner Redaktion: K. Dreher, Dr. H. Barbier (Wirtschaft), 53 Bonn, Dahlmannstraße 11, Tel. 2140 11; Berliner Redaktion: V. Skierka, 1 Berlin 30, Kurfürststr. 72-74, Tel. 2 61 68 67; Berlin (DDR): H. Löhöffel, Clara-Zetkin-Straße 89/II, DDR-108 Berlin, Tel. 2 29 1980; Redaktion Rhein-Ruhr: Dr. E. Berens, Friedrichstr. 11, 4 Düsseldorf, Tel. 37 60 17; Frankfurter Redaktion: Dr. O. Schwarzer, Taubenstr. 1, 6 Frankfurt, Tel. 28 10 72/73; Norddeutsche Redaktion: Gert Kistenmacher, Binsenkoppel 2, 2 Hamburg 65, Tel. 5 36 05 84/5 36 55 30; Stuttgarter Redaktion: F. Spies, Eberhardstr. 61, 7 Stuttgart 1, T. 24 75 93/94; Redaktion Karlsruhe: R. Klose, Badenwerkstr. 3, 75 Karlsruhe, Tel. 2 57 75; Nürnberger Redaktion: H. Neumann, Karolinenstr. 55/III, 85 Nürnberg, Tel. 20 44 70; Augsburger Redaktion: D. Baur, Annastr. 4, 89 Augsburg, Tel. 51 70 25

Geschäftsführer:

Dr. J. Könke, G. Viertel, K. Wagner, M. Winterbach

Anzeigen: C. H. Kausche; für den Inhalt der Anzeigen verantwortlich: F. Payer, Sendlinger Str. 80, München 2. Z. Z. ist Anzeigenpreisliste Nr. 47 vom 1. 10. 1983 gültig. Aufnahmetag ohne Verbindlichkeit. Vertrieb: W. Krüger; Abonnementspreis monatlich 23,40 DM einschließlich 1,53 DM Mehrwertsteuer. Verlag und Druckerei: Süddeutscher Verlag GmbH, Sendlinger Straße 80, München 2. Briefanschrift: Postf. 202220, 8 München 2. Fernruf: München 2 18 30. Drahtwort: süddeutsche, Fernschreiber: 523426 szd. Fernschreiber Anzeigen: 524828; Fernschreiber Vertrieb: 5212185 szv; Nachruf der Redaktion: 21 83 423; Nachrichtenaufnahme: 21 83 488; telefonische Anzeigenaufnahme: 23 60 80; Abonnentendienst: 21 83 501; Portner: 21 83 411; Postcheckkonto München 55 41 803. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch.

Westfälischen und ein paar Psychiater, sich drei Tage in einem Kleinbus auf den Weg machten. Sie wollten mal sehen, wie anderswo psychisch kranke Straftäter, Menschen, denen vom Richter verminderte Schuldfähigkeit, oft auch völlige Schuldunfähigkeit attestiert worden ist, behandelt werden. Werden sie überhaupt behandelt?

Es geht hier um den sogenannten Maßregelvollzug, eine Wortschöpfung, die in ihrer Kälte durchaus treffend ist: Menschen, die von der Norm abweichen, dadurch straffällig geworden sind bis hin zu schwerster Kriminalität, werden zur eigenen Besserung und zur Sicherung der Gesellschaft in besonderen Einrichtungen untergebracht, gemäßregelt. Nach dem einschlägigen Paragraphen 63 des Strafgesetzbuches heißen sie

„Menschen aus der Norm“, das ist mit einem gewissen Erschrecken aufgefallen, daß die Probleme des normalen Gefängnisses im Maßregelvollzug noch lange nicht gelöst sind: „Es ist abstrus“, sagt der Wissenschaftler, „daß innerhalb des auf Übelzukunft abgestellten Strafvollzugs seit langem bessere Lebensbedingungen herrschen als in der Psychiatrie, in der die ihr Anvertrauten therapiert und gebessert werden sollen.“

Der Seelenarzt Gunter Heinz ist Leiter der Klinik für gerichtliche Psychiatrie in Haina, der ersten Station unserer Exkursion, einer traditionsreichen Einrichtung, deren Anfänge bis in die Reformationszeit zurückreichen. Die alte spätromantische Klosterkirche ist so schön, daß einige Mitglieder der westfälischen Delegation auf den Rundgang durch die Anstalt verzichteten,

sein eigenes Verhalten kann dieser – das ist denfalls das Konzept – das Maß der eigenen kleinen Freiheiten mitbestimmen.

Wie kommt jemand in so eine Anstalt? Gut, Patienten wurden vom Gericht eingewiesen und fühlen sich dann, im Idealfall, auch als Patient und nicht nur als Eingeschlossene. Aber die Ärzte? Die Ärztin Vera Schumann zum Beispiel relativ spät, nach einer Pause für die eigenen Kinder, noch promoviert und wird nun Leiter der forensischen Abteilung von Eickelborn. „sei, sagt sie so nebenbei, als wir in Haina einer Station zur anderen gehen, „da rgerusch“, als ihr Mann als Direktor eines Gnasiums an einen Ort mit einem Landeskrankenhaus versetzt wurde. Und was sie so fasziniert, „Man kriegt nirgendwo so tiefe Einsichten in

Der letzte Mann von Sarajevo

Auch heute hüllt sich der einzige noch Lebende der Attentäter vom Juni 1914 in Schweigen

Von unserem Korrespondenten Heiko Flottau

Belgrad, 11. Januar

Nein – über „das Attentat“ werde er ganz gewiß nicht sprechen. Das war vor einigen Jahren, und enttäuscht zog der SZ-Reporter seinerzeit von dannen. „Wie haben Sie sich auf das Attentat vorbereitet?“ Das fragte jetzt, Anfang Januar 1984, auch Belgrads angesehene politische Wochenzeitung *Nin*. „Ich habe Ihnen gesagt, daß ich darüber nicht sprechen werde“, bekam Theodor Andjelic, Journalist bei *Nin*, zu hören. Der Mann, der sich so beharrlich weigert, über „das Attentat“ zu sprechen, heißt Vasa Cubrilovic. Er ist der letzte Überlebende jener jungen Leute, die am 28. Juni 1914 in Sarajevo den österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Frau ermordeten und damit den Ersten Weltkrieg auslösten.

Der Student Gavrilo Princip, der die tödlichen Schüsse abgefeuert hatte, wurde damals in Österreich lediglich zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, weil er zum Zeitpunkt der Tat noch nicht volljährig war. Er starb während des Ersten Weltkrieges an Lungentuberkulose in österreichischer Haft. Danilo und Todor Ilic wurden gehängt, Nedeljko Cabrinovic, der in Sarajevo eine Bombe geworfen hatte, starb im Gefängnis. Veljko Cubrilovic, Bruder des Vasa Cubrilovic, wurde gehängt. Vasa Cubrilovic, 1897 geboren, war 1914 noch nicht volljährig und wurde zu 16 Jahren strenger Haft verurteilt. Heute, fast 70 Jahre nach dem Attentat, schweigt Vasa Cubrilovic noch immer: kein Sterbenswörtchen, nicht einmal eine Andeutung über „das Attentat“ ist aus ihm herauszulocken.

Vasa Cubrilovic lebt heute als angesehener Historiker in Belgrad. Er ist Mitglied der Serbischen Akademie der Wissenschaften, und seine Dokumentensammlungen über die „auswärtige

Politik des Königreiches Serbien“ und über die „Großmächte und Serbien vor dem Ersten Weltkrieg“ haben in Jugoslawien historisches Gewicht. Hinter Cubrilovic liegt ein Leben, dessen Beschreibung die Zeitschrift *Nin* in ihrem Bericht den Titel „Die drei Jugoslawien des Vasa Cubrilovic“ gibt. Tatsächlich hat Cubrilovic nicht nur das „balkanische“, das zersplitterte Jugoslawien vom Anfang des Jahrhunderts gekannt, als Serbien schon ein selbständiger Staat war, Kroatien noch zur Habsburger Monarchie gehörte, Bosnien (von 1908 an) unter Habsburger Verwaltung stand und Montenegro noch (von 1910 an) ein kleines Königreich war. Cubrilovic erlebte auch die Gründung des – heute von den Kommunisten so genannten – „alten“ Jugoslawien am 1. Dezember 1918. Jenes damals entstandene „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ brach unter Hitlers Angriff 1941 unter anderem auch deshalb zusammen, weil wegen der ungelösten Nationalitätenfrage niemand die Kraft zur Verteidigung aufbrachte.

Das Urteil über Tito

Und Cubrilovic war schließlich im neuen, in Titos Jugoslawien mehrere Jahre Minister. Er kam von der (serbischen) „Bauernpartei“. Seine Amtszeit als Minister fällt in jene Periode, da in Jugoslawien noch eine „Volksfront“ –, also eine der äußeren Form nach Mehr-Parteien-Regierung im Amt war. Später trat er der Kommunistischen Partei bei. Danach widmete sich Cubrilovic, ohne in Konflikt mit der Partei gekommen zu sein, ausschließlich seinem Beruf als Historiker. Von der Zeitschrift *Nin* befragt, wie er denn die Geschichte Jugoslawiens in diesem Jahrhundert beurteile, verweist Vasa Cubrilovic auf die Epoche des osmanischen Sultans Abd ul-Hamid II., der 1909 von den Jungtürken gestürzt wurde, auf den

österreichischen Vielvölker-Staat, der 1918 zusammenbrach, auf das serbische, Jugoslawien, die regierende Könighaus der Karadjordje, das 1918 abdankte, und schließlich auf die deutsche Besatzung bis 1944: „So viele Änderungen“, sagt Professor Cubrilovic, „hat Großbritannien nicht einmal innerhalb von 300 Jahren durchgemacht. Die jugoslawischen Länder indessen erlebten sie innerhalb von 60 bis 79 Jahren.“

Vasa Cubrilovic selbst stammt aus dem Städtchen Bonsanska Gradiska, ist – oder war – moslemischer Glaubens und legte den Fez, jene Kopfbedeckung, die diesen Glauben symbolisiert, erst, wie er sagt, „nach der Annexion Bosniens durch Habsburg im Jahre 1908 ab.“ Wir lebten damals in einer Großfamilie (Zadruga), aßen aus einem Napf, lebten sehr bescheiden, war aber alle zufrieden.“

Wie sich Vasa Cubrilovic aus dieser ärmlichen Kindheit heraus zum Revolutionär und Attentäter entwickelte, der in der Untergrundorganisation „Mlada Bosna“ (Junges Bosnien) arbeitete und, von Belgrad ferngelenkt, bewußt die Grenze des unabhängigen Staates Serbien, dem von Österreich verwalteten Bosnien überschritt und sich am Attentat beteiligte, darüber schweigt der Historiker Cubrilovic noch immer. Über „Revolution“ spricht er nur sehr allgemein. „Ich habe die Revolution als Mittel betrachtet, um jene ungelösten Probleme zu lösen: die gesellschaftlichen, politischen und nationalen Widersprüche im alten Jugoslawien... Wir haben die sozialistische Revolution verwirklicht, um mit ihrer Hilfe die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes zu beschleunigen“, sagt er.

Als die größten Revolutionäre des 20. Jahrhunderts bezeichnet Professor Cubrilovic Lenin und

Räumaktion beim Tode Rattays war rechtswidrig

Verwaltungsgericht gab Klage statt — Demonstranten unter Schlagstockeinsatz auf die Fahrbahn gedrängt

Die Räumaktion der Polizei im Bereich Bülowstraße Ecke Potsdamer Straße am 22. September 1981 war rechtswidrig. Dies stellte gestern die Erste Kammer des Verwaltungsgerichts fest, die damit im wesentlichen der Klage eines 31jährigen Diplompädagogen und eines 38jährigen Studenten stattgab. Im Verlaufe gewalttätiger Auseinandersetzungen war damals der 18jährige Klaus-Jürgen Rattay im Kreuzungsbereich der Potsdamer Straße von einem Bus der BVG erfaßt und tödlich verletzt worden. Mangels Tatverdachts hatte die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen in diesem Zusammenhang im April 1982 endgültig eingestellt.

Wie berichtet, hatten die Kläger eine Verletzung des Grundrechts der Versammlungsfreiheit gerügt. Soweit der Pädagoge über dies geltend gemacht hatte, von einem Polizeischlagstock auf den Kopf getroffen und verletzt worden zu sein, wurde die Klage abgewiesen. Die Kläger gehörten seinerzeit zu einer Menschenmenge von etwa 300 Personen, die sich aus Reaktion auf die Räumung von acht besetzten Häusern auf dem Mittelstreifen der

Bülowstraße eingefunden hatten, nachdem bekannt geworden war, daß sich Innensenator Lummer in dem ebenfalls geräumten Haus Nummer 89 aufhielt.

Am Ende der elftägigen Beweisaufnahme gelangte das Gericht zu dem Ergebnis, daß sich die Menge im wesentlichen friedlich verhalten hatte. Es seien zwar Pfiffe und Sprechchöre wie „Lummer raus“ und „Polizei, SA, SS“ laut geworden und wahrscheinlich auch vereinzelt Dosen sowie eine Flasche geworfen worden, ohne daß aber ein Schaden angerichtet worden sei. Als eine Einsatzbereitschaft schließlich räumte, sei die Menschenmenge in Bewegung geraten.

Die Anwesenden seien teilweise fluchtartig in Richtung Potsdamer Straße oder auf die südliche Fahrbahn der Bülowstraße zurückgewichen. Andere im Hintergrund stehende Personen, denen die Ursache der plötzlichen Bewegung nicht ersichtlich war, seien mitgerannt. Diejenigen, die sich nicht schnell genug entfernen konnten oder wollten, erklärte das Gericht, seien dann unter Schlagstockeinsatz auf die Fahrbahn gedrängt worden.

Nach der Räumung des Mittelstreifen seien die Beamten „in schnellem Tempo“ gegen Personen vorgegangen, die sich auf die Fahrbahn zurückgezogen hätten und daraufhin — weil eine andere Ausweichmöglichkeit nicht bestanden habe — in Richtung Potsdamer Straße geflüchtet seien.

Die Rechtswidrigkeit der Räumaktion sah das Gericht darin begründet, daß die Menschenansammlung die Merkmale einer Versammlung im Sinne von Artikel 8 Grundgesetz erfüllt habe und die besonderen Voraussetzungen für eine Auflösung einer sogenannten Spontanversammlung nicht vorgelegen hätten. Insbesondere sei eine Auflösung einer derart ungeplant aus aktuellem Anlaß entstandenen Versammlung nur im Falle einer unmittelbaren Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung rechtmäßig, und zwar wenn weniger einschneidende Maßnahmen nicht möglich seien oder nicht ausreichen würden, um diese abzuwenden. Zur Abwehr der befürchteten Gefahr, hätte es aber ausgereicht, die polizeiliche Absperrkette zu verstärken.

Wa

Tagesspiegel

DONNERSTAG, 26. JANUAR 1984

Am Rande bemerkt

Ein Gewicht mehr

Die Dritte Gewalt hat gesprochen. Innensenator Lummer steht mit dem Rücken zur Wand, an der Vergangenes aufleuchtet. Nicht genug der aktuellen Peinlichkeiten, wird er auch von früheren Verantwortungen eingeholt.

Falls er sich nach der notwendigen Beratung im Senat entschliesse, Rechtsmittel gegen die heute berichtete Entscheidung des Verwaltungsgerichts über den Polizeieinsatz vor dem Tode Rattays einzulegen, könnte das politisch ins Gegenteil umschlagen und nicht nur ihm als Halsstarrigkeit angekreidet werden.

Fragwürdig war seinerzeit an der Bülowstraße sowohl das Auftreten Lummers unmittelbar nach der Häuserräumung in einer gespannten Situation als auch der Einsatz der Ordnungshüter. In meinem Leitartikel vom 23. 9. 1981 hieß es dazu, der verantwortliche Senator sei zwar nicht schuld an dem Tod des jungen Westdeutschen, der Opfer eines Unfalls wurde, daß aber „die Polizei Demonstranten in den fließenden Verkehr drängte, war offensichtlich und bedenklich“.

Nicht von Kausalität ist also die Rede, jedoch davon, daß das Unglück ohne den Polizeieinsatz nicht geschehen wäre, den der Innensenator politisch zu verantworten hatte. Dieser Einsatz ist nunmehr von der ersten Instanz der Gerichtsbarkeit, welche die Verwaltung kontrolliert, für rechtswidrig erklärt worden.

Das Urteil fällt in die Schale einer Waage, deren Belastungen wir im einzelnen nicht aufzuzählen brauchen. Der Mißtrauensantrag der Opposition gegen Lummer kurz vor der Neubildung des Senats bekommt zusätzliches Gewicht, worauf die SPD natürlich mit Schärfe hinweist.

Das (betretene) Schweigen der Regierung und ihrer Parlamentsfraktion ist verständlich. Walter Rasch hat für den Koalitionspartner FDP mit bemerkenswerter Offenheit geäußert, mehr Fehler dürften dem Innensenator nicht unterlaufen.

Der Senat wird zu prüfen haben, ob es politisch nicht schon zuviel ist. Die Regierung sollte sich dabei nicht nur auf die vermutete Mehrheit bei der Abstimmung im Parlament verlassen. In dieser Stadt sind schon Politiker aus geringeren Anlässen zurückgetreten. Es hat ihr nie geschadet. —thes

Die besondere Seite

BESETZER WERDEN PÄCHTER

von Siegwart Kriebel

1. Die Vorgeschichte in Berlin

Vor zwei Jahren war Westberlin die Stadt mit den meisten besetzten Häusern. Junge Menschen hatten die vielen leerstehenden Häuser "instandbesetzt". Sie wollten verhindern, daß alte, noch brauchbare Häuser mit voller Absicht ihrer Eigentümer verkamen, die sie dann abreißen und neue, teure Wohnungen bauen wollten. Dagegen wollten die "Instandbesetzer" für Menschen mit geringem Einkommen die billigen Altbauwohnungen erhalten, selbst wenn sie zunächst kein Bad oder nicht einmal eine Innentoilette hatten. Die wirklich nötigen Modernisierungen wollten sie selbst bestimmen und in Eigenleistung vornehmen. So sollten die Mieten erschwinglich bleiben und die Spekulation mit Wohnraum verhindert werden.

Außerdem hatten die jungen Leute noch ein anderes Ziel. Sie wollten Wohnraum schaffen für größere Gruppen, die nicht in einer einzigen Wohnung unterkommen können. Sie wollten sich nicht in Kleinwohnungen isolieren lassen, sondern suchten in einer großen Wohngruppe Gemeinschaft, Selbstgestaltung, Freude am Leben, weniger Eingezwängtsein. Kaum ein Eigentümer vermietet aber an solche großen Gruppen. Es werden immer nur einzelne Wohnungen angeboten. Bischof Kruse von Berlin hat das erkannt. Als nach dem Tod eines jungen Besetzers aus Anlaß einer polizeilichen Räumung im September 1981 die Stadt im Aufruhr war, richtete er einen Brief "An die Berliner Christen". Darin rief er die Besetzer auf, nicht gewaltsam auf ihre Ziele aufmerksam zu machen, sondern das offene Gespräch mit den Eigentümern, dem Senat und der Bevölkerung zu suchen. Die Berliner rief er auf, nicht in einer faschistischen Sprache Gewalt gegen die Besetzer zu fordern. Dem Senat gegenüber plädierte er für die Weiterentwicklung des Rechts, so daß jungen Menschen ihre Form der Lebensgestaltung verwirklichen können und ein Leben in Vielfalt in der Stadt ermöglicht und bejaht wird. Dieser Bischofsbrief würdigte die Besetzer als zukunftswillige und zukunftsfähige Kräfte, deren Lebenskonzept dem biblischen Zeugnis vielleicht näher stehen könnte als das normale egoistische Lebenskonzept der Wohlstandsgesellschaft.

2. Wir fühlen uns angesprochen

Aus den gleichen Überlegungen heraus hat die Gossner Mission vor einem Jahr überlegt, was sie zur Entspannung in der Besetzerfrage beitragen könne. Der Einsatz bei sozialen Problemen in der Heimat ist bei uns alte Tradition, die auf Johannes Gossner zurückgeht. Er hat sich mit der Gründung der ersten evangelischen Kindergärten und des ersten evangelischen Krankenhauses in Berlin besonders brennender Probleme in der Stadt seiner Zeit angenommen. Auch wir möchten die Probleme in unserer eigenen Gesellschaft ebenso ernst nehmen wie die Probleme in anderen Erdteilen.

Gegenüber dem vorigen Jahrhundert leben wir jetzt in einer Zeit, in der das christliche Bekenntnis in aller Welt mehr und mehr von den Christen in den jeweiligen Kontinenten verantwortet wird. Dadurch liegt die missionarische Aufgabe der Christen in Europa ebenfalls mehr und mehr in ihren eigenen Ländern. Neben den weitergehenden Austausch und die gegenseitige Ergänzung mit den Christen in aller Welt

tritt für uns als eine Missionsgesellschaft das Zeugnis und der Dienst im Namen Jesu Christi in der eigenen Umgebung stärker in den Vordergrund.

Unser Blick richtet sich dabei, wie der Johannes Gossners, auf die besonders brennenden Probleme in unserer Stadt. In der Wohnfrage sind Menschen besonders hart betroffen. Hier können wir helfen und damit ein Zeichen der Versöhnung im Namen Jesu Christi setzen.

3. Wir wollen ein besetztes Haus kaufen

1979 hat die Gossner Mission ihr Berliner Missionshaus an das Berliner Missionswerk verkauft. Der Erlös dieses Geldes ist bisher festverzinslich angelegt. Das Geld arbeitet, aber wir wissen nicht, was damit gemacht wird. Wir fanden es besser, mit diesem Geld etwas Gutes und Nützliches zu fördern. Deshalb untersuchten wir die Möglichkeit, ein besetztes Haus in Berlin zu kaufen und an die Besetzer zu verpachten. Auf diese Weise könnte ein Teil unserer Rücklagen sinnvoll eingesetzt werden und dennoch einen Pachtzins erbringen. Spendengelder werden dafür nicht verwendet.

Vor einem Jahr hat uns eine Kreuzberger Kirchengemeinde auf ein besonders räumungsgefährdetes Haus mit etwa 60 Besetzern aufmerksam gemacht und uns um Hilfe gebeten, damit diese jungen Leute in dem Haus bleiben könnten. Seitdem haben die Besetzer mit uns einen Pachtvertrag ausgehandelt, die Eigentümerin, eine Berliner Wohnungsbaugesellschaft in öffentlichem Eigentum, ist zum Verkauf bereit, und der Berliner Senat hat seine Zustimmung in Aussicht gestellt und wird die Instandsetzung des Hauses mit öffentlichen Mitteln fördern. Die Besetzer werden mit einem erfahrenen Architekten und unter Aufsicht des Senats die Instandsetzung zum Teil selbst durchführen. Der Pachtvertrag hat eine Laufzeit von 15 Jahren.

Am 23. April 1983 hat unser Kuratorium dem Kauf nach sehr gründlicher Prüfung zugestimmt.

4. Unsere Erwartungen

Mit diesem Kauf und der Verpachtung kann die Gossner Mission einen Beitrag leisten zur Lösung der Wohn- und Besetzerfrage in Berlin, ohne auf die eigenen Rücklagen verzichten zu müssen. Das Geld ist in dem Haus gut angelegt. Der Pachtzins ist ein angemessener Ertrag. Die Arbeitsgebiete der Gossner Mission im In- und Ausland werden deshalb nicht zu leiden haben, da wir, wie gesagt, keine Spendengelder oder andere Zuwendungen für den Kauf verwenden.

Durch die ständige Zusammenarbeit mit den Bewohnern in dem Haus, die dann ja keine Besetzer mehr sein werden, sondern Pächter, erhalten wir einen ganz neuen Einblick in das Leben und die Probleme in dem Innenstadtbezirk Kreuzberg. Wir sind überzeugt, daß Gott uns dort Aufgaben stellen und Gelegenheit zum Zeugnis und Dienst im Namen Jesu Christi geben will. Diesem Ruf Gottes wollen wir uns nicht entziehen. Die Erinnerung an unseren Gründer Johannes Gossner gibt uns Mut zu diesem Schritt.

(Aus: "Gossner Mission" Nr. 3/83)

GOSSNER MISSION

An die
Gemeinnützige Wohnungsbau-
Aktiengesellschaft Groß-Berlin
(GEWOBAG)
z.Hd. von Herrn Wiechert
Carmerstraße 6

1000 Berlin 12

Neue Telefonnummer
030/85 10 21

1 Berlin 41 (Friedenau)
Handjerystraße 19-20

Fernsprecher: (030) · 851 30 61 · 851 69 33
Postscheckkonto: Berlin West 520 50 - 100
Bankkonto: Berliner Bank, BLZ 100 200 00
Kto.-Nr. 0407480700

Berlin, den 27.5.1982

Sehr geehrter Herr Wiechert!

Wir, die Gossner Mission und die Passionskirchengemeinde, sind betroffen von der Klage der Gewobag gegen einen Besetzer des Hauses Willibald-Alexis-Str. 11. Inzwischen haben die Besetzer des Hauses Willibald-Alexis-Str. 43/Heimstr. 9 und 9a beschlossen, die Verhandlungen um eine vertragliche Regelung in ihrem Haus abubrechen. Dieser Abbruch mußte erwartet werden und ist in Abstimmung mit anderen besetzten Häusern gefallen. Dabei hat die Räumung von Kopischstr. 5 und von Fraenkelufer 30 ebenso eine Rolle gespielt wie die erwähnte Klage der Gewobag.

Aus diesem Vorgang wird deutlich, daß die Verhandlungen mit den Besetzern eines Hauses nicht losgelöst von den anderen besetzten Häusern geführt werden können, sondern daß eine grundsätzliche Lösung angestrebt werden muß, in deren Rahmen Einzelverhandlungen geführt werden können.

Wir können ein besetztes Haus auch nur erwerben, wenn unser künftiges Verhältnis zu den Besetzern vorher geregelt ist und eine Atmosphäre in der Stadt geschaffen wird, die eine Einhaltung eingegangener Verträge durch die jetzigen Besetzer erwarten läßt. Mit dem Abbruch der Verhandlungen ist unser Projekt zunächst ernsthaft infrage gestellt. Wir hoffen deshalb, daß die Behandlung der Besetzerfrage durch alle Beteiligten in den kommenden Wochen eine Situation schafft, in der die Verhandlungen wieder aufgenommen werden können. Grundsätzlich sind wir bereit, unser Ziel der Übernahme eines besetzten Hauses weiter zu verfolgen. Eine Rücknahme der Klage gegen den Besetzer im Hause Willibald-Alexis-Str. 11 durch die Gewobag könnte dafür sicherlich sehr hilfreich sein.

Mit freundlichen Grüßen

GOSSNER MISSION

Siegwart Kriebel
Siegwart Kriebel, Pfr.
(Missionsdirektor)

Passionskirchengemeinde

Thomas Gärtner
Thomas Gärtner,
(Geschäftsführender Pfarrer)

Verteiler z. Kenntnis:

Der Senator für Bau- und Wohnungswesen
Der Stadtrat für Bau- u. Wohnungswesen des Bezirkes Kreuzberg
Der Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Berlin West)
Der Superintendent des Kirchenkreises Kreuzberg

Senat hilft der Gossner-Mission bei Suche nach neuem Gebäude

Pfarrer nimmt Hausbesetzer mit seiner Predigt in Schutz

Um den Besetzern des am 1. Juni 1983 polizeilich geräumten Hauses in der Willibald-Alexis-Straße 43 in Kreuzberg neue Wohnmöglichkeiten zu verschaffen, sucht die Berliner Gossner-Mission weiter ein zum Verkauf anstehendes leeres Gebäude. In diesem Bemühen habe der Senat inzwischen seine Unterstützung zugesagt, erklärte Missionsdirektor Siegwart Kriebel gestern auf Anfrage.

Der Erwerb des geräumten Hauses durch die Gossner-Mission war am Einspruch des Bausenators Ulrich Rastemborski gescheitert, weil das von der Wohnungsbau-Gesellschaft Gewobag bereits vor längerem gekaufte Gebäude für die Sanierung vorgesehen ist und man für diesen Zweck bereits erhebli-

che Mittel investiert hatte. Es handelte sich hierbei um 200 000 Mark, für die weder der Senat noch die Gossner-Mission aufkommen wollten.

In einem Schreiben an die Mission teilte Rastemborski nach Auskunft seiner Pressestelle mit, daß eine Förderung der von der Gossner-Mission betreuten Hausbesetzer-Gruppe im Rahmen der Selbsthilfe möglich sei. Bei der Suche nach einem geeigneten Objekt wolle man behilflich sein. Voraussetzung dafür jedoch sei, daß es zu einer vertraglichen Vereinbarung zwischen dem künftigen Hauseigentümer, in diesem Fall der Gossner-Mission, und den Mietern oder Pächtern über die zu erbringenden Selbsthilfeleistungen komme.

Während des jüngsten Sonntagsgottesdienstes in der Passionskirche am Kreuzberger Marheinekeplatz hatte Kriebel in seiner Predigt erklärt, daß sich bei den Vorgängen um das geräumte Haus die Politik der Stärke gegen die Politik des Ausgleichs durchgesetzt habe. Die jungen Leute träumten einen Traum, der dem Reich Gottes ähnlich sei. Zur Erläuterung meinte der Missionsdirektor gestern, daß damit ein Leben in der Gemeinschaft, in Selbstbestimmung und in der Öffentlichkeit gemeint sei.

Die von der Senatsbauverwaltung kürzlich angebotene „Regenbogenfabrik“ in der Lausitzer Straße 22 war von der Mission abgelehnt worden, weil die ehemaligen gewerblichen Räume für Wohn-

zwecke ungeeignet seien und weil im Seitenflügel des Gebäudes Hausbesetzer wohnten. Die ehemaligen Besetzer des Hauses Willibald-Alexis-Straße 43 haben ihre drei Zelte auf dem Marheinekeplatz am Wochenende wieder abgebaut und größtenteils in besetzten Häusern Unterschlupf gefunden, wie Kriebel gestern ferner mitteilte.

Von den angeblichen kriminellen Handlungen der jungen Hausbesetzer, mit denen die Räumung des Gebäudes in der Willibald-Alexis-Straße begründet worden war, sei nach den Worten des Missionsdirektors bei den jüngsten Verhandlungen nicht mehr die Rede gewesen.

Wi.

„Gesprächsbereitschaft macht das Amt überflüssig“

Kirchen-Beauftragter für Besetzer hört auf

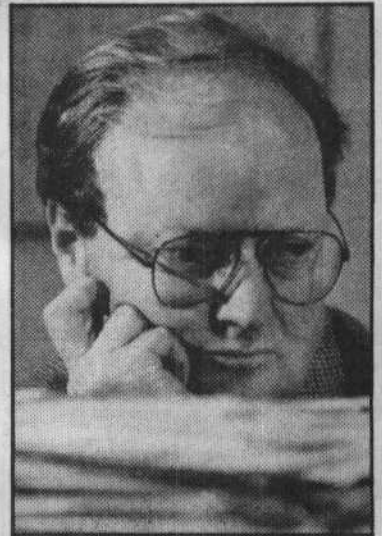
Der im Oktober 1981 vom Evangelischen Bischof Martin Kruse zum Beauftragten für Hausbesetzerfragen berufene Rechtsanwalt und SPD-Politiker Rainer Papenfuß (42) ist aus diesem Amt ausgeschieden. Wie Papenfuß gestern der „Berliner Morgenpost“ mitteilte, geschah die Trennung „im beiderseitigen Einvernehmen“. Papenfuß, stellvertretendes Mitglied der Landessynode von Berlin-Brandenburg, war in den siebziger Jahren lange Zeit Geschäftsführer der SPD-Abgeordnetenhausfraktion und von Januar bis Juni 1981 unter Hans Jochen Vogel Chef der Senatskanzlei.

Der Auftrag des Bischofs sei ohnedies keine Daueraufgabe gewesen, sagte Papenfuß. Er deutete an, daß er auch wegen seiner stark gewachsenen Tätigkeit als Anwalt nicht mehr soviel Zeit für die Vermittlertätigkeit in Hausbesetzerfragen erübrigen könne.

Ein kirchlicher Beauftragter für Hausbesetzungen, so Papenfuß, sei wegen der gewachsenen Gesprächsbereitschaft zwischen Besetzern und Senat heute nicht mehr erforderlich. Das gelte vor allem im Hinblick auf die seit langem angestrebte Lösung für den „Kreuzberger Block 103“, zwischen Oranienstraße, Heinrichplatz, Mariannen-, Naunyn- und Manteuffelstraße, wo für neun besetzte Häuser eine Legalisierung gefunden werden soll.

Bei einem Treffen zwischen Bischof Kruse sowie den Senatoren Rastemborski (Bauwesen) und Lummer (Inneres) hatte der Senat am Freitag deutlich gemacht, daß er die „Stattbau“ formal als Trägerverein für die besetzten Häuser im Block „103“ anerkenne. Danach können jetzt die für die Instandsetzung der besetzten Häuser erforderlichen öffentlichen Mittel bereitgestellt werden.

M. M.



Rainer Papenfuß: „Der Auftrag war keine Daueraufgabe.“ Glaser

Papenfuß nicht mehr Beauftragter der Kirche für Hausbesetzerfragen

„Stattbau“ vom Senat als Trägerverein anerkannt — Nachfolger von Netzbau

Der von West-Berlins Bischof Martin Kruse als Beauftragter für Hausbesetzerfragen eingesetzte Rechtsanwalt und Kommunalpolitiker Rainer Papenfuß (SPD) hat auf Beschluß der evangelischen Kirchenleitung diesen Auftrag zurückgegeben. Dies teilte Papenfuß in Anwesenheit von Bischof Kruse den Senatoren Heinrich Lummer und Ulrich Rastemborski jetzt mit. Als Begründung wurde dabei angegeben, daß eine Vermittlerfunktion zwischen der Verwaltung und Besetzern, die nicht mit der Verwaltung sprechen wollten, nicht mehr notwendig sei. Alle Beteiligten seien heute in der Lage, für sich selbst zu sprechen.

Ein Ergebnis des Gesprächs war, daß jetzt für neun besetzte Kreuzberger Häuser sofort Verträge abgeschlossen werden können, die die Bewohner zu legalen Mietern machen — vorausgesetzt, daß sie den Verträgen zustimmen. Der Senat wird den Verein Stattbau als

Träger für den Kreuzberger Block 103 endgültig akzeptieren. Dabei handelt es sich um die Gebäude zwischen Oranienstraße, Heinrichplatz, Mariannen-, Naunyn- und Manteuffelstraße.

Der Trägerverein Stattbau ist Nachfolger des Vereins Netzbau, der bereits vor über einem Jahr plante, Träger des Kreuzberger Blocks 103 sowie eines Teils von Block 101 und einiger Häuser in Schöneberg zu werden. Im März 1982 hatte Bischof Kruse die Gemeinden um Spenden für Netzbau gebeten, wobei an einen Betrag von etwa 30 000 DM gedacht war. Es werden jedoch nur etwa 18 000 DM gespendet. Als zwei Tage vor dem Abschluß des Vertrages mit dem Senat das Haus Massenstraße 11/13 geräumt wurde, löste sich Netzbau aus Enttäuschung auf. Die Nachfolge trat der im März dieses Jahres gegründete Trägerverein Stattbau an, dem auch das Kapital von Netzbau überschrieben wurde. (epd)

Tages-
spiegel
19.7.

Senat Hinhaltetaktik vorgeworfen und vor Zermürbung gewarnt

Erklärung von Goßner-Mission und Passions-Kirchengemeinde

Berlin (epd). In einer gemeinsamen Presseerklärung haben die Goßner-Mission und die Kreuzberger Passions-Kirchengemeinde am Freitag, 8. Juli, dem Senat im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Kauf des Hauses Willibald-Alexis-Straße 43/Ecke Heimstraße 9/9a durch die Goßner-Mission Hinhalt-Taktik vorgeworfen und ihn davor gewarnt, die am Kauf Beteiligten zu zermürben.

Alle am Kauf Beteiligten hätten die erforderlichen Schritte unternommen, heißt es in der Erklärung. Die Hauseigentümerin, die Gemeinnützige Wohnungsbau AG Groß-Berlin (Gewobag), habe ihre Verkaufsbereitschaft erklärt, die Goßner-Mission habe sich für den Kauf des Hauses entschieden, der Verein der Besetzer, "Villa Alexa e.V.", habe den Pachtvertrag mit der Goßner-Mission unterschrieben, und das Bezirksamt Kreuzberg habe die Genehmigung zum Eigentumswechsel für den Zeitpunkt der Senatszustimmung zugesagt. Nur der Senat zögere seit Wochen mit der Zustimmung. "Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß der Senat durch seine Hinhaltetaktik versucht, die am Kauf Beteiligten zu zermürben", meinen Goßner-Mission und Kirchengemeinde. Der Senat habe bis zur dritten Juliwoche eine endgültige Entscheidung zum beabsichtigten Kauf des Hauses durch die Goßner-Mission schriftlich zugesagt. Wie die Entscheidung ausfallen werde, sei unbekannt.

In der Presseerklärung wird gleichzeitig darauf verwiesen, daß die Unterbringung der ehemaligen Besetzer aus der Willibald-Alexis-Straße 43 in drei bezirkseigenen Zelten auf dem Kreuzberger Marheinekeplatz nach Auffassung aller Betroffenen nur eine "Übergangslösung" sein könne. 30 der ehemaligen Besetzer haben in der Nacht zum Freitag, 8. Juli, in den Zelten auf dem Marheinekeplatz übernachtet. Andere Besetzer, darunter z.B. Studenten in Examensvorbereitungen, sind bei Freunden oder Bekannten untergekommen. (FS 08.07.83)

Die polizeiliche Räumung des Hauses Willibald-Alexis-Straße am 1. Juni dieses Jahres unmittelbar vor Abschluß des Kaufvertrages zwischen Gewobag und Goßner-Mission hatten etwa 50 Besetzer ihre Bleibe verloren. Ein Teil von ihnen hatte in ebenfalls besetzten Haus in der Nachbarschaft vorübergehend Unterkunft gefunden, dieses aber vor Beginn der Sanierung Anfang dieses Monats verlassen. (08.07.83)

Zahlreiche Aktivitäten zum Jahresfest des Berliner Missionswerkes

Berlin (epd). Als eine Art "Missions-Kirchentag" feiert das Berliner Missionswerk am Sonntag, 11. September, von 10 bis 18 Uhr, sein diesjähriges Jahresfest. Es wird um 10 Uhr mit einem Festgottesdienst in der Trinitatiskirche auf dem Karl-August-Platz in Berlin-Charlottenburg eröffnet, das dann folgende Geschehen wird sich im Haus der Kirche gegenüber der Trinitatiskirche abspielen: Nach einem Gottesdienstnachgespräch und einem Mittagessen für angemeldete Gäste sowie kurzen offiziellen Grußworten werden verschiedene Möglichkeiten zum Hören, Sehen und Mitmachen angeboten.

Neben Berichten und Vorträgen aus den Partnerkirchen des Berliner Missionswerkes in Übersee sind Ausstellungen zur Nahostarbeit des Berliner Missionswerkes und zum Thema "Berliner Missionare übersetzen die Bibel" geplant. Darüber hinaus wird es Gelegenheit zur Teilnahme an einem Bibelquiz oder einer Kreativgruppe geben, in einer "Medienbörse" werden Angebote aus dem Medienverleih des Missionswerkes gezeigt. An verschiedenen Ständen kann man sich über die missionarische Arbeit von Kirchenkreisen und Gemeinden und der anderer Organisationen informieren. Das Jahresfest soll gegen 18 Uhr mit einem gemeinsamen Beschluß enden. (08.07.83)

GOSSNER-MISSION, Handjery-Straße 19/20, 1000 Berlin 41

EV. PASSIONSKIRCHENGEMEINDE, Marheinekeplatz 1-2, 1000 Berlin 61

den 07.07.83

Presseerklärung

Am 01.06.83 wurde das Haus Willibald-Alexis-Straße 43/ Heimstraße 9, 9a, das von der Gossner-Mission zu kaufen beabsichtigt wird, auf Anlaß des Senats geräumt. Den Besetzern wurde vorgeworfen, hochgradig kriminell zu sein; eine Behauptung, die sich im Nachhinein als nicht haltbar erwiesen hat.

Die ehemaligen Besetzer kamen mit Duldung der Gewobag in einem benachbarten Haus vorläufig unter. Als wie angekündigt die Sanierungsarbeiten am 04.07.83 dort begannen, verließen die ehemaligen Besetzer freiwillig das Haus, um bereits abgeschlossene Nutzungsverträge zwischen der Gewobag und den übrigen Bewohnern nicht zu gefährden.

Damit waren 35 Menschen obdachlos.

Das Bezirksamt Kreuzberg bot ihnen einige Zelte als Notunterkunft an und genehmigte ihnen einen Stellplatz auf dem Kreuzberg. Die Genehmigung des Stellplatzes wurde am 06.07., als die Zelte aufgestellt werden sollten, ebenfalls durch das Bezirksamt zurückgezogen. Man befürchtete rechtsradikale Ausschreitungen gegen die Zeltbewohner. Der Gegenvorschlag der Besetzer, auf dem Marheinekeplatz vor der Passionskirche zu zelten, fand auch keine Zustimmung, da das Bezirksamt befürchtete, die Zelte könnten von den Anwohnern als Provokation empfunden werden. Nach einer nächtlichen Sitzung des Kreuzberger Bezirksamts, bei der die Hausbesetzer sowie Vertreter der Gossner-Mission und der Ev. Passionsgemeinde teilweise zugelassen waren, stimmte das Bezirksamt schließlich dem Vorschlag der Besetzer zu, auf dem Marheinekeplatz zu zelten.

Am 07.07. wurden die Zelte durch die Besetzer aufgestellt. Alle Betroffenen hoffen, daß dies eine Übergangslösung ist.

Der Senat hat bis zur dritten Juli-Woche eine endgültige Entscheidung zum Kauf des Hauses Willibald-Alexis-Straße 43 schriftlich zugesagt.

Alle anderen am Kauf Beteiligten haben die erforderlichen Schritte unternommen:

- Die Hauseigentümerin, die Gewobag, hat ihre Verkaufsbereitschaft erklärt,
- die Gossner-Mission hat sich für den Kauf des Hauses entschieden,
- der Verein der Besetzer, Villa Alexa e.V., hat den Pachtvertrag mit der Gossner-Mission unterschrieben und
- das Bezirksamt Kreuzberg hat die Genehmigung zum Hauskauf für den Zeitpunkt der Senatszustimmung zugesagt.

Nur der Senat zögert seit Wochen mit der Zustimmung.

Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß der Senat durch seine Hinhaltenaktik versucht, die am Kauf Beteiligten zu zermürben.

Gossner-Mission

Ev. Passionskirchengemeinde

Pressekonferenz im „Nassen Dreieck“

Am Donnerstag droht zweite Räumung

Zwischen den etwa 100 ehemaligen Hausbesetzern, die nach polizeilicher Räumung seit Dienstag voriger Woche auf einem landeseigenen Grundstück im „Nassen Dreieck“ zelten, und dem dortigen Bezirksamt, zeichnet sich eine Konfrontation ab. Die Besetzer erklärten gestern vor Journalisten, sie wollten auf dem Platz an der Schloßstraße wohnen bis ihre Forderungen nach Rückgabe der fünf geräumten Häuser bzw. nach Übergabe „geeigneter leerstehender Häuser“ in Charlottenburg sowie nach Zurücknahmen von Strafanträgen erfüllt worden seien.

Demgegenüber wies der Charlottenburger Finanzstadtrat Wendland in einer Pressemitteilung darauf hin, daß die Fläche, auf der die Besetzer ihre Zelte errichteten, nur bis Mittwoch zur Verfügung stehe und nicht beabsichtigt sei, diese Frist zu verlängern. Damit sei „keiner polizeilichen Schritte bedarf“, sollten die Besetzer den Platz bis dahin freiwillig räumen. Zum Zeitpunkt eines möglichen Polizeieinsatzes erklärte Wendland auf Anfrage: „Wenn es soweit ist, wird die Polizei den ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt selbst bestimmen.“

Den vom Bezirksamt angebotenen Zeltplatz an der Mörschbrücke/Nonnendamm lehnten die Besetzer entschieden ab. Sie verwiesen darauf, daß es im Charlottenburger Sanierungsgebiet um den Klausener Platz 13 leerstehende Häuser und Gebäudeteile gebe, in denen sie

wohnen und an ihren Lebensformen in größeren Gemeinschaften festhalten könnten. Auch hätten mittlerweile über 370 Mieter im Sanierungsgebiet in einer Unterschriftenaktion ihre Solidarität mit den früheren Besetzern zum Ausdruck gebracht und sich für deren Rückkehr in die am Montag voriger Woche geräumten Häuser ausgesprochen.

dpa

Sauerei

Eigentlich war hier ein längerer Artikel und kein dpa-Schwund geplant, über das „Nasse Dreieck“ und die momentane Situation. Er war auch schon geschrieben und gesätzt, vom Redakteur sogar. Aber dann passierte es, ein Mißverständnis, und gelöscht war er. Heute ist ein Scheißtag, tut mir leid. d.Srn.



19. Weg zur Himmelstraße

Uns ist bewußt, daß allein eine Veränderung der Umwelt, der Lebensbedingungen zur Stabilisierung nicht genügt. Daher bleibt unsere wichtigste Grundlage und unser wichtigstes Angebot der Glaube an die heilende Macht Gottes und an sein Wort – gemäß der Aussage Jesu: "Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern von jedem Wort, das durch den Mund Gottes ausgeht." Mt. 4,4

Aber uns Christen gilt die Aufforderung Jesu die Lebenshungrigen zu sättigen: "Sie haben nicht nötig wegzugehen, gebt ihr ihnen zu essen."

Mt. 14,16

Seit April 70 ist Teen Challenge erfolgreich unter Jugendlichen tätig, besonders unter Randgruppen – Suchtkranke, Rocker, jugendliche Prostituierte – die von Aktivität normaler Gemeinden nicht erreicht werden. Daher wenden wir uns an die Gemeinden in Berlin mit der Bitte, uns bei der Verwirklichung dieses Projektes zu unterstützen.

FINANZIERUNG

Der Kaufpreis und die 1. Renovierungskosten werden etwa 800.000,- DM betragen. Um "starten" zu können, benötigen wir etwa 250.000,- DM durch Spenden oder Darlehen. Der restliche Betrag wird durch einen Kredit erworben. Die Darlehen und Kredite werden über die Mieteinnahmen des Hauses getilgt.

Wir bitten sehr herzlich um Ihr Mitwirken. Gerne senden wir eine detailliertere Konzeption zu.

TEEN CHALLENGE, Großbeerenstr. 11, 1000 Berlin 45
Tel. 030/ 772 24 33



Liebe Brüder und Schwestern !
Liebe Freunde !

"Ich will raus. Ich will nicht mehr lügen, nicht mehr stehlen, betrügen....mir und anderen das Leben schwer machen. Aber wie ? Und wohin ?

Wer will mich noch ?
Wer fängt mich auf ?
Wem kann ich mich noch anvertrauen ?
Wohin kann ich gehen ?
Ich will von neuem beginnen !"



"Wohin ?" fragen sich heute erschreckend viele Jugendliche, nachdem sie bis an den Abgrund der Verlorenheit gekommen sind.

Sie suchen Orientierung, Identität und Freiheit. Frieden mit sich selbst und ihrer Umwelt.

Eine NOT-LÖSUNG für Berlin

Seit zwei Jahren reift in uns Teen Challenge-Mitarbeitern der Gedanke eines evangelistischen Zentrums mit vielen Möglichkeiten junge Leute aufzunehmen.

Wir möchten Wohn- und Lebensmöglichkeiten schaffen für Menschen, die mit der Bewältigung ihres Lebens nicht mehr fertig werden, aber keine Langzeittherapie benötigen. Das können sein:

Kontaktunfähige,
sozial Auffällige,
entlassene Strafgefangene,
ehemals Drogenabhängige (Nachsorge).....



Im Raum Schöneberg zwischen Potsdamer und Pallasstraße suchen wir ein 4-5 etagiges Wohnhaus mit Läden. Schrittweise werden wir 4 Arbeitsbereiche nach folgender Konzeption ausbauen.



KONZEPTION DES TEEN CHALLENGE-CENTERS

=====

1. Wohngemeinschaft:

Kurzfristiges Hilfsangebot: Hilfesuchende soll für 24 Stunden spontane Hilfe - Unterkunft, Kost, Beratung - erhalten.

Langfristiges Hilfsangebot: Die 5 - 6 Mitglieder einer Wohngemeinschaft stehen unter kontinuierlicher Betreuung. Innerhalb von 12 Monaten erfahren sie folgende Hilfe:

- Förderung ihrer geistlichen + seelischen Entwicklung,
- Bewältigung ihrer sozialen Schwierigkeiten: Ausbildung, Arbeitsplatz, familiäre Schwierigkeiten, Behörden...
- Hinwendung zu einem stabilen, konstruktiven Lebensstil durch Christus.

2. Selbständige Wohneinheiten

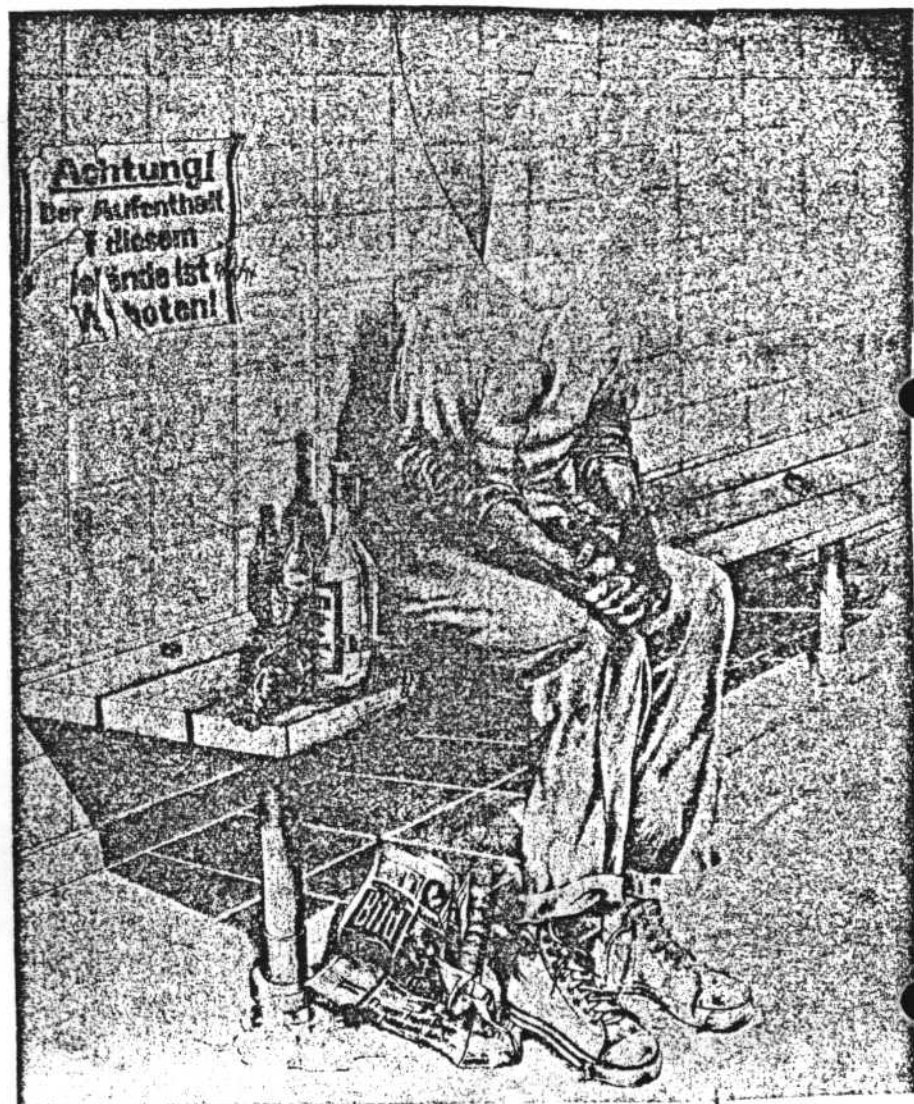
Stabilisierte junge Leute können eine eigene kleine Wohnung beziehen (im TC-Center) und sich ehrenamtlich in den Arbeitsgebieten engagieren.

3. Möglichkeit zur Entgiftung

Es ist geplant, 1 - 2 Zimmer so einzurichten, daß Drogenabhängige einen körperlichen Entzug durchführen können.

4. Jugendcafe - Tagesteestube - Buchladen

Als Ort der Begegnung soll er Drogenabhängigen und Alkoholikern - bzw. Gefährdeten - dienen. Damit soll jungen Menschen eine alkohol- und drogenfreie Alternative zu Kneipen, Discos und Spielhallen geboten werden. Wir möchten einen persönlichen vertrauensvollen Kontakt aufbauen, der seelsorgerliche Gespräche und Hilfen ermöglicht.



WOHIN ?

In wenigen Zeilen

Top
24.4.83

Im „Internationalen Frühschoppen“ (ARD, 12 Uhr) diskutieren über das Thema „Ist Landwirtschaft noch Marktwirtschaft? (Zerreißprobe für europäische Agrarpolitik)“ unter Leitung von Werner Höfer: Peter Dreyer (USA), Michel Garibal (Frankreich), Luciano Baride (Italien), Mathias Berns (Luxemburg) und Jörn Michael Bachhausen (Deutschland).

Ein neues Spielhaus hat der Bauspielplatz in der Jungfernheide jetzt erhalten. Der Bau wurde durch eine 20 000 DM-Spende der Firma Mac Donalds möglich. (Tsp)

Einen Scheck in Höhe von 500 DM bekommt Tempelhofs Bürgermeister Jaroch am Dienstag von einer Gruppe amerikanischer Soldaten und deutscher Flughafen-Mitarbeiter überreicht. Dafür soll eine Parkbank angeschafft werden. (Tsp)

Rund 200 Personen beteiligten sich nach Angaben der Polizei gestern mittag an einem Schweigemarsch zum Tod von Rudolf Burkert, zu dem die Junge Union und die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte aufgerufen hatten. (Tsp)

Das besetzte Haus in der Willibald-Alexis-Straße 43 in Kreuzberg will die Gossner Mission, ein Werk der evangelischen Kirche, kaufen. Anschließend soll das Gebäude an die Besetzer verpachtet werden. Einen entsprechenden Beschluß faßte das Kuratorium am 23. April. (Tsp)

In den KIndl-Festsälen wird heute trotz der Aufgabe der Bewirtschaftung durch den bisherigen Pächter um 17 Uhr der Lateinpokal des Deutschen Tanzsportvereins zusammen mit einer Trimm-Aktion des Deutschen Sportbundes ausgetragen. (Tsp)

Sprechstunden der Abgeordneten: Montag: Prof. Dr. Jürgen Dittberner (FDP) von 17 bis 18 Uhr, Fraktionsbüro Rathaus Wilmersdorf; Dr. Dietrich Mahlo (CDU) von 17.30 Uhr bis 19 Uhr Rathaus Wilmersdorf, Zimmer 3100; Ulrich Rastemborski (CDU) von 18 bis 19 Uhr 30, Neukölln, Donaustraße 100. Dienstag: Günter Elsner (CDU) von 18 bis 19 Uhr Restaurant „Kreuzberg-Quelle“, Kreuzberger Straße 29; Rainer B. Giesel (CDU), 19 Uhr, Restaurant „Wassermann“, Grüner Weg 51, Buckow; Ingo Schmitt (CDU) von 19 bis 21 Uhr Kinderkiste, Sophie-Charlotten-Straße 84a, Charlottenburg.

DDR-Kirchenbund über ADN-Meldung verärgert

Information über vertrauliches Gespräch Leichs mit Honecker erfolgte ohne Rücksprache

Berlin (epd). Mit Verärgerung hat der evangelische Kirchenbund in der DDR auf eine Meldung reagiert, mit der die DDR-Nachrichtenagentur ADN über das Gespräch von Landesbischof Werner Leich mit dem DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker am Donnerstag, 21. April, auf der Wartburg in Eisenach informiert hat. Wie die Pressestelle des Kirchenbundes auf Anfrage erklärte, sei über Inhalt und Verlauf des Gespräches Vertraulichkeit vereinbart gewesen. Entgegen der sonst üblichen Praxis sei die Meldung zudem ohne Rücksprache mit der Kirche veröffentlicht worden.

Der in den DDR-Medien ausführlich wiedergegebenen Meldung zufolge, ist von beiden Gesprächspartnern während der Begegnung betont worden, daß die Ergebnisse des Staat-Kirche-Gespräches vom 6. März 1978 "eine tragfähige Grundlage für verfassungsgerechte, sich konstruktiv entwickelnde Beziehungen geschaffen haben". Außerdem habe sich Leich dankbar darüber geäußert, daß die DDR-Regierung "alle Kraft für die Sicherung des Friedens" einsetze und er "mit Vertrauen" ihre "auf Verständigung und Ausgleich gerichteten Anstrengungen an der Nahtstelle zweier unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme" beobachte.

In der Erklärung der kirchlichen Pressestelle heißt es über den Inhalt des Gespräches lediglich, daß "Fragen des Zusammenlebens und der Chancengleichheit von Bürgern unterschiedlicher Weltanschauungen und religiöser Bekenntnisse" erörtert worden und dabei auch Probleme zur Sprache gekommen seien, "die sich bei der Durchsetzung der Prinzipien der Gleichberechtigung und Gleichachtung aller Bürger in verschiedenen Bereichen des alltäglichen Leben ergeben". (FS 22.4.83)

Kirche will besetztes Haus kaufen

Anschließend Verpachtung an die Besetzer geplant

Berlin (epd). Die Goßner Mission, ein Werk der Evangelischen Kirche, will in Kreuzberg das besetzte Haus Willibald-Alexis-Straße 43 kaufen und anschließend an die Besetzer verpachten. Einen entsprechenden Entschluß faßte das Kuratorium am Sonnabend, 23. April, in Berlin. Die Goßner Mission will damit ein Modell schaffen und dem Appell des Berliner Bischofs Martin Kruse folgen, der eine Entspannung in der Wohnsituation in Berlin gefordert hat. Insbesondere soll mit dieser Aktion die Bildung von Hausgemeinschaften gefördert werden und der Vereinzelung, die durch das Leben in Kleinwohnungen entsteht, begegnet werden. Die Goßner Mission sieht darin nach ihren Angaben einen Versuch zur Förderung sozialer Strukturen im Stadtbereich durch Zusammenarbeit der Bewohner. (FS 23.4.83)

Bilder und Graphiken aus Jena in Spandauer Zuflucht-Gemeinde

Berlin (epd). Die Friedensgruppe der Spandauer evangelischen Zuflucht-Gemeinde hat das Malerehepaar Eve und Frank Rub aus Jena (DDR) zu einer Ausstellung ihrer Bilder und Graphiken eingeladen. Frank Rub ist Angestellter der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jena. Das Ehepaar ist engagiert in der unabhängigen Friedensbewegung tätig. So stellten beide ihre Werke im vergangenen Jahr anlässlich einer Friedenswerkstatt in der Ost-Berliner Erlöser-Kirche aus. Weitere Ausstellungen hatten sie in Jena, Dresden sowie Ost- und West-Berlin.

Die Ausstellung in der Zuflucht-Gemeinde, Westerwaldstraße 16-18, Berlin 20, ist vom 15. Mai bis 12. Juni dienstags und freitags von 15 bis 18 Uhr, sonntags von 10 bis 12 Uhr, sonntags nach dem Gottesdienst und nach telefonischer Vereinbarung zu sehen. Die Ausstellungseröffnung findet am Sonntag, 15. Mai, um 10 Uhr, während des Gottesdienstes statt. Am gleichen Tage nimmt um 20 Uhr der ehemals in der DDR lebende Schriftsteller Jürgen Fuchs an einer Dichterlesung teil. Am Sonntag, 29. Mai, dem Tag der Gemeindekirchenratswahlen, ist die Ausstellung ganztags zu besichtigen. Um 16 Uhr findet eine Gesprächsveranstaltung über die DDR-Künstler und die unabhängige Friedensbewegung in der DDR statt. (22.4.83)

"Nägel mit Köpfen" für "Strategienggebiet" in Kreuzberg

Neue Chance für SO 36 als Wohn- und Gewerbegebiet?

Berlin (epd). Der Stellenwert des Kreuzberger SO 36-Distriktes, des einstigen "Strategienggebietes" um den Görlitzer Bahnhof, ist in der übrigen Stadt noch nicht richtig ins Bewußtsein gedrungen: Durch die Ansiedlung kleinerer und mittlerer Gewerbebetriebe, durch die Bewahrung der "klassischen Berliner Stadtmischung" von Wohn- und Gewerbebereich, könnte SO 36 eine neue Chance erhalten und sogar zum Modellfall der Stadtentwicklung werden. Das ist das zentrale Ergebnis der Tagung "Mut zum Wohnen", die die Evangelische Akademie und das Evangelische Bildungswerk am Wochenende im Tagungshaus Am Kleinen Wannsee durchführten. Konkret diskutiert wurde dabei über den Stand des Projektes "Nägel mit Köpfen", das vor über einem Jahr bei einer anderen Tagung der Akademie initiiert worden war.

Das Projekt "Nägel mit Köpfen" soll dazu beitragen, neue Betriebe in SO 36 anzusiedeln, durch gezielte Beratung lebensfähig zu halten und so neue Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Entstanden war die Idee dazu im Februar 1982, als die Teilnehmer der Tagung "Gewalt in der Stadt" mit den Entwicklungszahlen des SO 36er-Distriktes konfrontiert worden waren: Von 1.500 Gewerbebetrieben noch 1970 ist in diesem Bereich die Zahl innerhalb von zehn Jahren auf 1.000 heruntergegangen, von 15.000 Arbeitsplätzen blieben nur noch 10.000 erhalten. Im gleichen Zeitraum blieb dabei die Zahl der Einwohner mit rund 20.000 konstant, veränderte sich durch den Zuzug der Ausländer die Bevölkerungsstruktur allerdings drastisch. Rund 3.000 Jugendliche, das sind immerhin 75 Prozent dieser Region, sind derzeit arbeitslos oder akut von Arbeitslosigkeit bedroht.

Im Frühsommer 1982 verfaßte daraufhin Pfarrer Klaus Duntze (ehemals Kreuzberger Martha-Gemeinde) ein Exposé mit verschiedenen Vorschlägen, im Oktober kam es zur Klausurtagung mit Vertretern des Senats, der Wirtschaft und Betroffenen-Organisationen wie dem "Verein SO 36". Derzeit existiert beim Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz eine ständige Arbeitsgruppe, die mit diesem Projekt befaßt ist. Demnächst will diese Arbeitsgruppe mit einem Symposium an die Öffentlichkeit treten, gleichzeitig einen offenen Ideenwettbewerb für SO 36 anregen. Gedacht wird beispielsweise an die Gründung einer Gesellschaft "Kiez-Consult, die gezielte Beratung für kleine und mittlere Gewerbetreibende durchführen und dabei deren Lobby herausbilden soll".

Skeptisch bewerteten die Tagungsteilnehmer die Möglichkeit, daß die angebotenen Chancen auch von den türkischen Mitbürgern der Region genutzt werden könnten. Zwar, so berichtete Barbara John, die Ausländerbeauftragte des Senats, gründen in Berlin derzeit jährlich rund 500 Ausländer einen eigenen Gewerbebetrieb, davon muß aber über die Hälfte nach kurzer Zeit wieder aufgeben. Gerade die von Türken gegründeten Gewerbebetriebe, so wurde in der Diskussion herausgestellt, hätten die Struktur eines "Arme-Leute-Gewerbes", das nur durch den Einsatz aller Familienangehörigen überhaupt lebensfähig ist. Ein wichtiges Arbeitsfeld für sich sieht die Ausländerbeauftragte deshalb im Bereich der Existenzgründungsdarlehen: Sie will sich dafür einsetzen, daß auch Ausländer aus nicht EG-Staaten in den Genuß dieser Forderung kommen können. (25.4.83)

Neuköllner Hausräumung dient nicht dem Frieden in der Stadt

Berlin (epd). Die Kreissynode Neukölln hat am Sonnabend, 23. April, die Räumung des Hauses Wederstraße 96 durch Polizei kritisiert und die Auffassung vertreten, Aktionen dieser Art dienten nicht dem Frieden in der Stadt, sondern zerstörten Vertrauen und verhinderten konstruktive Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Die Möglichkeiten, das vor vierzehn Tagen geräumte Haus zu nutzen, seien vorschnell aufgegeben worden. Die Tatsache, daß weder Superintendent Wolfgang Gerbeit noch die Betroffenen von dem Vorgehen unterrichtet worden seien, verärgere zusätzlich.

Die Kreissynode habe mit "Betroffenheit" von der Räumung des Hauses gehört. Dieses Vorgehen sei um so unverständlicher, als der Superintendent des Kirchenkreises in Verhandlungen mit dem Bezirksamt über vertragliche Regelungen gestanden habe. (25.4.83)

Status-Wechsel

Just zum „Dreikönigstag“ am vergangenen Donnerstag haben die Bewohner dreier Kreuzberger Häuser ihren Besetzerstatus aufgegeben und sind zu regulären Mietern geworden. Unter tatkräftiger Mithilfe von Baustadtrat Orlowsky schlossen die Ex-Besetzer der Oranienstraße 44 und 45 und der Luckauer Straße 3 Mietverträge mit der Gewerbesiedlungs-Gesellschaft (GSG) als Eigentümerin ab. Leicht getrübt wurden die

„Friedensverhandlungen“ mit den ehemaligen „Gesetzesbrechern“ lediglich durch Herrn Voß als Vertreter der Staatsanwaltschaft, der die letzten „besetzten“ Stunden nicht verstreichen lassen konnte, ohne sich noch einmal das Vergnügen einer Durchsuchung zu gönnen. Gleichzeitig erklärte GSG-Geschäftsführer Habermann, die gestellten Strafanträge sofort zurückzuziehen. Ein Tag mit Peitsche und Zuckerbrot.

Unter dem üblichen Verdacht auf Strom- und Wasserdiebstahl rückte Staatsanwalt Voß, die Ordnungsmacht im Schlepptau, noch am Vormittag zur Durchsuchung der Oranienstraße 45 an. Das „illegale“ Besetzer-Café wurde geschlossen, Wechselgeld und Bier beschlagnahmt, die Noch-Besetzer in Wannen verfrachtet. Der für den Nachmittag angesetzte Verhandlungstermin mit der GSG, der das endgültige Ja oder Nein zur Legalität des Wohnens besiegeln sollte, schien kurzfristig gefährdet.

Die mehrstündigen Gespräche zwischen Besetzern, dem GSG-Geschäftsführer und Baustadtrat Orlowsky, die dann doch stattfanden, zeigten ein eindeutiges Ergebnis: ab 15. Januar zahlen die Bewohner der drei Häuser Miete an die Gewerbesiedlungs-Gesellschaft. Der zunächst vorläufig festgesetzte Mietzins beläuft sich auf 2,56 DM pro qm für die Oranienstraße 44 und auf 2,96 DM für die Luckauerstr. 3. Mit Beginn dieser Woche werden Mietpreisüberprüfung, Schadensaufnahme und Instandsetzungsarbeiten in Gang gesetzt.

Nachdem die ersten Kneipen-Kontakte zwischen Besetzern und der GSG-Direktion außer 'nem dicken Kopf wenig an Ergebnissen gebracht hatten, waren die im Dezember begonnenen Gesprächsrunden unter Vermittlung von Orlowsky in relativ kurzer Zeit von Erfolg gekrönt. In der jetzt beschlossenen „Vereinbarung“ zwischen beiden Vertragspartnern seien, so Orlowsky gestern, Züge des „Käseglocken-Modells“ vom Frühjahr letzten Jahres wiederzuerkennen. So bleibt die Wohnungsbaugesellschaft zwar Eigentümerin der Häuser, garantiert den jetzigen Mietern aber weitestgehende Selbstverwaltung und Mitbestimmung bei Art und Umfang von Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten.

Sämtliche Modernisierungsmaßnahmen, die so „behutsam“ durchgeführt werden müssen, daß eine Freimachung der Wohnungen nicht erforderlich wird, bedürfen der Zustimmung der Mieter, ebenso Planung, Umfang und Zeitpunkt der Durchführung. Alle Arbeiten werden zuerst den Mietern selbst angeboten, erst wenn diese sie nicht ausführen können, werden sie Firmen übertragen, „die einvernehmlich bestimmt werden“. Weiter heißt es in der „Vereinbarung“: „Moderni-

sierungsmaßnahmen auf eigene Rechnung bleiben Eigentum der Mieter und haben keinen Einfluß auf die Miethöhe“. Zur Ermittlung der mietrelevanten Fläche und sämtlicher baulicher Mängel in Bezug auf zulässige Abzüge nach dem Mietsenkungsgesetz soll ein Architekt des „gegenseitigen Vertrauens“ bestimmt werden. Auch erhalten die neuen Mieter das Recht, Grundrißveränderungen vorzunehmen, sofern sie nicht gegen bauaufsichtliche Bestimmungen verstoßen.

Im Selbstverwaltungsrecht eingeschlossen sind außerdem das sog. „Belegungsrecht“, nach dem die Mieter entscheiden, wer neu einziehen und in den „Gruppenmietvertrag“ aufgenommen werden soll, und das Hausverwaltungsrecht. Hausreinigung und Hauswartstätigkeiten werden

von den Mietern selbst übernommen, die GSG wird eine entsprechende Pauschale von der Gesamtmiete zurückerstatten.

Laut Orlowsky ist die neue „Kreuzberger Vereinbarung“ möglicherweise eine Art „Pilotprojekt für andere Fälle“. Er erwarte, so Orlowsky weiter, daß unter den neuen Umständen jetzt auch der Bausenator den Bezirk Kreuzberg gegen den Räumungsflügel seiner eigenen Partei unterstützen werde.

Von den Ex-Besetzern selbst war gestern keine präzise Stellungnahme zum neuen Status zu erlangen. Man diskutiere noch eine entsprechende Erklärung, die nächste Tage fertig sei, derweil solle ich doch vom „Volksblatt“ abschreiben.

af

Ein Klo-Reiniger, der plötzlich tickte

Attraktiv und Preiswert in die Hölle

Die Geschichte, die einer Kreuzberger Wohn-gemeinschaft am vergangenen Freitag abend kurz vor 18 Uhr widerfuhr, ist so unwahrscheinlich, daß jeder, dem ich sie erzähle, zunächst in lautes Lachen ausbricht. Ein Lachen, das schnell umkippt und mit tausend Entschuldigungen und einem ernsten Gesicht verschluckt wird. Es ist die klammheimliche Freude, wenn's brennt. Wenn irgendwo in der Stadt mal wieder was „abgefackelt“ wird. Aber was ist, wenn aus dem „irgendwo“ fast Deine Wohnung gewor-

„Unser Klo stinkt schon lange. Also schnell bei Kaisers ins Regal gegriffen und den erstbesten Kloreiniger in den Einkaufswagen. Nach Haus, und sofort nichts wie rein in die Muffschüssel. Soweit ein ganz normaler Vorgang. Alles weitere war dann nicht mehr so normal. Statt des ätzenden Pulvers - Sägespäne. Ein Blick in den Streuer läßt die Überraschung noch größer werden. Huch, ein Wecker!

Ein Werbegeschenk von Kaisers? Ahnungslos wird der Deckel geöffnet, der winzige Wecker wird mühsam herausgefummelt. Die Wohngemeinschaft, inzwi-

dadurch verschwinden würde - und im Laufschrift auf den Balkon gestellt. Tatsächlich, nicht zu glauben, eine Zeitzünderbombe im Haus! Was tun? Auf die Straße schmeißen? Die Bullen holen? Zurückbringen? Selber entschärfen? Die Läden haben zu. Es ist 18 Uhr. Uns wird klar, der Countdown läuft.

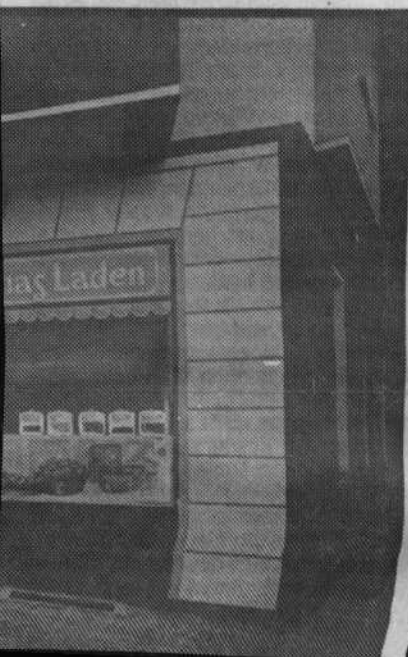
Keine Angst, die Damen und Herren Antimperialisten, Stadtguerilla (oder Nazis?). Wir haben unter Schweiß die letzte Lösung gewählt und das Ding entschärft verschwinden lassen. Wir sind weiß Gott keine Anhänger der Supermarktkultur, insbesondere nicht von Kaisers, ein be-

den wäre? Die WG aus Kreuzberg 61, die den folgenden Bericht geschrieben hat, kann natürlich nicht mit Sicherheit sagen, aus welcher Szene heraus dieser Anschlag versucht wurde. Neben Spekulationen über „rechts“ oder „links“ wären immerhin auch Privatkriege oder Rackeakte von Einzelnen gegen Pharmaprodukte und Lebensmittelkonzerne denkbar, wie sie in letzter Zeit nicht nur aus den USA gemeldet werden.

gen. Ein heißer Tip: Vielleicht etwas den Kopf einsetzen, bevor man das Schweinesystem in Schutt und Asche legt. Schönen Dank im Voraus.“

Mit der S-Bahn ins neue Jahr

„Berufe bei der Berliner S-Bahn sind vielseitig und interessant“, so wirbt ein Kalender für 1983, der an den Schaltern der noch geöffneten Bahnhöfe ausgegeben wird. Auf der Rückseite des von „DEWAG Magdeburg“ gedruckten Blättchens gibt ein Plan die Übersicht über das S-Bahn-Netz. Und da kann man denn immer noch innerhalb des violett dargestellten Kreises, Westberlin darstellend, das gesamte einstmals gefahrene Netz finden. Auf Nachfrage dann allerdings streicht dann die nette Dame am Fahrkartenschalter die Linien aus, die nicht mehr befahren werden - drei bleiben übrig. S-Bahn'83. km



Gespräch mit einem, der um besetzte Häuser verhandelt

Eisenacherstr. 103 bald legalisiert?

„Der Senat geht nicht ungestraft an's Eingemachte“

Die vielen schlechten Nachrichten aus der Hausbesetzerszene dringen kaum noch in die Öffentlichkeit und wenn, so erregen sie kein übermäßiges Interesse. Beste Bedingungen also für den CDU-Senat ihnen endlich den Garaus zu machen? Über die augenblickliche

Situation sprachen wir mit Jonny Eisenberg, einem der einflussreichsten „Verhandler“. Erist Mitglied im Vorstand des Netzwerkes und hat in dieser Funktion zusammen mit anderen Paten und Besetzern die Verhandlungen mit der Neuen Heimat geführt.

taz: In den letzten Wochen häufen sich mal wieder die Gerüchte über anstehende Räumungen von besetzten Häusern. Glaubst du, daß sich in nächster Zeit etwas Entscheidendes mit den besetzten Häusern verändern wird?

Jonny Eisenberg: Ja es gibt Anzeichen dafür, daß die Richtlinien der Senatspolitik, ob besetzte Häuser und wenn ja in welchem Umfang legalisiert werden können, in den nächsten Wochen endgültig festgelegt werden. Diese Richtlinien, die von einer Mehrheit des Senats und der CDU-Fraktion gestützt werden, sehen vor, daß die Hausbesetzerfrage bis zum Herbst 83 endgültig gelöst wird und zwar wie vor der letzten Wahl versprochen: die Mehrzahl der besetzten Häuser soll geräumt werden.

Was heißt die Mehrzahl?

Ich kann keine Zahlen nennen, aber übrig bleiben werden ein paar Alibi- und Prestigeprojekte, eine Lösung also die für die Besetzer weder ernst zu nehmen noch akzeptabel ist. Bausenator Rastemborski hat ja Ende Juni auf einer Bauausschußsitzung öffentlich erklärt, daß der Senat überall dort friedliche Lösungen anstrebt, wo sie wirtschaftlich und juristisch machbar sind und die Besetzer dies wollen. In den letzten zwei, drei Monaten gab es einen sichtbaren Fortschritt in den Verhandlungen zwischen der Neuen Heimat und „ihren“ Besetzern. Man ist sich mittlerweile einig, daß man Erbpachtverträge für 26 Häuser abschließen will, aber das geht nur mit der Zustimmung des Senates. Der Senat hat bisher darauf nicht reagiert.

Mittlerweile ist uns bekannt geworden, daß die CDU-Fraktion eine Sitzung gemacht hat in Amsterdam - eine Reise zur Verschwendung von öffentlichen Mitteln, wie das so üblich ist - und dort soll man im Beisein von Rastemborski und Weizsäcker beschlossen haben, daß die Sache bis Herbst 83 geregelt wird, damit die nächsten Wahlen 85 damit nicht belastet werden und daß die Lösung kein Geld kosten darf. Seitdem hat sich die Senatspolitik in vielen Details in diese Richtung entwickelt.

Bei Besetzern und Verhandlern wurde ja der Senat immer in Falken und Tauben unterteilt: Kunz, Scholz und Lummer wurden der harten Linie zugerechnet, während Rastemborski, aber teilweise auch Weizsäcker zu den friedlicheren gezählt wurden. Warum hat sich jetzt die harte Linie doch durchgesetzt?

Z.B. der Finanzsenator Kunz hat überall dort, wo er Einfluß auf die Legalisierung von Besetzern oder auch Selbsthilfegruppen hatte, unverschämte Geldforderungen gestellt, um die Lösungen zu hintertreiben. Lummer hat in einer beispiellosen Hetzkampagne durch Interviews und Indiskretionen gegenüber der Morgenpost aus seinem Hause Stimmung gegen die Besetzer als kriminelle Banden gemacht - teilweise wider besseres Wissen - um seine Räumungslösung propagandistisch vorzubereiten. Warum sich die harte Linie so durchsetzt, das hängt meiner Meinung damit zusammen, daß die CDU in Bonn die Regierung übernommen hat und die jetzt hier wohl glauben, die „rechtsfreien Räume“ zu beseitigen, ohne sich sozialpolitischen oder menschlichen Überlegungen hinzugeben.

Kannst du genauere Indizien dafür benennen, daß der Senat alle Vorschläge von Besetzern abblocken wird?

Wie es bei der Neuen Heimat läuft, habe ich ja schon angedeutet. Es gibt einen Trägerverein, in dem ich das Netzwerk vertritt, der zusammen mit den Besetzern angeboten hat, die Sanierung zu machen. Zu diesem konkret ausgearbeiteten Vorschlag hat der Senat kein Sternbzwörtchen verlautbaren lassen. Die S.H.I.K. - Selbsthilfe in Kreuzberg Genossenschaft - bemüht sich seit Monaten um eine politische Entscheidung des Senats für ihr Modell auf der Basis von Erbpachtverträgen - es kam lediglich aus unteren Senatskreisen die Meldung, daß die Sache weiter oben nicht akzeptiert würde. Schließlich ist Netzbau - der Träger von dem Rastemborski immer gesagt hat: da gibt es keine Probleme - Netzbau werden jetzt auch Knüppel zwischen die Beine geworfen.

Bei diesen leidigen Verhandlungen gab und gibt es ja drei Lager: die Interessengruppen, von denen jeweils minde-



Johnny Eisenberg beim Mausekeln mit Ex-Bausenator Ulrich

Foto: medi

stens eine immer die Verhandlungen blockiert hat. Zuerst die Besetzer, dann die Eigentümer der Häuser, jetzt scheint der Senat diese Rolle übernommen zu haben.

Als Rastemborski Bausenator wurde, ist er ja jedem Besetzer, der verhandeln wollte händeringend hinterhergerannt und war bereit jedem Desperado auf völlig unverbindliche Äußerung hin, Vertragsangebote zu machen. Jetzt sind realistische Angebote von den Besetzern und ihren Verhandlern da, aber Rastemborski macht jetzt Vogel-Strauß-Politik und möchte wohl einfach die Zeit für sich arbeiten lassen, um die Besetzer und Verhandler zu frustrieren. Irgendwann wird er dann sagen: Wir haben ja monate- und jahrelange Verhandlungen versucht, es hat leider nicht geklappt und deshalb müssen wir jetzt räumen.

Und sie werden den schwarzen Peter den Besetzern zuschieben.

Klar, sie werden sagen, es hat alles nichts gebracht, aber verschweigen, daß es in vielen Fällen, wo sich Besetzer und Eigentümer mittlerweile einig sind, daran gescheitert ist, daß sie selbst es boykottiert haben.

Siehst du - als „Verhandler“ - überhaupt noch Spielräume und Möglichkeiten aus der festgefahrenen Situation rauszukommen?

Die verschiedenen Verhandler werden sich in Zukunft sehr eng koordinieren und wir werden erstmal der Öffentlichkeit klar machen - das weiß ja kaum jemand - daß es auch für den Senat akzeptable konkrete Vorschläge gibt. Wir sind dafür eine neue „Friedensrunde“, wie bereits letzten Herbst gehabt - mit Vertretern aller Parteien der Kirche und der Gewerkschaften - einzuberufen, wo der Senat erklären soll, warum er sich jetzt so fein raushalten möchte.

Die erste Friedensrunde war ja ein Zugeständnis der CDU nach dem Tode Rastays. Damals gab es eine starke Bewegung und auch einen oppositionellen Block auf Paten, AL, SPD, Kirchenleuten und sonstwem, der heute nicht mehr existiert.

Was den oppositionellen Block und die Sympathisanten angeht, da muß man sehen, daß die Hausbesetzer bei denen einen Verlust des Ansehens durchgemacht haben. Sie trauen den Hausbesetzern einfach nicht mehr zu, die Selbstverwaltung der Häuser wirklich zu übernehmen. Diese Zweifel haben ihre Berechtigung, aber bei den Häusern der Neuen Heimat

kann man sehen, daß jetzt die Bewirtschaftungskosten gemeinsam aufgetrieben werden. Außerdem sind ja die Besetzer andauernd frustriert worden. Wenn sie mal ihren Arsch hochkriegen und sich mit Dingen beschäftigen, mit Verträgen, juristischen und ökonomischen Problemen, dann führt ihnen der Senat wieder die Aussichtslosigkeit ihrer Bemühungen vor Augen. Das führt auf die Dauer zu einer Erosion der Bereitschaft, sich mit solchen Widerlichkeiten zu beschäftigen.

Stichwort Erosion. Glaubst du, daß nicht nur die Bereitschaft sich mit Paragraphen zu beschäftigen, den Bach runtergeht, sondern auch die Kraft auf die harte Linie der CDU, die passende Antwort zu geben?

Die Besetzer werden zwar dauernd frustriert, aber ich denke der Senat kann trotzdem nicht ungestraft ans Eingemachte gehen. Es steht ein Bundestagswahlkampf bevor, bei dem sich zum Beispiel die Bedeutung der Grünen herausstellen wird. In diesem Rahmen können Räumungen Mobilisierungseffekte haben, die wieder neue militante Auseinandersetzungen ermöglichen und zur Folge haben werden. Es wird Putz geben. Nicht unbedingt sofort, aber im Rahmen der Polarisierung zwischen der CDU und dem was jetzt „Neue Mehrheit“ heißt. Und der CDU-Senat wird Farbe bekennen müssen, wir werden es nicht zulassen, daß er es bis zu den Wahlen im unklaren läßt, ob er sich zur Legalisierung der besetzten Häuser herabläßt oder nicht.

Das Gespräch führte Michael Sonthelmer

Vertrag in Sicht

Am Mittwoch dürften die Weichen dafür gestellt werden, auf welche Weise der rechtsfreie Raum in Gestalt des seit anderthalb Jahren besetzten Atelierhauses in der Eisenacherstr. 103 in Schöneberg beseitigt wird. Für diesen Tag ist ein Treffen zwischen den Besetzern, ihren Bürgen und der „Kurt Becker Verwaltungsgesellschaft“ angesetzt, in dem ein Vertragsentwurf konkretisiert werden soll.

Die Besetzer, die sich angesichts der Alternative „entweder wir machen einen Vertrag oder wir fliegen raus“ gegen Heldentum und für die Legalisierung entschieden haben, sind mit ihrem „VEB Wohnen“ (Verein zum Erhalt von billigem Wohnraum) zu einer vertragsfähigen juristischen Person geworden. Die Bürgerschaft, die der Eigentümer verlangt, wird der Verein für soziale Stadtentwicklung ein Selbsthilfeprojekt aus Kreuzberg übernehmen. Soweit ist man sich mit Herrn Zastrow, der den Eigentümer vertritt, und die Besetzer durch dreimaliges Kappen der Wasserleitung im Rahmen polizeilicher Durchsuchungen im letzten dreiviertel Jahr an den Verhandlungstisch gebracht hat, einig.

Differenzen gibt es in drei wesentlichen Punkten. Für die 20 Monate, die die Besetzer in dem Haus leben, will die Hausverwaltung die Betriebskosten (Wasser, Müllabfuhr, Versicherungen, Verwaltung etc.) in Höhe von 22.000 DM nachträglich in drei Raten bis zum Mai nächsten Jahres kassieren. Den Besetzern ist das zuviel, außerdem zweifeln sie die Berech-

nung und Zusammensetzung dieser Kosten als unseriös und überhöht an.

Ihnen paßt auch nicht, daß der Eigentümer sich vertraglich von allen Instandhaltungspflichten entbinden lassen will. Die laufenden Forderungen an die Besetzer betragen 1.100 DM monatlich, was für die Besetzer eine Miete von rund 70 DM pro Monat und Nase bedeutet. Haarig ist der Vertragspassus, daß der am 30.11.1986 auslaufende Vertragsentwurf der Hausverwaltung einen Passus enthält, nach dem der Vertrag im Juli nächsten Jahres ungültig wird, wenn dem Eigentümer keine neue Verlängerung der ausgesetzten Abrißgenehmigung vom Landeswohnungsamt erteilt wird. „Dieser Passus muß aus“, meinen die Besetzer, Herr Zastrow versucht zu beruhigen: „Dieser Fall wird nicht eintreten, außerdem ist ja bei den Verhandlungen ein Vertreter des Bausenats dabei, der dafür sorgen wird, daß die Besetzer mindestens bis 86 drinbleiben können.“

Er rechnet damit, daß es zu einer baldigen Einigung kommen wird: „Sonst hätte ich ja auch meine ganze Zeit vergeudet.“ **M.S.**

Lummer zu Selbstmordversuch

„Ferngesteuerte“ Aktion?

Im Innenausschuß des Abgeordnetenhauses vertrat Innensenator Lummer gestern die Meinung, bei der Selbstmordaktion der 15 Palästinenser, die sich im Abschiebeknast Augustaplatz gestern früh gemeinsam aufzuhängen gedroht hatten (s. S. 2), handelte es sich um eine „ferngesteuerte“ Aktion. Zu diesem Schluß sei er gekommen, da die Anwältin anwesend war, und außerdem Rita Kantermi gleichfalls informiert wurde. Weiter hat Lummer bestätigt, daß weitere Abschiebungen direkt nach Beirut geplant seien. Allerdings werde man auch auf entsprechende Wünsche eingehen.

Die Generalie sei aber, daß BTM-Täter abgeschoben werden müßten, unabhängig von der Menge des gehandelten Stoffes. Den Einzelfall zu prüfen sei man allerdings bereit. Die angekündigten Selbstmordversuche habe er nicht so ernstgenommen. Der Einsatz von Sondereinsatzkommandos sei notwendig gewesen, um direkte Gefahr von den Palästinensern abzuwenden. Wie der Pressesprecher des Innensensors, Birkenbeul, erklärte, sei man nicht

eine unverrückbare Position, auch wenn direkte Gefahr für Leib und Leben der Betroffenen drohe. „Das ist ein Risiko, was sie selbst einzugehen mußten“.

Lummer soll in Libanon reisen

Die AL forderte gestern, Innensenator Lummer solle „schnellstmöglich gemeinsam mit Sprechern des Ausländerausschusses in den Libanon reisen“, um sich selbst ein Bild von der Lage der Palästinenser dort zu machen. Bis zu diesem

„Steinewerfer“ im Moabiter Sicherheitsbereich:

„Wie die Affen im Zoo“

Der Sicherheitsbereich im Moabiter Kriminalgericht soll nicht ausgelastet sein, wollen „gewöhnlich gut unterrichtete Kreise“ des Hauses wissen. Ob nun aus diesem oder einem anderen Grunde, die vorsitzende Richterin der 20. Großen Strafkammer, Schwarzmann, hielt den Umzug in Saal 700 für geboten. Und nicht nur dies. Die dortigen Einrichtungen, einst für 2. Juni-Gefangene installiert, Panzerglasboxen,

sollten denn auch genutzt werden. Fünf Angeklagte im Alter zwischen 22 und 33 Jahren, die aus „sitzungspolizeilicher Anordnung“ dahinter zu verschwinden hatten, müssen sich seit gestern wegen schwerem Landfriedensbruch, Widerstand, Sachbeschädigung und dem Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vor Gericht verantworten. Tattag: der 11.6.1982.

Verhandelt wird an diesem ersten Tag wenig. Die Spielregeln werden abgesteckt - der Stil bestimmt. Straffe Prozeßführung heißt die Devise, mitunter ist sie nicht anders als schroff.

„Die Angeklagten haben bis zu ihrer Verurteilung als unschuldig zu gelten“, führt ein Rechtsanwalt aus und stellt den Antrag, die Sitzordnung zu ändern, die Angeklagten nicht in den Glasboxen wie „Affen im Zoo“ zu belassen. Richterin Schwarzmann weist dieses Ansinnen als unbegründet zurück. Es sei ja beabsichtigt gewesen, den Prozeß außerhalb des Sicherheitsbereichs stattfinden zu lassen, erklärte sie, durch massive Störungen in einem Parallelverfahren habe sie jedoch davon Abstand genommen. Im übrigen bleibe sie bei diesen „sitzungspolizeilichen Anordnungen“.

Gegen 11 Uhr 30 dann, die Kammer pausiert gerade, bietet sich auf dem Gang vor Saal 700 ein eigentümliches Bild: eine Gruppe „Uniformierter“ in voller Montur mit Helm und Schlagstock, rückt zum Einsatz aus, steuert auf den Ausgang des Gebäudes zu. Eine kleine Ansammlung „Vermummter“, so ein Sicherheitsbeamter, hat das Portal mit schwarzer Farbe versehen.

Szenen-Wechsel. Im Gerichtssaal selbst empört sich mittlerweile Rechtsanwalt Enners. Richterin Schwarzmann hatte seiner Mandantin einen Pflichtverteidiger beigeordnet. Er vermutet, sie wolle damit einen ihr unliebsamen Verteidiger loswerden. Außerdem sei die Beordnung rechtswidrig, da die Angeklagte zu dem Zeitpunkt von zwei Wahlverteidigern vertreten wurde. „Ich bezeichne Sie als Zwangsverteidiger“, ruft er dem anderen zu, der nicht das Vertrauen der Mandantin genieße.

Mit dem Hinweis, der Kollege möge sich doch nicht zur Prozeß-Staffage degradieren lassen, fordert Enners, er solle seine Entpflichtung beantragen. „Reihen sie sich nicht ein in die Klinkenputzer und Gefängnisanwälte, verlassen sie den Gerichtssaal“, legt er dem Pflichtverteidiger unter dem Applaus der Zuschauer nahe. Der bestellte Anwalt meldet sich nicht zu Wort.

Enners Antrag, die Verhandlung zu unterbrechen, bis die Beschwerdekammer

über diesen strittigen Punkt entschieden hat, weist Richterin Schwarzmann zurück.

Allmählich wird die Verhandlung zur Farce. Im „Alleingang“ an diesem Morgen mehrere Male praktizierend, stellt sie auch einen Befangenheitsantrag nach 2 sekundlicher Beratung zurück.

Nach drei Stunden dann wird die Anklage verlesen. Zwischen 5 und 30 (!) Steinen sollen die Angeklagten auf dem Winterfeldplatz geworfen haben. Bei ihrer Flucht in einen Hauseingang waren sie festgenommen worden und sitzen seitdem in U-Haft.

Die vier jungen Männer wollen keine Aussage zum Tatvorwurf machen, die 24-jährige Frau verliest eine Prozeßerklärung. Den antirassistischen Kampf hält sie hoch, die Demonstration war ein Erfolg, wenn auch nur der, die „Propagandashow des obersten Kriegstreibers zu stören“.

„Polit“-Zuschlag wird sie für diese Erklärung kassieren, zumal bei der Richterin, die gestern keinen Zweifel daran ließ, wer im Gerichtssaal das Sagen hat und wer nicht.

Am nächsten Montag wird der Prozeß fortgesetzt. s.p.



Foto: Ralph Rieth

Kohl in Berlin

„Kein Freund pathetischer Worte“

Der neue Bundeskanzler, das Wort geht einem schwer über die Zunge, war in Berlin. Es war, da doch seine Frau in der Nähe des Rathauses Schöneberg geboren ist, nach seinen Worten, eine „bare Selbstverständlichkeit“, daß er, Kohl, der ihm als der ersten deutschen Stadt seinen Besuch abstattete. Polizeilich hatte dieser die Freiheitsentziehung zweier Jugendlicher zur Folge.

„Helmut Kohl ist ein Freund der Berliner“ titelte das CDU-Organ der „Illa Rundschau“ schon in der letzten Woche. Vor dem Rathaus Schöneberg tummelten sich allerdings, vom Kanzler durch die bekannten Absperrungen getrennt, gerade mal 200 vorwiegend ältere Leute. „Lang lebe der Kanzler“, wurde gerufen und für denselben gab es von einem armen Bürger einen Strauß Rosen. Besondere Streicheleinheiten konnte sich die Gattin, Frau Kohl reservieren. Ihr strich man über Gesicht und Haar, so empfindsam sind die Berliner.

Sein offizielles Programm am Nachmittag beschränkte sich auf intensive Gespräche mit Vertretern der herrschenden CDU sowie einem Round-Table-Gespräch, bei dem der DGB-Vorsitzende Pagel, Vertreter der Arbeitgeber, die Fraktionsvorsitzenden der Parteien (auch die AL war dabei), sowie die meisten Senatsmitglieder teilnahmen. Die wirtschaftliche Situation der Stadt samt Arbeitslosigkeit standen dabei oben an. „Eine dramatische Wende“, so Kohl, sei allerdings über Nacht in Berlin nicht erreichbar. Obwohl er sich vor Journalisten als „kein Freund pathetischer Worte“, auswies, ließ er sich doch dazu hinreißen, von Berlin als „von der nationalen Aufgabe“ zu sprechen, der die nationale Solidarität gelten müsse. Am 16. November will er sich sogar in Washington beim Präsidenten Reagan dafür verwenden.

zur ZeitGeist-Ausstellung. Hier gab Kohl sich zögerlich. „Vom ZeitGeist habe ich im Bund genug“. bmm

Semesterbeginn an der FU

Studienabbruch erwünscht

Montagnachmittag versuchten 80 Biologiestudent(in)en der FU, Senator Kewenig in seinem Amtssitz zu besuchen. Beim Portier der Bretschneiderstraße 5 war der Marsch leiderschon zuende. Entgegen sonstigen Gewohnheiten wurde die Delegation des in großen Finanzschwierigkeiten steckenden Fachbereiches aber nicht von der wieder hinausgeräumt.

Begonnen hatte der erste Tag des Wintersemesters für die Biologen nicht mit dem üblichen Gerangel um die knappe Praktikumsplätze. Über die Semesterferien verschärfte sich die Stellen- und Ausbildungssituation in der Biologie so, daß die beiden Vorsitzenden des Fachbereiches, Lochmann und Dohle, von ihrem Amt zurücktraten und sich praktisch für handlungsunfähig erklärten.

Auf der Vollversammlung des Fachbereiches am Montag wurde die Entwicklung der Misere, die sicher für viele Fachbereiche der FU beispielhaft ist, von Vertretern der beteiligten Gruppen dargestellt: 40% der Erstsemester haben faktisch keine Ausbildungsmöglichkeit, ein Drittel der Stellen in der Biologie sind nicht besetzt, und Lehraufträge für eine gesellschaftsbezogene Ausbildung wurden gestrichen.

Durch eine Neuordnung der Praktikumsplatzvergabe wird die Biologieausbildung endgültig chaotisiert. Die Studienplanung wird dem Los-Glück überlassen, und die Studenten finden sich in einer Situation wieder, in der sie mehr arbeiten wollen als die dürfen.

Bei wichtigen Finanzentscheidungen seien die kritischen Fachbereichsvertreter übergangen worden. - Für den Aufbau des Biotechnologie-Instituts, das ein Gemeinschaftsprojekt des Senats, der FU und der Firma Schering ist, sind allerdings 40 Mio. DM bewilligt worden. c.k.

„Anordnung“

-taktik, die allerspätestens auf handfesten Konsequenzen hänging es um Fragen des Schußs, um Verletzungen von Demonstranten durch Polizei, den Einsatz der berittenen

denheit erklärt, daß eine derartige Annahme völlig falsch ist. Richtig ist vielmehr, daß die GdP meint, CS als Polizeiwaffe müsse auch in Berlin eingeführt werden. „Es ist völlig unsinnig, glauben zu machen, daß mit CS-Reizstoff in irgendeiner Weise in das Demonstrationsrecht eingegriffen wird“, betonte der Sprecher der Jungen Gruppe. Ganz Interessensvertretung fordert die GdP allerdings eine entsprechende Schutztaustattung für die Polizei.

Prozeß gegen Polizisten

Der Prozeß gegen einen (Zitierten) Pol...

Um mehr Arbeitsplätze zu schaffen, propagierte er ein „ganz einfaches Rezept“. Auch wenn es witzig klinge, meinte er, „aber ich will eine Tendenz einfach umdrehen. Nämlich ganz altmodisch damit anfangen, nicht mehr gegen sondern für etwas zu demonstrieren“. Das war als guter Rat gemeint. Er selbst will den schon vom Ex-Kanzler Schmidt geplanten „Berliner Gipfel“ mit Beteiligung höchster deutscher Unternehmensfunktionäre am 10. und 11. Dezember durchführen, am neuen Berlin Förderungs-gesetz sollen keine Abstriche gemacht werden, die Flugpreise werden wie bisher subventioniert und durchaus als Anregung verstand er die Frage eines Journalisten, das Kabinett könne doch mal einen Betriebsausflug zu kulturellen Höhepunkten der Stadt unternehmen; etwa

Berliner Häuserkampf am Wendepunkt

„Es gibt immer weniger Gründe, sich zu vertragen“

Berlin (taz). Das Schicksal der „Verhandlungshäuser“ ist besiegelt. Die Verhandlungen über Nutzungsverträge sind von beiden Seiten, CDU-Senat und Besetzern, abgebrochen. Der politische Widerstand gegen die CDU-Kahlschlagpolitik durch die Hausbesetzerbewegung geht jedoch weiter und sucht nach neuen Anfängen.

Zehn Tage nach der Räumung der „Verhandlungshäuser“ in der Maaßenstraße ist das Schicksal aller besetzten Neue-Heimat-Häuser besiegelt. Dienstag verkündete der Baustadtrat des Bezirks Schöneberg, Kunkel (CDU), durch einen bindenden Bescheid, er werde keinen Verträgen zwischen der Neuen Heimat und Besetzern zustimmen (siehe Kasten). Am gleichen Tag hatte die Mehrheit von SPD/AL im Bezirksamt per Beschluß verkündet, sie werde sich für Nutzungsverträge stark machen. Doch der Baustadtrat ist an dieses Votum nicht gebunden und kann so die Order der CDU-Senatsregierung erfüllen. Die Neue Heimat ihrerseits sieht „keine Veranlassung mehr“, gegen diesen Rechtsbescheid des Baustadtrats Widerspruch einzulegen. Die Baugesellschaft kann jetzt damit beginnen, woran sie gar nicht mehr zu hoffen wagte - abreißen, sanieren, modernisieren. Am Donnerstagvormittag rückten die ersten Bauarbeiterkolonnen in der Maaßenstraße ein.

Derweil ist die Stimmung unter den Besetzern umgeschlagen. In „friedfertige“ Verhandler und „harte“ Nichtverhandler kann nicht mehr gespalten werden. Es gibt nur noch Nichtverhandler. Der den Besetzern vom CDU-Senat hingeworfene Fehdehandschuh wird aufgenommen - ohne vielfältigen Widerstand werden die Häuser nicht geräumt, hieß es am Mittwoch im Kreuzberger Besetzerrat.

Viele Besetzer aus den Häusern, die kurz vor dem Abschluß von Nutzungs- bzw. Mietverträge standen, sind nach den vier Räumungen in den letzten Wochen umgeschwenkt.

Das Ende der Hoffnung auf eine dauerhafte Bleibe in den Häusern macht aus den „Hausgemeinschaften“ mit dem neuen Lebensgefühl auf Basis gesicherter Mietverträge plötzlich neue Menschen: „Jetzt fühle ich mich zum ersten Mal richtig als Besetzer“, verkündete ein „Verhandler“ dem erstaunten Publikum vor ein paar Tagen auf dem Kreuzberger Besetzerrat. Eine Gesamtlösung für alle Häuser wird es nicht mehr geben. In den Besetzerräten in Kreuzberg, Schöneberg und Charlottenburg wird davon ausgegangen, daß alle Häuser, die noch keine Nutzungsverträge unterschrieben haben, in den nächsten

Monaten geräumt werden - bis auf ganz wenige, wie die Regenbogenfabrik in Kreuzberg.

Doch deshalb ist zumindest im Kreuzberger Besetzerrat die Stimmung nicht resignativ. Auf deren Sitzung am Mittwochnachmittag waren sich zwar alle Vertreter der anwesenden Häuser einig, daß der Häuserkampf in einer Niederlage enden kann, aber damit werde nicht der politische Widerstand hier in der Stadt zuende sein. Für viele Besetzer ist der Häuserkampf nur noch ein Teil ihres umfassenden politischen Kampfes gegen den Polizei-, Arbeitslosen- und Atomstaat. Lammers Kampfansage an die Hausbesetzerbewegung richtet sich ja nicht nur gegen die

Hausbesetzer als Hausbesetzer, sondern gegen die „Chaoten“, „Kriminellen“, „Terroristensympathisanten“. Lummer will damit die gesamte Berliner linke Szene klein kriegen, „ausradieren“, wie es einmal aus seinem Mund verlautete.

Mit dem Auszug aus den Häusern ist diese politische Bewegung nicht klein zu kriegen. Obwohl die Stimmung in anderen Berliner Bezirken, wie in Schöneberg, sich von der in Kreuzberg ziemlich unterscheidet. In Schöneberg standen alle Häuser in intensiven Verhandlungen, obwohl in den Häusern die Meinungen über die Verhandlungen mit dem Senat und den Baugesellschaften auch auseinander gingen.

Bescheid des Baustadtrats

Die Bestellung und Veräußerung eines Erbbaurechtes bedarf nach § 15 Abs. 1, Nr. 1 Städtebauförderungsgesetz der Genehmigung, weil die betroffenen Grundstücke nach der 1. Verordnung über die förmliche Festlegung von Sanierungsgebieten vom 4.7.1972 in einem förmlich festgelegten Sanierungsgebiet liegen. Die Nutzungsverträge sind nicht mit den Pflichten des Sanierungsträgers aus dem Sanierungsvertrag in Einklang zu bringen.

1) Es ist nicht sichergestellt, daß die erforderlichen Ordnungsmaßnahmen zuende geführt werden (hier Abriß der Seitenflügel und der Hofbebauung).

2) Der Vertrag enthält lediglich in § 6 der Entwurfsfassung unbestimmte Angaben über an den Gebäuden durchzuführende Instandsetzungsmaßnahmen. Insbesondere sagt er nichts über die Modernisierung der Gebäude aus.

3) Der Vertragsentwurf gewährleistet nicht die vorgesehene gemeinsame Freiflächen-nutzung, die zumindest auf dem zum Träger gehörenden Grundstück sonst ohne weiteres zu realisieren wäre. 4) Die massierte Überlassung von Wohnraum an einen Personenkreis, dessen Integrationsfähigkeit als gering anzusehen ist, werden die Bemühungen, die stark gestörte Sozialstruktur in der Planungseinheit II zu verbessern unterlaufen. Die Gemeinde könnte ihrer Verpflichtung, zu helfen, nachteilige Auswirkungen auf die Sanierungsbetroffenen zu vermeiden oder zu mildern (§ 8 Städtebauförderungsgesetz) sonst nur noch unzureichend nachkommen. Gerade der Block 46 wird neben den für das Gebiet typischen Problemen durch ein Jugendprojekt (Winterfeldstr. 36) dessen sozialpädagogischer Wert nicht in Frage steht, zusätzlich belastet. Bei ihren Bemühungen für derzeit besetzte Häuser vertragliche Vereinbarungen zu treffen wird sich die Frage nach der Belastbarkeit des jeweiligen Wohnbereichs durch schwer integrierbare Personengruppen voraussichtlich für alle im Sanierungsgebiet Schöneberg-Bülowsstraße liegenden besetzten Häuser stellen.

Nach alledem wird dem Abschluß der Nutzungsverträge, die eine Bestellung von Erbbaurechten zur Grundlage haben, nicht zugestimmt werden können.

Kunkel, Baustadtrat/CDU

In vielen Schöneberger und Charlottenburger Häusern waren die Träume von alternativen Leben auf Erbpachtbasis ziemlich weit fortgeschritten und dafür der Häuserkampf als Wohnungskampf die Treppe runtergefallen. Doch damit ist es jetzt vorbei. Die alternative Baugesellschaft „Netzbau“ hat angekündigt, sie werde sich jetzt nach dem Scheitern der Verhandlungen mit dem Senat auflösen. Im Bezirk Wedding wohnen in der Buttmannstraße 18 und 19 Besetzer, die gegen jegliche Verhandlungen waren. Wenn überhaupt, dann wollten sie erst verhandeln, wenn die Ermittlungsverfahren eingestellt und alle Inhaftierten im Zuge der Hausbesetzerdemos freigelassen worden sind - Forderungen, die schon seit dem Frühjahr im Rahmen einer „Gesamtlösung“ nicht mehr erhoben werden, weil sie als undurchsetzbar gelten.

Die Häuser in der Buttmannstraße stehen in der Liste der von Räumung bedrohten Häuser denn auch ganz oben. Der Besitzer der Häuser Nr. 16 und 18, die GESO-Bau, hat kürzlich Modernisierungsgelder in der Höhe von 1,3 Millionen DM erhalten, und die Buttmannstraße 19 soll baldmöglichst für einen Parkplatz abgerissen werden. Den Bewohnern in der Nr. 16 und 18 wurden am 27.10. von der GESO-Bau ein vierzehntägiger Nutzungsvertrag, gültig bis zum 12.11., angeboten. Das großzügige Angebot lehnten die Besetzer ab und formulierten stattdessen eine Erklärung, aus der wir Auszüge veröffentlichen:

Wir haben die Häuser nicht besetzt, um unser eigenes Schäfchen ins Trockene zu bringen, sondern um auf Mißstände aufmerksam zu machen, radikal einzugreifen, damit sich was ändert!

Beim Verhandeln um Verträge geht es aber nicht mehr um diese politischen Mißstände, deren Hintergrund und darum, daß sich doch noch mal was ändert.

Denn, was hat sich schon geändert?!

Nach wie vor stehen Hunderte von Häusern

leer! Es wird weiter spekuliert, abgerissen, kaputtsaniert und zubetoniert. Das dreckige Geschäft mit dem Wohnraum geht weiter und raffinierter denn je.

Auch das Recht auf freie Meinungsäußerung bis hin zum Widerstand wird mehr und mehr beschnitten: Ob's nun bei Demos die Auflagen wie Vermummungsverbot, die immer häufiger praktizierte Vorbeugehaft ist, oder der immer schnell zitierte § 129a StGB (kriminelle Vereinigung) ...

Das Mietrecht wurde geändert und der weiße Kreis durch die Hintertür in Form von Staufelmieten doch noch eingeführt!

Verhandelt wird nicht mehr um solche Mißstände, sondern nur noch um das eigene Dach über dem Kopf!

Es gibt immer weniger Gründe, sich zu vertragen !!!

Ein Vertrag, heißt soviel wie zwei übereinstimmende Willenserklärungen! Wir können weder mit dem Senat noch mit der GESO-Bau übereinstimmen.

Der Senat redet von friedlichen Lösungen und meint Verträge. Wie kann man sich mit denen vertragen, wenn die ihrerseits nicht bereit sind, Strafanträge zurückzuziehen und stattdessen die Taktik der Kriminalisierung stur weiterzuverfolgen? Die Schizophrenie und Unglaubwürdigkeit des Senats, den Hausbesetzerkonflikt mit friedlichen Mitteln (sprich Verträge) beilegen zu wollen, aber gleichzeitig räumen zu lassen, sollte aber langsam jedem nach der Räumung der Maaßenstraße klar geworden sein ... Und da kommt es wieder auf die Solidarität der gesamten besetzten Häuser an!

Fast die Gesamtheit verhandelt. Ist da noch Solidarität möglich?

Das allgemeine Gelalle, sich empört zu geben, ist 'n bißchen wenig, und noch dazu, wenn man zum Zeitpunkt der Räumung in der Maaßenstraße am Verhandeln ist mit z.B. dem Weddinger Baustadtrat Lüdke, und es noch nicht mal fertig bringt, zur Stunde der Räumung seinen Arsch hoch zu kriegen und zu gehen! Aber das einzige Druckmittel, das uns noch bleibt, ist, die Verhandlungen zu unterbrechen oder abzubrechen!

Unsere politischen Forderungen und unsere Glaubwürdigkeit sind uns wichtiger als unsere Angst um die eigene Haut!

Sofortiger Verhandlungsstopp! Räumungsstopp! Einstellung aller Strafanträge! Freilassung der Gefangenen!

Uns werden die nächsten Räumungen direkt betreffen - Bei Räumung der Buttmannstraße 16, 18, 19: Demo am Tag der Räumung und am Tag danach 17.30 Uhr, Ernst-Reuter-Platz



Regierungssprecher: Bedeutender Sieg Polens

800 Verhaftungen

Berlin/Warschau (dpa/afp/taz) — Immer noch Unklarheit über die Beteiligung am Streik, Auseinandersetzungen zwischen Miliz und Demonstranten in Warschau, Wrocław und Nowa Huta sowie 800 Festnahmen — das ist die Bilanz des 10. November in Polen. Während aus einigen Betrieben Streiks gemeldet wurden, haben andere offenbar gearbeitet. Für einen Gesamtüberblick ist es allerdings noch zu früh, da erst die Informationen aus dem ganzen Lande ausgewertet werden müssen. Die Regierung feierte schon am Abend des Streiktages ihren Erfolg. Ihr Sprecher Urban sagte, die Arbeiter hätten sich nicht durch Furcht leiten lassen und allen Versuchen Unruhe zu schüren, ein entschiedenes Nein entgegengesetzt. Die Untergrundorganisation der Solidarność und ihre ausländischen Vollmachtgeber hätten eine Niederlage erlitten. Die jetzige Lage begünstige eine mögliche Aufhebung des Kriegszustandes zum Jahresende. Die Warschauer Tageszeitung „Życie Warszawy“ urteilte realistisch: der Verzicht auf Beteiligung am Streik sei nicht immer Ergebnis bewußten Handelns gewesen, sondern oft aus „Gleichgültigkeit, Unsicherheit, Angst oder Mutlosigkeit“ erfolgt. Dennoch müsse man den Tag als „Sieg der Vernunft“ werten, da die Arbeiterschaft den Streikaufruf mit einer Einmütigkeit zurückgewiesen habe, die von politischer Bedeutung sei.

Nach Angaben der amtlichen polnischen Medien ist im ganzen Lande normal gearbeitet worden. Nur in einigen mittleren Betrieben hätten Gruppen von einigen Dutzend Arbeitern versucht Streiks zu organisieren. Wegen entschiedener Gegenmaßnahmen sei ihnen das aber nicht gelungen. In verschiedenen Betrieben habe es auch Versuche gegeben, die Arbeit gewaltsam zu unterbrechen. In der Nähe des niederschlesischen Walbrzych seien die Reifen von 40 Autobussen zerstochen, in der Autofabrik von Bielsko Biala sei der Strom unterbrochen worden. Zu Demonstrationen und Auseinandersetzungen mit der Miliz kam es in Warschau (mindestens 300 Verhaftete) Wrocław (250 Verhaftete) und Nowa Huta (94 Verhaftete). Das Fernsehen gab weiter die Verhaftung von 40 Personen in Poznań, 26 in Łódź und etwa 80 in niederschlesischen Städten bekannt, ohne zu sagen, ob dies im Zusammenhang mit Streiks oder Demonstrationen geschah. Für den 11. November, der in der Zwischenkriegszeit in Polen als Unabhängigkeitstag gefeiert wurde — der 11. November 1918 war als Tag des Wiedererstehens des polnischen Staates nach 120 Jahren Teilungszeit festgelegt worden — hatte die Untergrundführung der Solidarność ebenfalls zu Protestdemonstrationen aufgerufen.

Luwa

Unrealistische Erwartungen

„Der Streikaufruf wurde nicht befolgt“ — das war der Tenor der westlichen Pressemeldungen bereits am Nachmittag des 10. November. Für diesen Tag hatte die Untergrundführung der Solidarność zu einem landesweiten achtstündigen Streik und zu Demonstrationen für die Solidarność aufgerufen. Die Arbeiter sollten diesmal weder zu Hause bleiben noch ihre Betriebe augenfällig besetzen, wie sie es im August 1980 gemacht hatten. Alle Beschäftigten sollten nach Möglichkeiten an ihren Arbeitsplätzen für acht Stunden die Arbeit verweigern. Wie läßt sich bei einem solchen Fall feststellen, wer wann wo am Streik teilgenommen hat? Doch nur dadurch, daß man in mühseliger Arbeit die aus den Betrieben im ganzen Land nach und nach eintref-

ferschlagen, sondern es fehlen dadurch heute die Mutigsten, Entschlossensten. Die anderen wurden nicht nur durch solche Maßnahmen und — in den wichtigsten Großbetrieben — auch durch die Militarisierung des Betriebs eingeschüchtert, sondern durch die Anwesenheit von Miliz am Streiktag selbst. Aus Nowa Huta, dem Paradestück der polnischen Industrialisierung, erfuhren wir, daß am 10. November morgens die Arbeiter im Stahlwerk von den Meistern empfangen wurden, die ihnen einen warnenden Text der Direktion vorlasen. Darin wurde darauf hingewiesen, daß der Betrieb militarisiert und alle Beschäftigten dienstverpflichtet seien. Jeder Streik- oder Demonstrationsversuch werde hart bestraft. Die Arbeiter hätten je nach Verantwortlichkeit mit Lohnabzügen, mehrwöchiger Aussperrung, Entlassung oder gar Gefängnisstrafen zu rechnen, wenn sie gegen diese Verbote verstießen. Wenn unter diesen Umständen nicht ein ganzwöchiger Generalstreik das ganze Land lähmte — und das geschah ganz sicher nicht, obwohl von der Gewerkschaftsführung eben dazu aufgerufen wurde — dann heißt das nichts weiter, als daß die Depression in Polen im elften Monat des Kriegszustandes dieses Kampfmittel der Arbeiter weitgehend wirkungslos gemacht hat.

Luwa

Proteste westlicher
Arbeiterorganisationen gegen
Gewerkschaftsverband

Offener Brief der polnischen Arbeiter an die Gewerkschaften und Arbeiterparteien im Westen

„Solidarność ist nicht tot“

Der im folgenden dokumentierte „Offene Brief der polnischen Arbeiter“ wurde am 17. Oktober 1982 von dem Warschauer „Überbetrieblichen Arbeiterkomitee der Solidarność“ verfaßt. Diese Koordinationsgruppe repräsentiert die in den Großbetrieben der Hauptstadt arbeitende Gewerkschaft. Es handelt sich um den ersten Appell eines Untergrundgremiums der Solidarność an die Arbeiter im Westen.

Freunde!

Die Junta des Generals Jaruzelski bemüht sich systematisch, jede Spur der Errungenschaften auszulöschen, die die Arbeiter

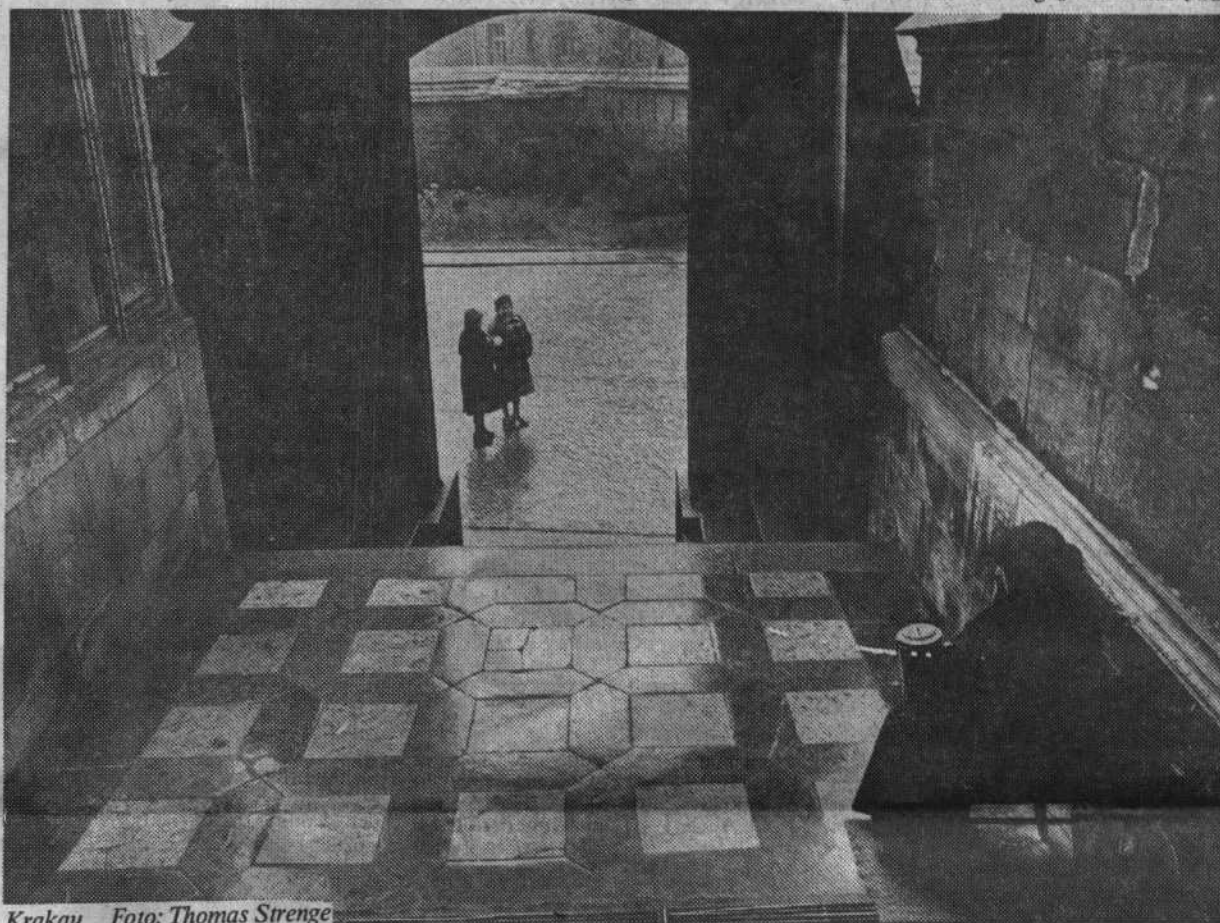
ten fünf Vertreter von Solidarność vier Tage vor diesen Demonstrationen einen gemeinsamen Brief an Jaruzelski, der einen dramatischen Appell zum Gespräch enthielt.

Die Junta hat die Appelle von Solidarność aus dem Untergrund zurückgewiesen. Sie hat auch die Bemühungen der Kirche um eine Versöhnung mißachtet. Die Denkschrift der führenden polnischen Intellektuellen von der Studiengruppe „Erfahrung und Zukunft“ („Doświadczenie i Przyszłość“) und die Thesen von Mitgliedern der Solidarność, die in der Broschüre „Der September war nach dem Dezember“ enthalten sind — sie alle landeten in den Papierkörben der Generäle.

Diese Tatsachen zeigen, daß in diesem

paratschiks. Die polnischen Arbeiter haben genug von einem solchen „Sozialismus“ und von einer solchen „Volksmacht“.

Die Junta glaubt, sie habe die Unabhängige, Selbstverwaltete Gewerkschaft Solidarność „aufgelöst“. Mehr als einer von Euch fragt sich heute: kann man überhaupt noch von Solidarność sprechen, hat es noch einen Sinn, sie zu unterstützen? Ihr müßt wissen, daß man Solidarność ebenso wenig auflösen kann, wie man die polnische Arbeiterklasse „auflösen“ könnte. Man kann sie zerschlagen, aber das würde die physische Vernichtung der polnischen Arbeiterschaft bedeuten. Wir übertreiben damit nicht. Ihr sagt „Solidarität“, wir sagen „Freiheit“. Ihr sagt „Sozialismus“, wir



Krakau Foto: Thomas Strenger

nach den Auguststreiks 1980 erzielt haben. Auf Befehl der Apparatschiks und des Orgbüros der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) haben die Abgeordneten des Sejm einem Gesetz zugestimmt, das die Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft Solidarność „auflöst“. Damit tritt die Junta nicht nur die Abkommen von 1980 und alle Übereinkünfte mit Füßen, die in der Zeit vom August 1980 bis Dezember 1981 gemeinsam mit den unabhängigen Organisationen der Arbeiter und Bauern unterzeichnet wurden. Sie mißachtet selbst ihre eigene, am 16. Dezember gegebene Zusage, nach der Solidarność und den anderen Gewerkschaften wieder erlaubt werden würde, gemäß ihren Satzungen zu arbeiten.

Durch Rakowski und ihre anderen zivilen Sprachrohre will die Junta heute eine terrorisierte Gesellschaft und die Weltöffentlichkeit glauben machen, Solidarność ha-

dramatischen Augenblick unserer nationalen Geschichte die in Solidarność organisierte Arbeiterbewegung politische Reife und Geduld bewiesen hat. Die Junta jedoch hat gezeigt, daß sie bereit war und bereit ist, alles zu opfern: das Blut der Arbeiter, die Wirtschaft und die nationale Souveränität — um nur an der Macht zu bleiben. Dies wurde vom Pressesprecher der Junta, Urban, offen und zynisch ausgesprochen: „Die Regierung wird sich immer ernähren können“. Es sollte auch nicht vergessen werden, daß in den 16 Monaten legaler Arbeit der Solidarność der bemerkenswerteste Gewaltakt einer Gewerkschaft von zehn Millionen Arbeitern darin bestanden hatte, zwei Bosse der alten, korrupten Gewerkschaft auf einer Schubkarre aus einer Fabrik zu schaffen. Doch was für ein Zeugnis hat sich die Junta in den letzten zehn Monaten ausgestellt: Arbeiter wurden zu Dutzenden getötet, Hunderte

sagen „Gerechtigkeit und Selbstverwaltung“. Fragt Euch einmal: wie lange kann man das Bedürfnis nach Freiheit, nach Gerechtigkeit, nach einem anständigen Leben und nach Kontrolle über die Produktionsmittel gefangen halten? Man kann es bestimmt nicht, und deshalb wurde Solidarność nicht aufgelöst und wird niemals aufgelöst werden.

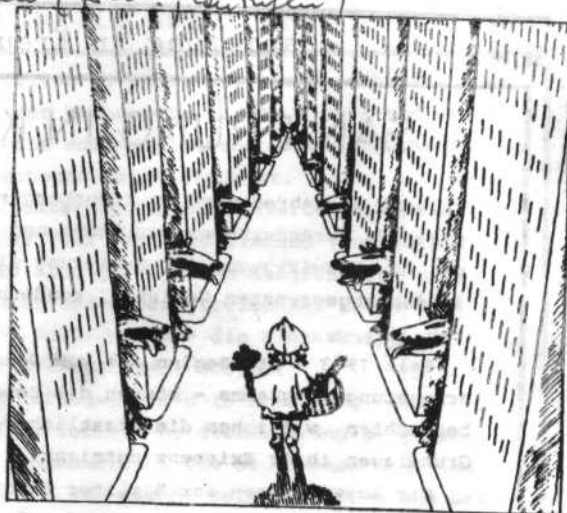
Auch heute noch, wo unsere Gewerkschaft in den Untergrund gedrängt, eingesperrt, auf dem Papier „aufgelöst“ ist, zeugen die angsterfüllten Gesichter der Generäle und Apparatschiks von ihrer Existenz. Freunde, wir erhoffen von den Gewerkschaften und den Arbeiterparteien im Westen gemeinsame Erklärungen und Massenaktionen zur Verteidigung der von der Junta verfolgten Führer von Solidarność. Wir hoffen darauf, daß Ihr die Militär-„Gorillas“ bei jeder Gelegenheit vor der Weltöffentlichkeit für ihre Gewalt und ih-

§2: bestellen (bei ?; anrufen)

Dienstag, den
3. August 1982

nr. 125

KIRCHE AKTUELL UNABHÄNGIGER KIRCHEN-REPORT



KIRCHE IN KREUZBERG

DM 5,- plus Porto

Beinahe eine Binsenweisheit ist, daß Wohnen und Leben der Menschen im Bezirk auch das Leben der Gemeinden bestimmen. Sag mir, wo die Gemeinde liegt und ich sage dir, was sie macht. Dem ist nicht so. Eine Studie des Kirchenkreises Kreuzberg mit obigem Titel beleuchtet mit Akribie und Genauigkeit das schwierige Verhältnis der Gemeinden zu ihrem Wohnbereich. Wir finden den Bericht der beiden Stadtplanerinnen so wichtig, daß wir ihnen eine ganze Ausgabe von "Kirche aktuell" widmen.

In Kreuzberg wird seit zwei Jahrzehnten "saniert". Das heißt auf deutsch gesund gemacht, geheilt. Ergebnis bisher sind die stadtbe-
kannten offenen Eunden sozialer Konflikte, die Torsokörper der
Häufing von kaputten Menschen und Verkehrsformen.

Auch vor Gemeinden macht die Krankpflege nicht halt. Die Massen-
krankheit Schwindsucht der Gemeindezahlen grassiert. In den letzten
20 Jahren lagen die Verluste bei durchschnittlich 50 Prozent. (An-
lage 1) Nur Kleinstgemeinden der "Südlichen Friedrichstadt" sind
durch Neubauten im Aufwind. Die Gemeinden verkleinern sich bis zum
Grenzpunkt der Arbeitsfähigkeit kirchlicher Strukturen. Wobei die
sozialen Konflikte im Gegenzug einen höheren Einsatz an Menschen
und Material erforderten.

Von dem Zauberwort "Gemeindeaufbau" ist schon lange keine Rede
mehr. Wie im letzten Jahr Wedding, muß sich auch der Kirchenkreis
Kreuzberg fragen, ob er noch volksgemeinnützig genannt werden kann,
wenn keine Gemeinde mehr die Hälfte der Wohnbevölkerung numerisch
unter ihre Fittiche bringt.

Diese Schwindsucht war kein Naturereignis und ist auch kein wandern-
der Platzregen Gottes. Dahinter steht das planerische Handeln von
Bürokraten und Geldmachern. Die Folgen des Substanzverlusts prägen
das Leben der Gemeinden. Darum geht es in der Studie der Stadtplan-
nerinnen.

SANIERUNG IN KREUZBERG

Seit 20 Jahren wird in Kreuzberg saniert. Dies hatte schwerwiegende Veränderungen der Wohn- und Lebensbedingungen zur Folge. Die Auswirkungen der Sanierung sind nicht nur unmittelbar in den abgegrenzten Gebieten, sondern in ganz Kreuzberg zu spüren. (1)

Seit 1963 - Mit Beginn des vom Senat verabschiedeten 1. Stadterneuerungsprogramms - können die Bewohner und Gewerbetreibenden beobachten, wie ihnen die staatlich verordnete Sanierung die Grundlagen ihrer Existenz entzieht.

Die Auswirkungen der Berliner Stadterneuerung sind hinlänglich bekannt: Vernachlässigung der Bausubstanz, Fortzug der bessergestellten mobilen Bevölkerung, jahrelanger Leerstand von Wohnraum, Zuzug von Bevölkerungsgruppen, die diskriminiert sind - vor allem Ausländer - oder die mobil sind - junge Leute und Studenten - Bankrott der kleinen Läden und Gewerbebetriebe, Abriss und Neubau, hohe Mieten, Austausch der Sozialstruktur. In den - meist im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus erstellten Neubauten - bündeln sich die sozialen Probleme, wie sie häufig für Neubausiedlungen charakteristisch sind.

Die alten und weniger mobilen Menschen bleiben in den übriggebliebenen Altbauten zurück. Sie müssen sich in ihrem Haus mit Menschen arrangieren, deren Herkunft und Lebensart ihnen völlig fremd sind. Das führt häufig zu Konflikten.

Warum mit der Sanierung so viel Negatives für die Bewohner verbunden ist, ist vielen, die sich dagegen gewehrt haben, klar geworden: Nachdem Berlin wiederaufgebaut war und die großen Siedlungen am Stadtrand entstanden waren, suchten die Wohnungsgesellschaften nach neuen Betätigungsfeldern, die sie nun bei der "Sanierung" der großen Altbauareale in der Innenstadt fanden. Abriss und Neubau hieß es, denn die Wohnungsgesellschaften verfügten nur über das Know-how Neues zu bauen und hatten keine Erfahrung im Umgang mit der alten Bausubstanz.

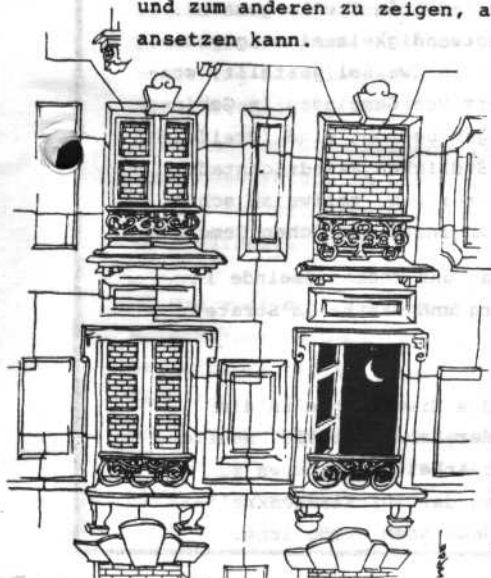
1) Eine ausführliche Darstellung der Berliner Sanierungspolitik vgl.: Klaus Duntze, Die Berliner Wohnungspolitik, ihre sozialen Auswirkungen und die Aufgabe der Kirche, Dokumentation 24/81, Evangelisches Bildungswerk Berlin, Berlin 1981

Kaum der Kirche, Locken

Als Sanierungsgrund galten 1. die schlechte Bausubstanz und mangelhafte Ausstattung der Wohnungen, 2. die dichte und ungeordnete Bebauung und 3. die unausgeglichene, nicht dem Berliner Durchschnitt entsprechende Sozialstruktur.

Diese drei Prämissen, unter denen die Sanierung begonnen wurde, waren bis Mitte der 70er Jahre bestimmend (und gelten zum Teil heute noch); sie sind jedoch dann aufgrund des massiven Protests der Bewohner und Gewerbetreibenden sowie veränderten wirtschaftlichen Bedingungen - die Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte - verändert worden.

Heute gibt es zwei Sanierungsgebiete in Kreuzberg: das Sanierungsgebiet Kottbusser Tor (1. Stadterneuerungsprogramm), von dem unmittelbar und einschneidend die St.-Thomas-Gemeinde und Teile von St. Simeon und St. Jacobi betroffen sind und das - wesentlich kleinere - Sanierungsgebiet Chamissoplatz (2. Stadterneuerungsprogramm), das in der Passionsgemeinde liegt. Da Auswirkungen, Ablauf und Methode in allen Gebieten ähnlich verlaufen, werden sie im folgenden in allgemeiner Form dargestellt, um die Möglichkeiten anzudeuten, auf welcher Ebene die Kirche im Planungsprozess eingreifen kann - sei es bei der Betroffenenbeteiligung oder als "Träger öffentlicher Belange". Der konkrete Planungsprozeß, die Beteiligung der Bewohner und die Aktivitäten der Kirche werden für die beiden Gebiete jeweils gesondert beschrieben, um zum einen den betroffenen Gemeinden erste Materialien in die Hand zu geben und zum anderen zu zeigen, an welchen Inhalten die Kirche ansetzen kann.



KIRCHL. DIENST IM WOHNBEREICH ?

Befragung der Gemeindepfarrer/innen

Hilfe und Unterstützung der Gemeinden bei der Auseinandersetzung im Wohnbereich tut Not. Ein wichtiger Bereich der Studie "Kirche in Kreuzberg" bildet die Befragung der Gemeindepfarrer/innen über die Situation in den Gemeinden und die Einrichtung eines "Kirchlichen Dienstes im Wohnbereich" auf der kreiskirchlichen Ebene. Die Ergebnisse der Befragung sind kurios auf dem Hintergrund der schwindstüchtigen Problematik. Ein einheitliches Bild kirchlichen Lebens und Handelns besteht (noch?) nicht. Hier die gerausften Ergebnisse der Befragung.

ZUSAMMENFASSUNG

Je nach Standpunkt der Gemeindepfarrer/innen in der theologischen Auseinandersetzung über das Verhältnis Kirche und Stadt wird die Notwendigkeit der Einrichtung einer kirchlichen Stelle im Wohnbereich für wichtig erachtet. Mindestens fünf Gemeinden sind der Meinung, daß Seelsorge und Verkündigung Priorität vor einem kirchlichen Engagement im Wohnbereich hätten und es nicht Aufgabe der Kirche sei, in gesellschaftspolitischen Konflikten zu vermitteln. Trotz einer solchen generellen Ablehnung werden dennoch je nach Betroffenheit von Auswirkungen staatlicher und privater Stadterneuerungsprozesse von den gleichen Gemeinden Vorschläge für die konkrete Arbeit einer solchen auf Kirchenkreis angesiedelten Stelle gemacht. In den übrigen Gemeinden wird die Notwendigkeit einer gemeindeübergreifenden Arbeitsstelle nicht in Zweifel gestellt, sondern geradezu gefordert, insbesondere von Gemeinden in Gebieten, die von großen Umstrukturierungen bedroht sind (Dreifaltigkeits- und Lukasgemeinde in der Südlichen Friedrichstadt) oder mit den Auswirkungen eingeleiteter bzw. teilweise schon abgeschlossener Sanierungsprozesse in ihrer täglichen Gemeindegearbeit konfrontiert sind (Passions- und Thomasgemeinde in den Sanierungsgebieten, Tabor, Ölberg und Martha im Stratiengengebiet).

Unterschiedlich sind allerdings die Erwartungen an die Arbeitsstruktur und Arbeitsinhalte der Arbeitsstelle. Häufig wird die Skepsis geäußert, überhaupt Arbeitsstrukturen zu finden, die eine Vermittlung zwischen der auf Kirchenkreisebene angesiedelten Stelle und den Gemeinden ermöglicht.

Es wird die Gefahr gesehen, daß sich die Arbeit verselbständigt, kirchliche Stellungnahmen nicht ins Gebiet zurückfließen, Ideen für neue Projekte zwar entwickelt, aber dann den schon überlasteten Gemeinden zur Ausführung überlassen werden. Die Möglichkeit, schwierige Probleme an eine übergeordnete Stelle delegieren zu können, würde zwar die Gemeindegearbeit entlasten, aber eine der Autonomie der Gemeinden widersprechende Zentralisierung und Arbeitsteilung unterstützen. Mit diesen Bedenken wurden gleichzeitig Anforderungen an die innere Arbeitsstruktur und Qualifikation der Mitarbeiter der Arbeitsstelle formuliert. Es wird eine flexible Arbeitsweise gefordert, die sowohl übergeordnete Probleme bearbeitet als auch in den Gemeinden selbst vor Ort eingreift. Es werden Anforderungen an die Fähigkeit der Mitarbeiter gestellt, einerseits auf die Basis eingehen zu können und sie zu aktivieren (kirchliche Mitarbeiter in den Gemeinden, Gemeindegemeinderäte, Gemeindeglieder und Menschen im Gebiet allgemein), andererseits kirchliche Stellungnahmen zu übergeordneten wohnungs- und stadtpolitischen Problemen zu erarbeiten sowohl aus fachlich-stadtplanerischen als auch aus theologischen Gesichtspunkten.

Die inhaltlichen Vorstellungen für die Arbeit des "Kirchlichen Dienstes im Wohnbereich" orientieren sich an den Erfahrungen der Wohnungsprobleme im Gebiet. Sie reichen von der Nachfrage nach Informationen über allgemeine wohnungspolitische Fragen, kirchlichen Stellungnahmen zu anstehenden Planungsmaßnahmen, Angebot von Weiterbildungskursen zur Aktivierung kirchlicher Mitarbeiter, Mitarbeit in der Betroffenenbeteiligung von Sanierung bedrohter Gebiete, Unterstützung von Gemeinwesenprojekten im Stadtteil bis hin zur Gemeindeberatung im Sinne praktischer Hilfestellung und Beratung zur Effektivierung und Intensivierung laufender Gemeindegearbeit.

Von zwei Gemeinden wird der Wunsch nach Aufarbeitung von Materialien zu wohnungspolitischen Themen und deren praxisorientierte Weitervermittlung geäußert, von vier Gemeinden nach Informationsbeschaffung und -weitergabe über in den Gemeinden anstehende Planungsmaßnahmen, von drei Gemeinden nach Weiterbildungskursen zu Wohnungs- und Stadterneuerungsproblemen zur Aktivierung der kirchlichen Mitarbeiter in den Gemeinden. Damit wäre ein zukünftiger Arbeitsbereich der kirch-

lichen Stelle im Wohnbereich definiert als Zentrale für Informationsbeschaffung, Materialaufarbeitung und Weiterbildung im Rahmen wohnungs- und stadtpolitischer Probleme im Kirchenkreis Kreuzberg.

Sechs Gemeinden weisen auf die Notwendigkeit der Gemeindezusammenlegung hin, insbesondere zur Aufhebung der nicht mehr an sozialen und räumlichen Einheiten orientierten Gemeindegrenzen in der Südlichen Friedrichstadt. Dies wäre ein Problembereich, der in Kooperation mit den betroffenen Gemeinden und in Zusammenhang mit der Beteiligung an der Planung eines neuen Stadtteiles gelöst werden müßte. Aufgabe der kirchlichen Stelle im Wohnbereich wäre es dabei, neue Formen von Gemeindearbeit zu entwickeln, die insbesondere auf die regionalen und sozialen Bedingungen eines neuen Gemeindebezirkes reagieren bzw. diese präventiv mit beeinflussen. In diesem Zusammenhang werden konkrete Erwartungen an die Arbeitsstelle gestellt.

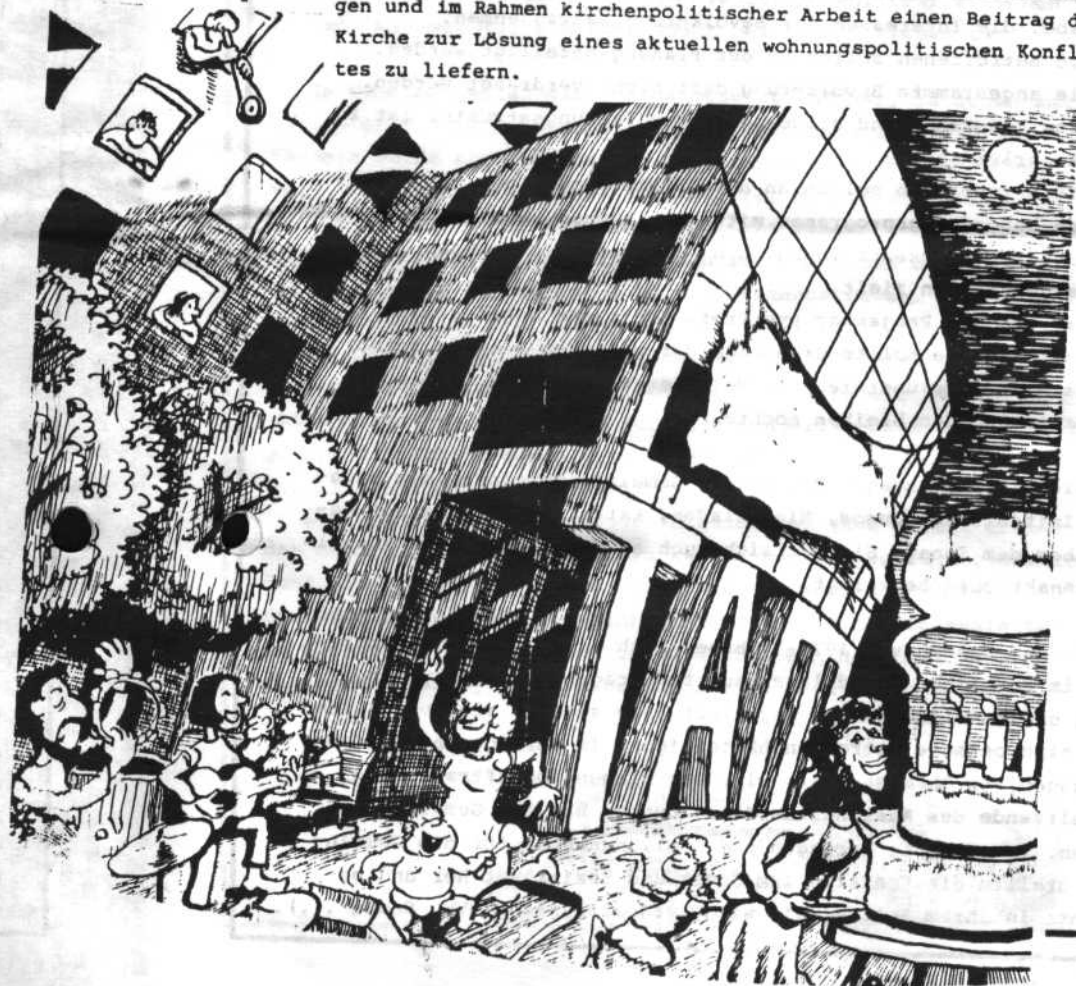
- Intensive Beteiligung in den Planungsausschüssen.
- Aktive Mitarbeit im "Verein Südliche Friedrichstadt e.V.".
- Beschaffung von Planungsunterlagen, Herstellung von Kontakten zu der planenden Verwaltung.
- Einrichtung eines AK Sozialplanung Südliche Friedrichstadt mit der Aufgabe, Einfluß auf die zukünftige Bevölkerungszusammensetzung, auf entsprechende Wohnbedürfnisse, Miethöhen und auf den Bedarf an Infrastruktureinrichtungen zu nehmen (finanziert vom Senat, in Trägerschaft des Kirchenkreises).

Von vier Gemeinden wird die Unterstützung beim Aufbau von Gemeinwesenprojekten (zum Beispiel im Bereich der Jugend- und Erwachsenenarbeit) und bei neuen sozialen Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft (zum Beispiel Jugendfreizeitheim, Seniorentagesstätte, Kinderladen etc.) gefordert als Antwort der Gemeinden auf die Verschlechterung der Lebensbedingungen im Gemeindegebiet. Dabei wird das Ziel einer Neuorientierung der Gemeindearbeit - weg von der Dienstleistung, hin zur Gemeinwesenarbeit - verfolgt.

Acht Gemeinden sehen die Hauptaufgabe der Arbeitsstelle in der Gemeindeberatung im Sinne einer integrierten Mitarbeit, mit der Aufgabe, Wohnungsprobleme in die laufende Gemeindearbeit einzubringen, oder im Sinne einer zentralen Beratungsstelle, an die die Gemeinde nicht von ihr zu bewältigende Probleme delegieren kann. Eine Gemeinde lehnt die Hilfestellung einer

zentralen Stelle insgesamt ab und fordert dafür mindestens eine halbe Stelle, die allein zuständig ist für Wohnungsprobleme im Gemeindegebiet.

Obgleich in fast allen Gemeinden Instandbesetzungen erfolgten, sehen zumindest sechs Gemeinden die Mitarbeit bei der Entwicklung von Konzepten zur Legalisierung der Häuser durch einen basisdemokratisch organisierten Träger als eine wichtige und aktuelle Aufgabe der Arbeitsstelle an. Diese Arbeit würde erfolgen im Rahmen von Gemeindeberatung dreier Gemeinden, die sich bereit erklärt haben unter der Bedingung, daß eine für alle Beteiligten akzeptable Trägerschaft gefunden wird, sich an einem kiezbezogenen Träger für besetzte Häuser zu beteiligen und im Rahmen kirchenpolitischer Arbeit einen Beitrag der Kirche zur Lösung eines aktuellen wohnungspolitischen Konfliktes zu liefern.



KIRCHLICHE AKTIVITÄTEN

Exemplarisch für andere Gemeinden die Auseinandersetzung in "Passion" am Chamissoplatz.

Seit etwa zehn Jahren diskutiert die Gemeinde über die Vorgänge im Sanierungsgebiet Chamissoplatz, bereits 1972 wurde es Sanierungsuntersuchungsgebiet. Dabei setzt sie sich für folgende Forderungen ein:

- Der Passionskirchengemeinde soll als Körperschaft öffentlichen Rechts und als "Träger öffentlicher Belange" gemäß § 4 (4) StBauFG frühzeitig die Gelegenheit zu Stellungnahmen gegeben werden, denn sie versteht es u.a. als ihre Aufgabe, die Interessen der Bevölkerung wahrzunehmen.
- Die Betroffenen sollen an der Planung beteiligt werden.
- Die angestammte Bevölkerung darf nicht verdrängt werden.
- Eine konstante und ausgewogene Bevölkerungsstruktur ist zu gewährleisten.
- Die Betroffenen sollen an der Aufstellung eines alternativen Neuordnungsprogramms mitwirken können, das auf eine dosierte Blockentkernung, d.h. auf den weitgehenden Erhalt der Wohnungen zielt.
- Die von der Projektgruppe Prof. Schlosser angefertigte Sozialstudie sollte Grundlage der weiteren Planung sein, nach der der überwiegende Teil der Bevölkerung in diesem Gebiet wohnen bleiben möchte.

Diese Forderungen vertritt die Gemeinde gemeinsam mit anderen Initiativen (Jusos, Mieterladen, katholische Gemeinde) gegenüber dem Senat. Sie hat sich auch an den gemeinsamen Mängellistenaktionen beteiligt.

In den Jahren von 1975-77 haben sich einige Gemeindevertreter im damaligen Synodalausschuß für Fragen der Stadtveränderung und Gemeindeplanung engagiert. Sie setzten sich vor allem für eine bessere Betroffenenbeteiligung im Bereich des Sanierungsgebiets Chamissoplatz ein. Der Planungsbeauftragte und Vorsitzende des Ausschusses Klaus Duntze hat die Gemeinde beraten. Er verfaßte Vorlagen und Stellungnahmen für die Gemeinde, stellte die Kontakte zum Senat und Bezirksamt her und besuchte in ihrem Auftrag die wichtigen Sitzungen (BVV, Senat ...).

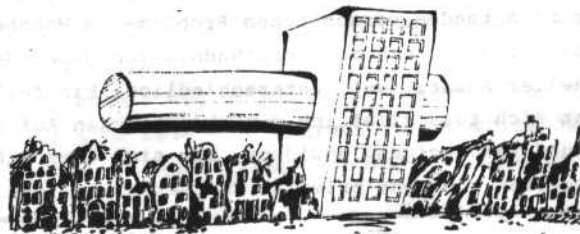
Seit 1978 hat auch der Gemeindekirchenrat in Abständen Stellungnahmen zur Stadterneuerung, Wohnungspolitik und Instandsetzungen abgegeben. Einige Vertreter der Gemeinde arbeiten regelmäßig im Mieterladen mit. Zur Zeit stagniert allerdings die Mieterarbeit, weil der Umfang der Aufgaben, die bisher ehrenamtlich und unbezahlt verrichtet wurden, die Kräfte der Mitarbeiter übersteigt. Zur Zeit wird diskutiert, wie man es erreicht, daß im Mieterladen vom Sanierungsträger bezahlte Gemeinwesenarbeiter- oder Mieterberatungsstellen eingerichtet werden können.

Das Thema Stadterneuerung wird immer intensiver innerhalb der Gemeinde diskutiert, so daß die Gemeindeglieder erkennen können, wie wichtig ein Engagement bei diesen Fragen ist.

Im Gemeindegebiet gibt es 14 besetzte Häuser, zu denen zum Teil enge Kontakte bestehen. Eine Patenschaft zu einzelnen Häusern wurde als nicht sinnvoll angesehen, es hätten schon alle 14 Häuser sein müssen. Die Pfarrer setzen sich für eine Gesamtlösung ein und arbeiten in diesen Fragen eng mit dem Mieterladen zusammen. Zur Zeit werden Informationen über die Situation in den einzelnen Häusern zusammengetragen.

Um das Eckhaus Willibald-Alexis-Straße 43/Heimstr. 9 a, das besetzt wurde, retten zu helfen, verhandelten die Pfarrer mit der Gewobag, um dort Räume für eine Kindertagesstätte mit Hortgruppe einrichten und mieten zu können.

Letzter Stand: Die Gossener Mission hat sich bereit erklärt, das Gebäude von der Gewobag zu kaufen und die Verfügungsgewalt über die Wohngeschosse den Besetzern und über das Erdgeschoß der Passionsgemeinde zur Einrichtung einer Kindertagesstätte zu übertragen. Damit wäre zumindest für ein Haus ein Beitrag zur Legalisierung von Hausbesetzungen geleistet.



GEMEINDE ALS GEMEIN WESEN

Eine besondere Stärke der Studie "Kirche in Kreuzberg" ist die gründliche und allgemeinverständliche Beschreibung der Problemlage in den verschiedenen Sanierungs- und Neubaugebieten. Auch die Planungen der Internationalen Bauausstellung in der "Südlichen Friedrichstadt", -sowie das Gerangel zwischen Senat und Bezirksamt um das neue "El Dorado" der Spekulanten- wird gebührend gewürdigt. Diese Einführung ist nicht nur für Kreuzberger geeignet, die Macht- und Herrschaftsstruktur im Wohnungsbau zu erhellen. Aus diesem Bericht ergeben sich folgende Prämissen für die Arbeitsstelle "Kirchlicher Dienst im Wohnbereich".

Die Auswertung der Gemeindebefragung (Teil A) und die Übersicht über die Probleme der einzelnen Planungsbereiche im Kirchenkreis Kreuzberg (Teil B) haben aufgezeigt, mit welchen Problemen der Wohn- und Lebensbedingungen die in diesen Bereichen liegenden Gemeinden konfrontiert sind, wo sie im Rahmen ihrer gemeindlichen Arbeit bereits ansetzen und wo ihre Grenzen liegen. Es ist festzustellen, daß sich die Probleme im Wohnbereich je nach der Situation in den Planungsbereichen oder nach der Lage besonders betroffener Bevölkerungsgruppen beschreiben und bearbeiten lassen; das heißt, daß alle in diesen Bereichen liegenden Gemeinden von den jeweiligen Problemen gleichermaßen betroffen sind. Die Probleme im Wohnbereich enden nicht an den Gemeindegrenzen.

Aus dieser Erkenntnis haben sich im Kirchenkreis Kreuzberg bereits drei gemeindeübergreifende soziale Projekte gebildet, die entweder an den Lebensbedingungen bestimmter Bevölkerungsgruppen ansetzen oder sich auf ein bestimmtes Planungsgebiet beziehen: die Wille, der TAM und das Frauencafé sowie das Planungsprojekt "Strategien für Kreuzberg". Dort ist den beteiligten Gemeinden in Zusammenarbeit mit dem Kirchenkreis gelungen, gezielt und qualifiziert auf spezielle soziale Probleme im Wohnbereich zu reagieren.

In allen Gemeinden finden sich Ansätze, die auf die die Bewohner belastenden persönlichen Probleme im Wohnbereich eingehen. Sie sind je nach dem Verständnis von Gemeindearbeit (und personeller Ausstattung) unterschiedlich: Ein Teil der Gemeinden hat sich ausschließlich dem christlichen Auftrag der Seelsorge und Verkündigung gewidmet, der sich eher auf das Individuum bezieht und mehr privaten Charakter hat; der andere Teil

versucht, darüber hinaus an den gesellschaftlichen Problemen aller in der Gemeinde lebenden Menschen anzusetzen - Bandhungen, die die Vermittlung zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppierungen und damit eine gewisse Öffentlichkeit voraussetzen.

Angesichts der schrumpfenden evangelischen Kirchengemeinden in Kreuzberg, deren Ursachen sowohl in den Folgen der Stadterneuerung als auch in den Kirchenaustritten zu sehen sind und angesichts der zunehmenden Vereinsamung des Menschen muß es Aufgabe der Kirchengemeinden sein, dem Rückzug in das Private, in die Isolation entgegenzuwirken. Dies kann nur im Rahmen eines funktionierenden Gemeinwesens geschehen. Aufbau eines Gemeinwesens heißt, die Öffentlichkeit im Wohnquartier darzustellen als eine Voraussetzung für Solidarität, Nachbarschaft, Gemeinschaft. Ein funktionierendes Gemeinwesen, das an allen sozialen Problemen im Stadtteil bzw. in der Gemeinde ansetzt, befähigt seine Mitglieder, aktiv und gemeinsam am Veränderungsprozeß im Stadtteil teilzunehmen und sich gegen negative Auswirkungen zu wehren.

"Dabei kann es nicht darum gehen, ein zusätzliches Aufgabengebiet der Kirche zu schaffen. Die alltägliche Arbeit der Kirche ist Arbeit für das Gemeinwesen, wie es sie als Parochie im Wohn- und Freizeitbereich vorfindet. Wenn sich die Gemeinde aber die Themen und Aufgaben von der konkreten Situation, von der Betroffenheit der Menschen in der Parochie vorgeben läßt, bleibt die Erfahrung nicht aus, daß manche traditionellen Arbeits- und Organisationsformen nicht mehr zureichend sind. Sie zu verändern und durch Kooperation mit neuen Gruppen und Institutionen ein neues Potential zu schaffen, muß die Kirche zur Zeit im diakonischen Bereich lernen. Eine wichtige Erfahrung sollte nicht vergessen werden: für ein konkretes Engagement an der Verbesserung der Rahmenbedingungen im Wohn- und Freizeitbereich wird die Kirche auf die Unterstützung von Personen und Gruppen finden, die bisher keinen Zugang zur Kirche zu haben glaubten."¹

Aus diesen beiden Erkenntnissen - Probleme im Wohnbereich sind gemeindeübergreifend, und: die Gemeinde muß sich als Gemeinwesen verstehen - ergibt sich die Notwendigkeit und Berechtigung für eine beim Kirchenkreis angesiedelte Arbeitsstelle "Kirchlicher Dienst im Wohnbereich". Von dort aus kann

1) K. Duntze, Die Berliner Wohnungspolitik ..., a.a.O., S. 28

den Gemeinden Hilfestellung gegeben werden, ein stabiles Gemeinwesen aufzubauen und sie darüber hinaus durch fachlichen Rat zu unterstützen, den Verschlechterungen der Lebensbedingungen in der Stadt erfolgreich zu begegnen. Grundvoraussetzungen für den Erfolg einer solchen Arbeitsstelle sind, daß die Gemeinden ihre Arbeit als Gemeinwesenarbeit (weg von caritativer zu gesellschaftspolitischer Diakonie) begreifen und daß von ihren aus der Bedarf und die Bereitschaft, bestimmte soziale Probleme zu lösen, artikuliert wird.

Schließlich endet die Studie mit der durchaus realistischen Skizze zur Struktur der Arbeitsstelle und den Schwerpunkten der Arbeit.

Diese Einführung in die kirchlichen Möglichkeiten bei der Auseinandersetzung im Wohnbereich Kreuzberg ist nicht nur für die eingeweihten Leser von Bedeutung. Zumindest Wedding und Schöneberg stehen vor gleichen Strukturen.

Als laie Kritik möchte ich vielleicht noch anmelden, daß die Beschreibung der Situation der Gemeinden nicht in die Tiefe geht. Aber die Studie ist auch erst ein Auftakt. Die Arbeitsaufgabe des "Kirchlichen Dienstes im Wohnbereich" ist zumindest schon mal umrissen. Es gibt viel zu tun. Zu beziehen ist "Kirche in Kreuzberg" zum angemessenen Preis von 10 DM bei der Superintendentur Kreuzberg, Nostitzstr. 6, 1-61 Tel. 691 53 56

Guido Wohlatz

----- Name	Hiermit bestelle ich	Bestellungen an:
----- Strasse	"Kirche aktuell"	"Kirche aktuell"
----- PLZ/Ort	Preis DM 48,- i. Jahr	über G. Wohlatz
----- Datum/Unterschrift	Förderabo DM 68,- ,	Bochumerstraße 15.
	DM 88,- und mehr.	1 Berlin 21
	Zahlung jährl./halbj.	Tel. 392 66 03
	Zutreffendes bitte	<u>Überweisungen:</u>
	unterstreichen	Sparkasse der Stadt
		Berlin West
		Kto. 114 0012 173
		BLZ 100 500 00
		M. Völker

Impressum:

"Kirche aktuell" Informationsdienst für kirchliche Mitarbeiter

Herausgeber:

Arbeitsgr. "Kirche aktuell"/Kirche in der Verantwortung

Redaktion: (immer montags bei Guido Wohlatz, T. 3926603)

G. Wohlatz verantwortl., I. Wendorff (T. 6939415), M. Völker (T. 7203547)

- (1)
Zweck und Gegenstand der Genossenschaft müßte noch genauer definiert werden. Soll die angestrebte Bestätigung als Sanierungstreuhand oder -beauftragter mit rein? *→ muß nicht mit rein. Zweck würde im Verband reichen.*
- (2)
Gemeinschaftseinrichtungen - inwieweit sind die Häuser Gemeinschaftseinrichtungen der Genossenschaften (und damit für alle nutzbar) oder sind nur bestimmte Teile der Häuser Gemeinschaftseinrichtungen (z.B. Regenbogenfabrik)? *→ muß in die Satzung nicht rein, sollte aber für Fördergenossen.*
- (3)
Kündigung der Mitgliedschaft - inwieweit müssen für Ini's und Kirchen andere Kündigungsregelungen gefunden werden?
- (4)
Auflösung der juristischen Person - inwieweit müssen dazu in der Satzung noch genauere Konditionen festgelegt werden? Oder ist das eine reine Vertragsangelegenheit? *→ reine Vertragsangelegenheit*
- (5)
Rechte und Pflichten der Genossen - müssen noch genauer definiert werden. Recht auf Instandsetzung/Modernisierung? Was für Pflichten und Rechte haben Fördergenossen? *Inst./Mod. → Vertragsfrage*
- (6)
Geschäftsanteile - inwieweit werden Stimmrechte an die Geschäftsanteile gekoppelt?
- (7)
Nachschußpflicht - ist die eventuell wichtig für Zahlungsfähigkeit/Seriosität/Haftung der Genossenschaft? *→ weg lassen*
- (8)
Vorstand - Soll der Vorstand hauptamtlich die Geschäfte führen oder ist es sinnvoller, den Vorstand ehrenamtlich zu belassen und zur Führung der Geschäfte Geschäftsführer einzustellen? Geschäftsführer arbeiten im Auftrag. *Geschäftsführer muß nicht in die Satzung*
- (9)
Wir haben uns im Aufsichtsrat eine Patt-Regelung ausgedacht: je 5 Vertreter der Ini's etc. und der Häuser. Soll noch reingebracht werden, daß eine Gruppe die andere nicht überstimmen kann (Konsenszwang)? Was ist in Urlaubszeiten, wenn von der einen oder der anderen Seite nicht genügend Leute da sind? Was wollen die Ini's und Kirchen?
- (10)
Was fällt unter den Zuständigkeitsbereich des Aufsichtsrates, was unter den der Generalversammlung?
- (11)
GENERALVERSAMMLUNG - Wie sollen die Stimmverhältnisse geregelt werden? Sollen Häuser mit unterschiedlich vielen Bewohnern unterschiedliche Stimmrechte haben? also unterschiedlich viele Delegierte in die Generalversammlung entsenden? Wieviel Stimmen sollen/wollen Ini's und Kirchen haben? Wie, zum Teufel, stellt Ihr Euch das Vor ????

- (12)
Wie werden die Mehrheitsverhältnisse geregelt? Für unterschiedlich wichtige Sachen unterschiedliche Mehrheiten?
- (13)
In die Hausvereinssatzungen (oder in die abzuschließenden Verträge?) müßte die Pflicht zur Entsendung von Delegierten in die Generalversammlung rein. *→ Vertragsangelegenheit*
- (14)
Auf einen Geschäftsanteil können (glaub ich) ^{Stimm} bis zu drei Stimmen entfallen. Können die auf unterschiedliche Personen entfallen bzw. wahrgenommen werden? Wie ist das überhaupt mit den natürlichen Personen, wo doch das Stimmrecht eigentlich nur die juristischen Personen haben?

So das reicht erstmal. Den Finanzkram wollen wir mit Ingrid und Schikora erstmal vorklären. Was ist mit der Gemeinnützigkeit?

(2)

Die Genossenschaft besteht aus ordentlichen Mitgliedern und Fördermitgliedern.

(3)

Ordentliche Genossen sind Hausvereine, die mit der Genossenschaft in einem vertraglichen Verhältnis stehen.

(4)

Fördergenossen sind Mitglieder, die die Interessen der Genossenschaft fördern, ohne selbst direkt an der Nutzung der Genossenschaftseinrichtungen (Gebäude) beteiligt zu sein.

(5)

Mitglied wird, wer

- a) eine Beitrittserklärung unterschreibt, die den Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes entspricht,
- b) durch Beschluß der Generalversammlung als Mitglied zugelassen ist,
- c) in die vom Registergericht geführte Liste der Genossen eingetragen ist.

§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet durch

- a) Kündigung (Vertrag)
- b) Ausschluß
- c) Auflösung der juristischen Person

§ 4 Kündigung der Mitgliedschaft

(1)

Der Genosse kann zum Schluß eines Geschäftsjahres, jedoch frühestens 5 Jahre nach Gründung der Genossenschaft, durch schriftliche Kündigung seinen Austritt erklären.

(2)

Die Kündigungsfrist beträgt ein Jahr.

(3)

Die Kündigungsfrist beträgt nur 6 Monate zum Schluß des Geschäftsjahres, wenn die Generalversammlung

- a) eine wesentliche Änderung des Gegenstandes der Genossenschaft
- b) eine Nachschußpflicht beschließt.

§ 5 Ausschluß eines Genossen

(1)

Ein Genosse kann zum Schluß eines Geschäftsjahres aus der Genossenschaft ausgeschlossen werden, wenn er gegen wesentliche Verpflichtungen der Satzung verstößt.

(2)

Über den Ausschluß entscheidet die Generalversammlung.

Genossenschaftssatzung

§ 1 Firma und Sitz

Die Genossenschaft führt die Firma

Sie hat ihren Sitz in Berlin (West)

§ 2 Zweck und Gegenstand der Genossenschaft

(1)

Die Genossenschaft setzt sich zum Ziel, soziale Strukturen in SO 36 zu erhalten und zu verbessern. Sie setzt sich für die Erhaltung, Instandsetzung und Modernisierung vorhandener Altbausubstanz ein. Die Genossenschaft unterstützt die Entwicklung neuer Formen des Zusammenlebens und -arbeitens im Kiez.

(2)

Der Zweck soll erreicht werden durch Unterstützung bereits bestehender und den Ausbau weiterer sozialer Einrichtungen, sowie durch bewohnerorientierte und nicht profitorientierte Altbauinstandsetzung und -betreuung.

(3)

Die Genossenschaft übernimmt Gebäude, um sie ihren Mitgliedern zur Nutzung zur Verfügung zu stellen. Die Eigentumsrechte sollen bei der Genossenschaft verbleiben. Die Genossenschaft schließt Verträge mit den Hausvereinen, in denen sie ihnen die Verfügungsrechte sowie die Verwaltung der Gebäude überträgt.

(4)

Gemeinschaftseinrichtungen (?)

(5)

Der Geschäftsbetrieb der Genossenschaft erstreckt sich auf Berlin (West)

(6)

Die Genossenschaft entwickelt zusammen mit den Bewohnern Bau- und Finanzierungspläne und beantragt öffentliche Förderungsmittel.

(7)

Die Genossenschaft führt die Tätigkeiten in der Entwicklungs- und Durchführungsberatung sowie die Beratung oder Durchführung der bewohnergerechten Instandsetzung oder Modernisierung durch.

§ 3 Mitgliedschaft

(1)

Mitglieder können Hausgemeinschaften werden, die sich in Form von Hausvereinen als juristische Personen konstituiert haben sowie Stadtteilinitiativen und Kirchengemeinden, die die Ziele und Zwecke der Genossenschaft unterstützen.

§ 6 Ausscheiden eines Genossen durch Auflösung der juristischen Person

Löst ein Hausverein sich auf, so scheidet er aus der Genossenschaft aus.

§ 7 Übertragung der Geschäftsanteile

Die Übertragung von Geschäftsanteilen auf einen Nichtgenossen ist nicht möglich.

§ 8 Auseinandersetzung

(1)
Scheidet ein Genosse aus, so erhält er seinen Geschäftsanteil zurück.

Er hat darüberhinaus keinen Anspruch auf Rücklagen oder sonstiges Vermögen der Genossenschaft.

(2)
Der Auszahlungsbetrag muß 6 Monate nach Ende des Geschäftsjahres, zu dem das Ausscheiden erfolgt ist, ausbezahlt werden. Der Anspruch auf Auszahlung verjährt nach zwei Jahren.

§ 9 Rechte und Pflichten der Genossen

(1)
Ordentliche Genossen haben die gleichen Rechte, die sie gemeinsam durch Beschlußfassung in der Generalversammlung ausüben. Insbesondere hat jeder Genosse das Recht auf Nutzung der Einrichtungen der Genossenschaft.

(2)
Alle Fördergenossen haben das Recht, in Abstimmung mit den Nutzergruppen gemeinschaftliche Einrichtungen in den Gebäuden zur Verfügung gestellt zu bekommen.

§ 10 Recht auf Überlassung von Gebäuden

(1)
Das Recht auf Überlassung von Gebäuden steht ausschließlich den Hausvereinen zu.

(2)
Instandsetzung, Modernisierung

§ 11 Pflichten der Genossen

(1)
Alle ordentlichen Genossen haben die gleichen Pflichten. Insbesondere sind sie verpflichtet zur Mitarbeit in den Gremien der Genossenschaft.

(2)
Die Hausvereine sind verpflichtet zur ordnungsgemäßen Buchführung und Abrechnung gegenüber der Genossenschaft.

§ 12 Geschäftsanteile

(1)
Der Genosse beteiligt sich an der Genossenschaft aufgrund einer schriftlichen unbedingten Eintrittserklärung und durch Übernahme eines Geschäftsanteils.

(2)
Der Geschäftsanteil wird auf 1000,-- DM festgelegt.

(3)
Der Pflichtanteil beträgt einen Geschäftsanteil. Er wird bei Eintritt in die Genossenschaft fällig.

(4)
Jeder Genosse kann nur einen Pflichtanteil erwerben.

§ 13 Nachschußpflicht

Eine Nachschußpflicht besteht nicht.

§ 14 Organe der Genossenschaft

Die Genossenschaft hat folgende Organe:

- a) Vorstand
- b) Aufsichtsrat
- c) Generalversammlung

§ 15 Der Vorstand

(1)
Der Vorstand leitet in eigener Verantwortung die Genossenschaft. Er hat nur solche Beschränkungen zu beachten, die Gesetz und Satzung festlegen.

(2)
Der Vorstand besteht aus drei Mitgliedern der Genossenschaft.

(3)
Der Vorstand wird jährlich von der Generalversammlung gewählt. Wiederwahl ist möglich.

(4)
Vorstandsmitglieder können mit einfacher Mehrheit der Generalversammlung abgewählt werden.

(5)
Der Vorstand arbeitet ehrenamtlich und unentgeltlich. Die Generalversammlung kann bei besonderer Inanspruchnahme eine angemessene Vergütung beschließen.

(6)
Die Genossenschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam vertreten.

(7)
Die Vorstandsmitglieder zeichnen für die Genossenschaft, indem sie der Firma der Genossenschaft oder der Benennung des Vorstands ihre Namensunterschrift beifügen.

(8)
Zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam können Genossenschaftsmitglieder zur Vornahme zu bestimmten Geschäften oder zu bestimmten Arten von Geschäften ermächtigen.

(9)
Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat auf Verlangen über die Angelegenheiten der Genossenschaft zu berichten und in den Sitzungen des Aufsichtsrates, zu denen er eingeladen wird, Auskunft zu erteilen.

(10)
Der Vorstand hat der ordentlichen Generalversammlung den Jahresabschluß (Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung) sowie einen Geschäftsbericht mit den Bemerkungen des Aufsichtsrats und dessen Bericht vorzulegen.

§ 16 Sorgfaltspflichten des Vorstandes

(1)
Die Vorstandsmitglieder haben bei der Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters einer Genossenschaft anzuwenden.

(2)
Vorstandsmitglieder, die ihre Pflichten verletzen, sind der Genossenschaft zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens als Gesamtschuldner verpflichtet. Sie haben nachzuweisen, daß sie die Sorgfalt eines gewissenhaften und ordentlichen Geschäftsleiters einer Genossenschaft angewandt haben.

(3)
Die Ersatzpflicht gegenüber der Genossenschaft tritt nicht ein, wenn die Handlung auf einem gesetzmäßigen Beschluß der Generalversammlung beruht. Die Ersatzpflicht wird dagegen nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Aufsichtsrat die Handlung gebilligt hat.

§ 17 Aufsichtsrat

(1)
Der Aufsichtsrat besteht aus 5 Vertretern der ordentlichen und 5 Vertretern der Fördergenossen. Er arbeitet ehrenamtlich und unentgeltlich. Die Genossenschaft kann bei besonderer Inanspruchnahme eine besondere Vergütung beschließen.

(2)
Der Aufsichtsrat wählt sich aus seiner Mitte einen Vorsitzenden.

(3)
Die Aufsichtsratsmitglieder werden von der Generalversammlung jährlich gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

§ 18 Aufgaben des Aufsichtsrates

(1)
Der Aufsichtsrat hat den Vorstand in seiner Geschäftsführung zu fördern, zu beraten und zu überwachen. Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates werden durch Gesetz und Satzung begrenzt.

(2)
Der Aufsichtsrat vertritt die Genossenschaft gegenüber den Genossenschaftsmitgliedern.

(3)
Der Aufsichtsrat hat der Generalversammlung über seine Tätigkeit zu berichten.

(4)
Der Aufsichtsrat kann aus seiner Mitte Ausschüsse bestellen, insbesondere, um seine Verhandlungen und Beschlüsse vorzubereiten und deren Ausführung zu überwachen.

(5)
Die Mitglieder des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse können ihre Obliegenheiten nicht anderen Personen übertragen. Der Aufsichtsrat kann sich zur Erfüllung seiner Überwachungspflicht der Hilfe sachverständiger Dritter bedienen.

§ 19 Sorgfaltspflichten des Aufsichtsrates

Für die Sorgfaltspflicht und Verantwortlichkeit der Aufsichtsratsmitglieder gilt § 16 entsprechend.

§ 20 Sitzungen des Aufsichtsrates

(1)
Der Aufsichtsrat hält nach Bedarf regelmäßig Sitzungen ab. Die Sitzungen werden vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates einberufen und geleitet.

(2)
Der Aufsichtsrat soll den Vorstand in der Regel zu seinen Sitzungen einladen. Der Vorstand nimmt an den Sitzungen ohne Stimmrecht teil.

(3)
Der Vorsitzende des Aufsichtsrates muß den Aufsichtsrat unverzüglich einberufen, wenn ein Mitglied des Aufsichtsrates oder der Vorstand dies unter Angabe des Zweckes und der Gründe verlangen.

(4)
Der Aufsichtsrat ist beschlußfähig, wenn mindestens sieben seiner von der Generalversammlung gewählten Mitglieder an der Sitzung teilnehmen. Er faßt seine Beschlüsse mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

(5)
Schriftliche oder telegrafische Beschlußfassungen sind nur zulässig, wenn kein Mitglied diesem Verfahren widerspricht.

(6)
Über die Beschlüsse sind Niederschriften anzufertigen, die von zwei Aufsichtsratsmitgliedern zu unterzeichnen sind. Die Vollständigkeit und Verfügbarkeit der Niederschriften ist sicherzustellen.

(7)
Beschlüsse des Aufsichtsrates werden vom Vorsitzenden ausgeführt.

§ 21 Gemeinsame Beratungen von Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand und Aufsichtsrat beraten und beschließen in gemeinsamer Sitzung über

- die Beantragung von Förderungsmitteln und Durchführung von Maßnahmen in Abstimmung mit den betroffenen Nutzergruppen
- Anschaffungen von Wirtschaftsgütern, Abschluß von Dienst- und Werkleistungsverträgen, sowie Miet- und Pachtverträgen, sowie sonstiger Werkleistungsverträge im Gesamtwert von DM ...
- Übernahme und Kündigung von Aufträgen mit einem Gesamtwert von DM ...
- Kündigung und Aufnahme von Lieferanten mit einem Umsatzwert von DM
- Einstellung der Geschäftsführer
- Einstellung von festangestellten Mitarbeitern bzw. Mitarbeitern mit Zeitverträgen

§ 22 Gemeinsame Sitzungen von Vorstand und Aufsichtsrat

(1)
Gemeinsame Sitzungen des Vorstandes und des Aufsichtsrates sollen regelmäßig abgehalten werden. Die Sitzungen werden in der Regel auf Vorschlag des Vorstandes von einem Mitglied des Aufsichtsrates einberufen und geleitet.

(2)
Zur Beschlußfähigkeit der gemeinsamen Sitzungen ist erforderlich, daß jedes der Organe für sich getrennt beschlußfähig ist. Jedes Organ beschließt getrennt. Anträge, deren Annahme nicht jedes der beiden Organe ordnungsgemäß beschließt, gelten als abgelehnt.

(3)
§ 20 Abs. 6 gilt entsprechend.

§ 23 Generalversammlung

(1) Wer hat wieviel Stimmen?

(2)

(3)
Die ordentliche Generalversammlung, zu der der Vorstand mit Zweiwochenfrist einlädt, muß spätestens bis zum 30. Juni eines jeden Jahres stattfinden.

(4)
Die Einladung zur Generalversammlung erfolgt unter Angabe der Tagesordnungspunkte durch eine den Genossen schriftlich zugehende Mitteilung.

(5)
Beschlüsse über Punkte, die in der Tagesordnung nicht aufgeführt sind, können nur gefaßt werden, wenn diese Punkte spätestens drei Tage vor der Generalversammlung bekannt gemacht werden.

(7)
Die Generalversammlung muß unverzüglich einberufen werden, wenn mindestens 10 % der Genossen dies unter Angabe des Zwecks verlangen.

§ 24 Leitung der Generalversammlung und Beschlußfassung

(1)
Die Generalversammlung wählt einen Versammlungsleiter und einen Protokollanten.

(2)
Abstimmungen erfolgen durch Handaufheben oder Aufstehen. Auf Antrag kann die Generalversammlung mit einfacher Mehrheit beschließen, geheim durch Stimmzettel abzustimmen.

(3)
Bei der Beschlußfassung gilt bei Stimmgleichheit der Antrag als abgelehnt.

(4)
Wahlen erfolgen nur aufgrund von Einzelwahlvorschlägen in der Generalversammlung.

(5)
Gewählt ist nur derjenige, der mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat.

(6)
Beschlüsse der Generalversammlung werden protokolliert. Im Protokoll soll der Ort und Tag der Versammlung, der Name des Versammlungsleiters sowie Art und Ergebnisse der Abstimmung und die Feststellung des Versammlungsleiters über die Beschlußfähigkeit enthalten sein.

§ 24 Zuständigkeit und Beschlußfähigkeit der Generalversammlung

(1)
Der Zuständigkeit der Generalversammlung unterließt die Beschlußfassung über

- den Abschluß von Sanierungs- und Treuhandverträgen mit dem Land Berlin oder den vom Land Berlin beauftragten Institutionen
- Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken, die Einräumung von Nießbrauchsrechten, Nutzungs- und Erbbaurechten.

- den Geschäftsbericht des Vorstandes
- den Bericht des Aufsichtsrates
- den Bericht über die gesetzliche Prüfung
- die Genehmigung des Jahresabschlusses (Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung)
- die Verwendung des Reingewinns
- die Deckung des Verlustes
- die Verwendung der gesetzlichen Rücklagen zum Zwecke der Verlustdeckung
- die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates
- die Wahl und Abwahl von Aufsichtsratsmitgliedern
- die Wahl und Abwahl von Vorstandsmitgliedern
- die Änderung der Satzung
- die Auflösung der Genossenschaft und die Wahl der Liquidatoren
- sonstige Gegenstände, für die die Beschlußfassung durch die Generalversammlung vorgeschrieben ist
- die Zulassung eines neuen Mitgliedes der Genossenschaft
- der Ausschluß eines Genossen
- die Vergütung von Vorstandsmitgliedern
- die Vergütung von Aufsichtsratsmitgliedern
- die Vergütung von Geschäftsführern

(2)

Die Generalversammlung ist nur beschlußfähig, wenn mindestens zwei Drittel aller Mitglieder in der Generalversammlung anwesend sind. Trifft das nicht zu, so ist nach mindestens drei Wochen, spätestens drei Monaten, eine weitere Generalversammlung einzuberufen. Sie ist nur dann beschlußfähig, wenn mindestens ein Drittel aller Mitglieder anwesend sind, die mit dreiviertel Mehrheit der abgegebenen Stimmen beschließen können.

§ 25 Mehrheitserfordernisse

???

§ 26 Auskunftsrecht

Jedem Mitglied ist auf Verlangen in der Generalversammlung vom Vorstand Auskunft über Angelegenheiten der Genossenschaft zu geben, es sei denn, es besteht eine gesetzliche oder vertragliche Schweigepflicht.

Es folgt noch der ganze Finanzkram!

KreuzWerk e.V.

Verein zur Förderung
von Selbsthilfe
bei Stadterneuerung
und Berufsausbildung

Kreuzberger Bauhilfe

Vereinigung von
Architekten, Ingenieuren,
Handwerkern und
Gemeinwesenarbeitern

beide
Spreewaldplatz 2
1000 Berlin 36

Das Stadterneuerungskonzept des KreuzWerk e.V. und der Kreuzberger Bauhilfe

Vorgeschichte

Vor 2 1/2 Jahren begannen einige Architekten, Handwerker und Sozialarbeiter mit Berufserfahrung, ein neues Konzept der Sozial- und Gemeinwesenarbeit in Kreuzberg zu realisieren, das inzwischen überregionale Beachtung findet. Ihr Konzeptgedanke: Strukturpolitische und praktische Verwirklichung finanzieller, sozialer und technisch-organisatorischer Verbindungen zwischen

Stadterneuerung, Jugend(-Selbst-)Hilfe und Berufsausbildung.

Zuerst organisierte sich ein Teil der Gruppe unter dem Namen "Jugendwohnen im Kiez e.V." als Jugendhilfe-Träger. Innerhalb der ersten 12 Monate schuf dieser Träger gemeinsam mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen ca. 40 Wohnplätze in Groß- und Einzelwohnungen, z.T. bereits durch Umbau und Instandsetzung von leerstehenden Seitenflügeln und Quergebäuden. Es wurden ca. 200.000,- DM an unbezahlter Selbsthilfe erbracht.

Aus den praktischen Erfahrungen heraus wurden Ziele und Verfahrensweisen der Gruppe schrittweise erweitert und präzisiert. Es entstand eine Art strukturpolitischer Strategie, die nun seit 1980 im Rahmen des neu gegründeten und erweiterten Jugendhilfe-Trägers

KreuzWerk e.V.
Verein zur Förderung von Selbsthilfe
bei Stadterneuerung und Berufsausbildung

und seit kurzer Zeit mit Hilfe der organisatorisch unabhängigen, jedoch eng kooperierenden

Kreuzberger Bauhilfe
Vereinigung von Architekten, Ingenieuren,
Handwerkern und Gemeinwesenarbeitern

realisiert wird.

Für die 3 Bereiche Stadterneuerung, Jugend(-Selbst-)Hilfe und Berufsausbildung bestehen Ziele und Verfahrensweisen, die eng miteinander verknüpft sind:

Ziele und Verfahrensweisen der Stadterneuerung

- ① - Instandsetzung und Teilmodernisierung abrißgefährdeter, jedoch erhaltenswerter Häuser mit Hilfe kostensparender Techniken speziell für sozial benachteiligte Gruppen.
- ② - Erhalt von Billigmieten für Wohnungen mittleren, marktgerechten Standards und

mittlerer Restnutzungsdauer durch Beschränkung auf Förderungsprogramme für Instandsetzung, Mietermodernisierung sowie Einbeziehung unbezahlter Selbsthilfe, die den "Selbsthelfern" über mittelfristige Festschreibung der Mieten zurückvergütet wird.

- 3 - Nicht nur technische, sondern auch soziale Erneuerung und langfristige Stabilisierung planvoll zusammengesetzter Hausgemeinschaften, technische und z.T. soziale Betreuung nach dem Einzug, schrittweise Übernahme der organisatorischen, z.T. auch der ökonomischen Eigenverantwortlichkeit für das jeweilige Haus (der Instandhaltungspflicht im weitesten Sinne).

Ziele und Verfahrensweisen der Jugend(-Selbst-)Hilfe

- Schaffung von Wohnraum für sozial benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 14 und 25 Jahren als wichtigste Voraussetzung, sie kontinuierlich bei der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme, bei Schul- und Berufsausbildung sowie der Freizeitgestaltung zu unterstützen, die selbständigsten in die Betreuungs- und Unterstützungsarbeit einzubeziehen.
- Überwindung der auf enge Lebensausschnitte beschränkten, meist perspektivlosen "künstlichen Milieus" sozialpädagogischer Jugendarbeit mit Hilfe langfristig angelegter, kiezbezogener pädagogischer Praxis mit Jugendlichen beim Ausbau "eigener" Wohnungen und Häuser im Rahmen von Selbsthilfeprojekten.
- Schaffung eines jugendgemäßen Milieus durch Nachbarschaft mehrerer kleiner und größerer Projekte, dadurch längerfristige Verankerung der Jugendlichen in ihren Wohnungen und Häusern, in ihrem Kiez.
- Allerdings: Vermeidung von neuen "Jugendghettos". Stattdessen: Gemeinsame bauliche Selbsthilfe mit Mietern aus dem Kiez, Einbeziehung von Ausländern.

Ziele und Verfahrensweisen der Berufsausbildung

- Verbindung von handwerklicher Selbsthilfe bzw. Mietermodernisierung und Berufsausbildung im Rahmen eines deutsch-ausländischen Ausbildungs- und Umschulungswerks im Kiez.
- Ausbildung von Jugendlichen ohne Schulabschluß in zukunftssträchtigen Baunebenberufen (Dachdecker, Heizungs- und Lüftungsbauer etc.), z.T. bei der Instandsetzung und Teilmodernisierung ihrer "eigenen" Wohnungen und Häuser sowie der ihrer Mitbewohner und Nachbarn.
- Praxisnahe Ausbildung durch systematische Einbeziehung kiezansässiger Handwerksbetriebe in das Bau- und Ausbildungsprogramm, vor allem durch Beteiligung an den Bauleistungen und Einbeziehung in die Ausbildungspraktika mit dem Ziel der Übernahme von Lehrverhältnissen (im 3. Jahr) durch die Betriebe.
- Praxisnahe Ausbildung und teilweise Eigenfinanzierung des Ausbildungs- und Umschulungswerks durch Einrichtung eines vereinseigenen Wirtschaftlichen Nebenbetriebs (Baubetrieb), der sich in Konkurrenz mit anderen Handwerksbetrieben, durch Teilnahme an Ausschreibungs- und Vergabeverfahren um Bauaufträge im Rahmen der Selbsthilfeprojekte bemüht.

Viele Ziele, viel Wortgeklingel ?

Nein, die Praxis funktioniert (bisher), wenn auch nicht konfliktfrei.

Arbeitsprogramm des KreuzWerk e.V.

Der KreuzWerk e.V. richtet derzeit aus Mitteln der Jugendhilfe (Pflegesatzfinanzierung) im Kiez 4 Werkstätten ein (Oranienstr. 6 und 24, Naunynstr. 68 und Adalbertstr. 71). Ab 1.9.82 wird der Verein dort, nach 5-monatiger Berufsvorbereitung, 24 deutsche sowie 24 türkische Jungen und Mädchen aus Kreuzberg, die keinen Schulabschluß haben, in 4 Baunebenberufen ausbilden als Dachdecker, Heizungs- und Lüftungsbauer, Maler und Tischler. Ab 1.4.82 beginnt im Rahmen der

Berufsvorbereitung die Instandsetzung und Teilmodernisierung von 7 Wohngebäuden, an denen z.T. schon gearbeitet wird (Falckensteinstr. 25 Sfl, Görlitzer Str. 37 Qgb 1 und 2, Oppelner Str. 16 Qgb, Reichenbergerstr. 51 Sfl, Sorauer Str. 9 Qgb und 21 Qgb). Teilweise werden die Bauarbeiten vom vereinseigenen Wirtschaftlichen Nebenbetrieb, teilweise von Kreuzberger Handwerksbetrieben und zu ca. 20% in Selbsthilfe von den Lehrlingen, Meistern und Gesellen durchgeführt. Nach Fertigstellung werden ca. 50% der Wohnungen von den Lehrlingen, der Rest von Mietern aus dem Kiez bewohnt, die an der Selbsthilfe beteiligt werden. Die Lehrlingswohnungen werden während der gesamten Ausbildungsdauer pädagogisch betreut.

Arbeitsprogramm der Kreuzberger Bauhilfe

Die Kreuzberger Bauhilfe hat im Einverständnis mit der BeWoGe und der Wohnbau Design die Planung und Bauleitung für die 7 o.a. Wohngebäude übernommen, vor allem die Betreuung der handwerklichen Selbsthilfeleistungen. Darüberhinaus betreut die Kreuzberger Bauhilfe in Zusammenarbeit mit dem KreuzWerk e.V., dem Jugendwohnen im Kiez e.V., dem Sozialhilfebund e.V. und dem Verein SO 36 6 weitere Selbsthilfeprojekte, von denen eines fast abgeschlossen ist (Sorauer Str. 23 Qgb), 3 bereits mit Jugendlichen im Bau sind (Adalbertstr. 71 Qgb, Lübbener Str. 22 Qgb und Sfl, Wrangelstr. 86 Sfl 3) und 2 kurz vor Baubeginn stehen (Manteuffelstr. 104 und 109 Qgb). Auch in diesen Häusern werden ca. 50% der Wohnungen für Mieter aus dem Kiez zur Verfügung stehen.

Die 13 unmittelbar von der "Bauhilfe" betreuten Selbsthilfeprojekte (2 weitere stehen ins Haus) umfassen ca. 235 Wohneinheiten. Ca. 5,5 Mio. DM Instandsetzungsmittel stehen von SenBauWohnen zur Verfügung oder sind angekündigt, ca. 1,2 Mio. DM sollen zusätzlich aus dem Programm für Mietermodernisierung beantragt werden. Schätzungsweise werden insgesamt ca. 1,2 Mio. DM (in Handwerkerpreisen) an unbezahlter Selbsthilfe erbracht. Nur bei zwei Projekten werden die Kosten für Instandsetzung und Teilmodernisierung voraussichtlich 50% der vergleichbaren Neubaukosten überschreiten.

Neben den 13 o.a. Projekten berät die Kreuzberger Bauhilfe derzeit in unregelmäßigen Abständen ein halbes Dutzend weiterer Selbsthilfeprojekte in Schöneberg und Kreuzberg.

Berlin, den 12.2.82

EG-Geld für Kreuzberg

„Kreuzwerk“ — Nein, das ist kein Unternehmen der katholischen Kirche. Der freie Kreuzberger Träger von Jugendwohngemeinschaften ist überhaupt keine karitative Einrichtung sondern ein spektakuläres neues Projekt zur Ausbildung von deutschen und ausländischen Jugendlichen. Es wird im wahrsten Sinne des Wortes neue Lebensräume im sanierungsgefährdeten Kreuzberger Kiez aufbauen. In einigen Wochen geht die Ausbildung los.

Am Anfang standen Erfahrungen mit Jugendwohngemeinschaften: Jugendliche wohnen in einer sozialpädagogisch betreuten WG zusammen, bis sie die Lehre oder eine Schulausbildung abgeschlossen haben. Jugendwohngemeinschaften wurden für sogenannte „Problemfälle“ eingerichtet. Es kann also nicht überraschen, daß mit dem Ende von Ausbildung und Betreuung in der WG die „Stabilisierung“ einzelner Jugendlicher ebenfalls vorbei ist — manchmal. Eine Nachbetreuung ist aber gesetzlich eigentlich nicht vorgesehen, bleibt also bestenfalls die Ausnahme. Bereits einen Schritt weiter als herkömmliche UWGs ist „Jugendwohnheim im Kiez“: Nach Abschluß der sozialpädagogischen Betreuung bleiben die Jugendlichen zusammen in ihrer bisherigen Wohnung — als Mieter. „Kreuzwerk“ geht nun selbst darüber noch hinaus: Die Zeit von Ausbildung und WG-Unterbringung soll genutzt werden, um die Jugendlichen in ein Milieu einzubinden. Konzept: Nicht nur die Azubis bräuen Kreuzwerk, sondern auch der angestrebte Kreuzberger Kiez benötigt die Gesellen der vier Baunebenberufe, wie Kreuzwerk sie ausbildet: Maler, Tischler, Dachdecker und Heizungs- Lüftungsbauer. Erfahrungen anderer Ausbildungsprojekte und von JWGs mündeten in einem kompakten Konzept für Jugendliche ohne Aussicht auf einen Ausbildungsplatz. Besonders angesprochen sind jene, die die Hauptschule mit schlechten Noten beendeten oder überhaupt keinen Abschluß haben.

Maximal 48 deutsche und ausländische Jugendliche bekommen in Lehrwerkstätten und auf Baustellen eine Ausbildung. Je zur Hälfte sind es Mädchen und Jungen. Weitgehende Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Jugendlichen sind vorgesehen. Mit Mitteln öffentlicher Instandsetzungsprogramme sollen sieben Häuser wieder bewohnbar gemacht werden. Das Architekturbüro „Kreuzberger Bauhilfe“ ist eng kooperierende Planungsgruppe. Unabhängig von der Ausbildung der Jugendlichen wird Kreuzwerk zusätzlich als sanfter Modernisierer im Kiez aktiv. Zukunftsmusik: Ein Umschulungswerk sowie ein Selbsthilfebauhof.

Andere Jugendhilfeprojekte entwickeln derzeit Konkurrenzängste gegenüber dem für Kreuzberg maßgeschneiderten Projekt-Neuling. Doch die Erstausrüstung mit Personalmitteln und Werkstätten wird nur zu einem Teil mit Senatsgeldern bestritten. Den Rest bringt der europäische Steuerzahler auf: Das Geld kommt aus dem EG-Topf für unterentwickelte Gebiete Europas, in diesem Fall für Berlin-Kreuzberg. Die laufende Finanzierung wird aus Mitteln nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz (Heimpflegesätze) bestritten — ein Topf, der beispielsweise für Instandbesetzer unerreichbar ist.

Das (hoffentlich) bahnbrechende Projekt nimmt seinen Anfang bereits ein wenig verspätet, weil auch die Anerkennung des vorläufigen Pflegegesetzes immer noch aussteht — noch ist die Personaldecke zum Frieren dünn.

Johannes Theurer

In Selbsthilfe Wohnhäuser instandsetzen und modernisieren

Vorhaben mit gleichzeitiger Berufsausbildung von 48 Jugendlichen

Einen ehrgeizigen Plan hat sich ein Verein vorgenommen, der sich Selbsthilfe in der Stadterneuerung und der Berufsausbildung zum Ziel gesetzt hat. Im April will der Verein „KreuzWerk“ mit den Vorbereitungen für ein Ausbildungswerk beginnen, in dem insgesamt 48 Jugendliche — jeweils zur Hälfte deutsche und ausländische Mädchen und Jungen — als Dachdecker, Heizungs- und Lüftungsbauer, Maler und Tischler ausgebildet werden sollen. Gegenwärtig werden vier Werkstätten eingerichtet; im April soll ferner damit begonnen werden, neben der Berufsvorbereitung sieben Wohnhäuser, deren Adressen bereits feststehen und in denen schon gearbeitet wird, instandzusetzen oder teilweise zu modernisieren.

Die Mieten für diese Häuser werden auf einem niedrigen Niveau und für einen langen Zeitraum festgelegt; lediglich die Betriebskosten werden jeweils angepaßt. Finanziert wird das Vorhaben aus verschiedenen Töpfen, so zum Beispiel aus Instandsetzungsmitteln und der Jugendförderung.

Grundlage für das Projekt sind Übereinkommen mit den jeweiligen Hauseigentümern. Über Verträge werde noch verhandelt, erklärte ein Mitarbeiter von „KreuzWerk“; man arbeite auf der Grundlage von „Grundsatzkonditionen“, in denen Einzelheiten geregelt würden, die die Arbeit bereits jetzt ermöglichen.

Die Jugendlichen sollen von vier Meistern ausgebildet werden, von denen „KreuzWerk“ bereits zwei gefunden hat. Beratend bei der Arbeit wirkt eine weitere Gruppe von Architekten, Ingenieuren, Handwerkern und Sozialarbeitern.

Erfahrungen hat der unter anderem aus 21 Sozialarbeitern und 12 Handwerkern bestehende „KreuzWerk“-Verein bereits in SO 36 in Kreuzberg als „Jugendwohnen im Kiez e. V.“ gesammelt, der als Trägerorganisation nach eigenen Angaben in Selbsthilfe zusammen mit Jugendlichen rund 40 Wohnungen in Seitenflügeln und Quergebäuden umgebaut und instandgesetzt hat. Gelder seien aus Stadterneuerungsmitteln, Mitteln zur Förderung der Berufsausbildung und öffentlichen Jugendhilfemitteln geflossen.

Wesentlicher Teil des „KreuzWerk“-Konzeptes ist, daß die Jugendlichen, die alle keinen Hauptschulabschluß haben, nicht in einer Getto-Situation arbeiten und lernen sollen. Deshalb wird auch die Zusammenarbeit mit Kreuzberger Betrieben angestrebt. So zum Beispiel für die Abwicklung des dritten Lehrjahres. (Tsp)

Watzberg

**Berliner
Sonntagsblatt**
DIE KIRCHE EVANGELISCHE WOCHENSCHIFTUNG

**Sonderdruck
18. Oktober 1981**

An die Berliner Christen

**Ein Brief von Bischof Dr. Martin Kruse
zum inneren Frieden in unserer Stadt**

**Dokumentation: Entschließungen der Synode und
Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in
Berlin-Brandenburg (Berlin West) und des
Ökumenischen Rats Berlin**

Liebe Schwestern und Brüder,

1. wir stehen in diesen Wochen in **einer harten Bewährungsprobe**, als Stadt, als Kirche, als Christen. Keiner kann sich einfach heraushalten und so tun, als gingen ihn die Entwicklungen und die Auseinandersetzungen in unserer Stadt nichts an. Stärker als in irgend-einer Stadt der Bundesrepublik ist uns bewußt: wir sitzen hier in **einem Boot**, es geht um unsere **gemeinsame Zukunft**. Weil jeder sich betroffen fühlt, weil jeder – allerdings auf ganz unterschiedliche Weise – die Zukunft gefährdet sieht, darum wird ja so leidenschaftlich diskutiert und Stellung bezogen.

2. Viele haben sich an mich gewandt, haben mich angerufen, haben mir Resolutionen und Briefe geschickt und Erwartungen „an die Kirche“ ausgesprochen. Sicher, jeder einzelne soll seine Antwort erhalten; aber immer klarer ist mir geworden, daß ich Sie eigentlich alle um einen Tisch versammeln müßte, damit wir als Christen mit unterschiedlichen Positionen doch **miteinander** nach einem **gemeinsamen Weg** fragen. Christen sind wir, weil wir dem einen Herrn, Jesus Christus gehören, der uns als Brüder und Schwestern um Seinen Tisch versammelt.

Ich wage es also, Ihnen einen gemeinsamen Brief zu schreiben, an ältere und jüngere Christen, an Christen als Hausbesitzer, als Paten, als Polizisten, als Politiker, als Hausbesitzer und Wohnungssuchende, als Eltern usw.... Ich möchte also nicht eine öffentliche Erklärung abgeben, die dann mit einigen Zitaten über die Medien zu Ihnen käme, sondern möchte Sie um die Zeit und Geduld für einen ausführlichen Brief bitten. Und ich wäre froh, wenn es dadurch zu Gesprächen zu Hause, mit Arbeitskollegen und in den Gemeinden käme.

3. Es geht um die Frage: wie sollen wir uns als Christen in diesen harten Auseinandersetzungen verhalten? Was steht in diesem Konflikt auf dem Spiel? Wie können wir unseren Glauben gemeinsam bewähren? „Suchet der Stadt Bestes und betet für sie“, dieses Wort aus dem Propheten Jeremia ist in den letzten Jahren oft zitiert worden, was bedeutet es für uns jetzt im Oktober 1981?

4. Christen können bei ihrem Urteil über Menschen nicht beim Vordergrundigen stehen bleiben. Sie dürfen

„Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Besonnenheit.“

2. Timotheus 1, Vers 7

nüchtern, geduldig und barmherzig urteilen.

In der Hausbesetzerfrage geht es zunächst um das Verlangen nach ausreichendem Wohnraum zu preiswerten Bedingungen. Im Hintergrund aber steht die Frage nach der Möglichkeit, in einer Großstadt wie Berlin offenen Raum zur freien Gestaltung eines anderen Lebensstils zu gewinnen. Man will nicht nur die Wahl haben zwischen dem Dasein als Mieter oder als Eigentümer, man will nicht nur abhängig oder verfügungsbe-rechtigt sein. Und man will nicht nur „für sich“ leben. Man fürchtet die Isolierung. Die Leitvorstellung ist die Möglichkeit der Teilhabe, ja der Eigenbestimmung und Eigengestaltung des Lebens.

5. Die Widersprüchlichkeit, die schwer durchschaubare Vielfältigkeit und die teilweise Chaotik der „Szene“ spiegelt die Buntheit unserer Gesellschaft und zugleich den unartikulierten, noch nicht „ausgegorenen“ Zustand dieser Lebensbewegung.

Viele Sehnsüchte und Wünsche werden da artikuliert, die mehr oder weniger unbewußt von der „Mehrheit der Berliner Bevölkerung“ auch empfunden werden. Die Sehnsucht nach Gemeinschaft,

„Die Vielfältigkeit der ‚Szene‘ spiegelt die Buntheit der Gesellschaft“

nach Selbstgestaltung, nach Geborgenheit, nach Freude am Leben, nach weniger Eingezwängtheit.

Es sind doch im Grunde nicht Kräfte der Zerstörung und der Lebensverwagerung, die sich da zu Wort melden, sondern zukunftswillige und zukunfts-fähige Kräfte.

Ich möchte noch einen Schritt weiter gehen: könnte es nicht sein, daß sich evangelische Mitarbeiter, Pfarrer und Gemeindeglieder darum für die „Hausbesetzer“ einsetzen, weil sie a) verhindern möchten, daß die guten Ansätze dieser Lebenspraxis in Resignation und von da aus in Gewalt umschlagen, und weil sie b) auf ein Lebenskonzept treffen, das dem biblischen Zeugnis näher stehen könnte als das normale egoisti-

sche Lebenskonzept der Wohlstandsgesellschaft?

6. Den Kreis der von diesen Auseinandersetzungen „Betroffenen“ darf man also nicht verengen auf den Senat und die Hausbesetzer oder auf den Kreis derer, die durch den Konflikt direkt in Mitleidenschaft gezogen werden. In unterschiedlicher Weise sind alle Menschen in dieser Stadt „Betroffene“. Wichtig ist, daß es darüber zum offenen Gespräch

„Alle Menschen in dieser Stadt sind Betroffene“

kommt, daß nicht jeder nur unter seinesgleichen bleibt! Nur so kann eine Verständigung über ein gemeinsames friedliches Leben aller Gruppen in dieser Stadt, über unsere gemeinsame Zukunft sich entwickeln. Das ist ein langer, schwieriger Weg, der vor uns liegt, für den wir alle einen langen Atem, d. h. die biblische Tugend der Geduld gebrauchen.

*

7. Weil es so schwer ist, alle gleichzeitig anzusprechen, möchte ich versuchen in verschiedene Richtungen einige Fragen und Bitten zu äußern.

8. Der Senat muß deutlicher machen, daß er wirklich gewillt ist, das Gespräch mit den z. Z. speziell Betroffenen, den Hausbesetzern, Hausbesitzern und Mietern mit dem Ziel zu führen, solchen, die eine andere Form der Lebensgestaltung suchen, den dafür nötigen Gestaltungsraum zu gewähren und zu schaffen.

9. Das z. Z. abgebrochene Gespräch mit den Hausbesetzern kann wohl nur dadurch wiederhergestellt werden, daß Fehler, auch wo sie ungewollt oder unbewußt gemacht worden sind, offen zugegeben werden. Auch staatliche Autorität gewinnt niemals durch ihre Unfehlbarkeit.

10. Der Senat und das Abgeordnetenhaus müssen deutlich zu erkennen geben, nicht nur die akuten Wohnungs- und Bauprobleme technisch und administrativ zügiger zu lösen, sondern auch die bestehende Rechtsordnung so weiter zu entwickeln, daß Formen alternativer Lebensgestaltung in unserer Stadt eine legale Basis erhalten. Die Möglichkeit der Vielfalt von Lebensformen innerhalb eines einheitlichen Rechtsrahmens muß gesichert bleiben und sollte, wo sie z. Z. noch nicht besteht, gesetzlich entwickelt werden.

11. Der gegenwärtige Mißstand beruht bekanntlich auf einer langen Fehlentwicklung. Vordergründige Schuldzuweisungen zwischen den Parteien hel-



fen nicht weiter, Zeichen gemeinsamer Verantwortung aber sind wichtig.

Grundsätzlich müssen die Organe des Staates, der Senat, das Abgeordnetenhaus und die Verwaltungen in ihrem Handeln erkennen lassen, daß sie für alle in Berlin lebenden Menschen verantwortlich sind und daß sich kein Organ, vor allem nicht der Senat, als Partei verstehen darf, auch wenn er durch Vertreter einer Partei gestellt wird. Das umfassende Mandat des Senats wird gerade dadurch wahrgenommen, daß er das Existenz- und Lebensrecht von Minderheiten gegenüber der Mehrheit interpretiert und schützt, daß er, um es mit Luther zu sagen, „die Schwachen tröstet und die Starken dämpft“.

*

12. Gegenüber den „Hausbesetzern“ müssen wir deutlich sagen, daß wir ihren Wunsch, andere Gestaltungsformen des Lebens zu suchen, verstehen und uns für die Verwirklichung ihrer Vorstellungen mit den der Kirche gegebenen Mitteln auch in Zukunft einsetzen werden.

13. Eine tragfähige Lösung wird aber nur dann zu finden sein, wenn auch das Recht der anderen anerkannt wird, nicht in diesem Lebensstil leben

„Die Vielfalt von Lebensformen muß gesichert bleiben“

zu wollen. Sie sollten auch sehen, daß das Reden von „mächtigen Regierenden“ und „ohnmächtigen Hausbesetzern“ nur vordergründig stimmt und die „Ohnmacht der Regierenden“ gerade darin deutlich wird, daß sie, oft gegen ihren eigentlichen Willen, sich gezwungen sehen, als Ordnungsmacht aufzutreten, statt den Weg der Verständigung im Gespräch zu finden. Die Glaubwürdigkeit des neuen Lebensstils wird von vielen gerade daran gemessen, ob es den „Kin-

dern gelingt, barmherzig mit ihren Eltern" zu sein. Gerade weil die ältere Generation bedrückt ist, daß sie den Nachwachsenden nicht einen besseren Weg in die Zukunft hat eröffnen können – dies sich selbst aber nur schwer eingesteht – erhofft sie von der Jugend einen neuen Stil des offenen Umgangs miteinander und reagiert um so heftiger, wenn sie vorwiegend Anklage, Ironie, Gewaltandrohung oder sogar tätliche Gewalt zu spüren bekommt.

- 14.** Den Hausbesetzern und den sich mit ihnen solidarisierenden jüngeren und älteren Menschen muß bewußt sein, daß sie nicht nur ihren berechtigten Anliegen durch Gewaltanwendung selbst schaden – dies wird schon jetzt immer wieder gesagt und von vielen auch bejaht –, sondern daß sie gegenüber de-

„Fürsprecher und Helfer zum Leben“

nen, die Gewalt anwenden, eine große Verantwortung tragen. Die „Mehrheit der Bevölkerung“ und der Senat sehen offensichtlich die einzige Möglichkeit zur Befriedung in der Isolierung der Gewalttätigen von den gewaltlosen Demonstranten, in der Erwartung, daß dann die Gewalttätigen um so leichter bestraft werden können. Die Bibel mutet der staatlichen Gewalt zu, „die Bösen“ zu strafen, aber sie mutet den Christen und der christlichen Gemeinde zu: „Überwindet das Böse mit dem Guten“. In beiden Fällen kann das letzte Ziel nicht die Isolierung und Bestrafung, sondern die Überwindung des Bösen sein.

Wer sich ohne Vorbehalt mit Gewalttätigen solidarisiert, bestätigt sie in ihrem zerstörerischen, letztlich auch selbstzerstörerischen Tun. Er gibt ihnen keine Chance, das Böse in sich selbst zu erkennen und zu überwinden. Wir sollen immer daran denken, daß wir auch und gerade für die „gewalttätigen Schwachen“ da sein müssen, denn ihre Gewaltausbrüche sind ja letztlich verzweifelter Ausdruck dessen, daß sie alleine mit den Fragen nach der Zukunft ihres Lebens nicht fertig werden.

- 15.** Schließlich sollten die „Hausbesetzer“ verstehen lernen, daß sie nicht für sich allein leben und leben können, auch wenn sie dieses verständlicherweise gern möchten. Die Vorstellung einer neuen Lebensgestaltung in völliger Autonomie ist ein Traum, den viele geträumt haben, unter ihnen nicht selten Gruppen überzeugter Christen. Sie alle mußten sich, wenn sie auch nur Ansätze ihrer Vorstellungen verwirklichen wollten, selber verbindliche Spielregeln für ihr gemeinsames Leben geben und diese auch kommunifikationsfähig zu der Umwelt machen, in der sie leben und von der sie mitgetragen werden. Ist

es nicht an der Zeit, daß sich die Hausbesetzer so konstituieren, daß sie, ohne „Paten“ und „Vermittler“ nötig zu haben, direkt und verbindlich mit denen sprechen können, die letztlich alleine die Vollmacht haben, ihnen im Rahmen des ganzen Gemeinwesens eine Lebensgestaltung zu ermöglichen, wie sie ihnen vorschwebt.

*

- 16.** Den Mitarbeitern unserer Kirche, die an dieser Stelle durch ihren Dienst oder aufgrund ihrer Entscheidung besonders engagiert sind, muß gesagt werden, daß sie eine schwere und wichtige Verantwortung bekommen oder übernommen haben. Sie sind, ob gewollt oder ungewollt, zu Seelsorgern von Menschen geworden, die aus den unterschiedlichsten Gründen bei der Suche nach Gestaltung ihres Lebens in den Gegensatz zu breiten Schichten der Bevölkerung und zum Staat geraten sind. Gerade weil es darum geht, eine tragfähige Form für die Gestaltung eines anderen Lebensstils im breiten Umfeld unserer urbanen Gesellschaft zu finden, muß der Seelsorger in dieser Situation nach mehreren Seiten hin als Helfer zum Leben und als Fürsprecher tätig sein. Er muß den Hausbesetzern deutlich machen, daß ein Leben ohne oder gegen die Gesamtgesellschaft, gegen das Gemeinwesen, krank macht und letztlich nicht möglich ist; er muß zugleich den anderen, Bevölkerung und Regierung, einsichtig machen, daß sie selbst ein Stück ihrer Lebenshoffnung und ihrer Lebensbasis vernichten, wenn sie den Hausbesetzern langfristig keinen Raum zur Gestaltung ihrer Vorstellung vom Leben geben würden. Wer Minderheiten unterdrückt, unterdrückt die „Minderheit“ in sich selbst und raubt sich die Spannung, die die Resignation immer wieder in Hoffnung verwandeln kann.

- 17.** Ein kirchlicher Mitarbeiter gefährdet jedoch seine Aufgabe, ja wirkt ihr geradezu entgegen, wenn er die, an die er gewiesen ist, nicht mehr dort abholt, wo sie stehen, sondern sie, ohne mit ihnen zu sprechen, öffentlich anklagt und verurteilt. Anklage und Verurteilung führen in der Regel zur Verhärtung und nicht zur Öffnung der Herzen. Wir als Mitarbeiter der Kirche sind jedoch weder Staatsanwalt noch Richter. Wir brauchen uns, Gott sei Dank, mit der Ausübung dieses Amtes nicht zu begnügen, sondern wir dürfen im Auftrag dessen reden und handeln, der oft gegen alle Erwartung Menschen zur Änderung ihres Sinnes und zur Versöhnung befreien kann und will. Wir werden uns aber auch nicht davor scheuen, den Menschen, an die wir gewiesen sind, unbequeme Wahrheiten zuzumuten.

- 18.** Kirchliche Mitarbeiter bitte ich herzlich, sich nicht an der Erstellung von Feindbildern zu beteiligen. Wer selbst das 8. Gebot (Du sollst nicht falsch Zeugnis reden) ins Feld führt, darf es nicht gleichzeitig durch sein eigenes

Tun außer Kraft setzen. Auch gegenüber staatlich Verantwortlichen gilt es, den Unterschied notwendiger Kritik und Verurteilung zu beachten.

19. Kirchliche Mitarbeiter, die über einen längeren Zeitraum oft unmittelbar solchen besonderen Belastungen ausgesetzt sind, sind verständlicherweise in der Gefahr, die von der Schrift her gebotene Parteinahme für den jeweils Unterdrückten durch eine grundsätzliche Parteilichkeit zu ersetzen.

20. Wir müssen bekennen, daß wir die kirchlichen Mitarbeiter, die sich um die Menschen in den besetzten Häusern gekümmert haben, zu sehr alleingelassen haben. Wir brauchen aber dringlicher denn je das Gespräch miteinander, damit für jedermann deutlich wird, daß wir als Kirche gemeinsam, aber mit unterschiedlichen Aufgaben im Namen Christi unseren Dienst tun.

*

21. Aber nun werden die meisten von Ihnen fragen: Wo ist denn in diesem Brief von meinem Recht, von meiner Angst, von meinem Leben und von meinem Verantwortungsbereich die Rede? Unsere Stadt mit ihren 2 Millionen Einwohnern ist doch ein komplizierter Lebenszusammenhang. In der Tat, das Ganze darf nicht aus dem Blick geraten. Und da wäre noch sehr viel mehr zu sagen.

Aber mir scheint, die Hausbesetzerfrage ist nur ein besonders auffälliges Beispiel einer Gesellschaft im Umbruch. In anderen Bereichen, etwa in der Familie, in der Schule, in der Arbeitswelt

„Es gibt nicht nur die Gewalt der Steine, es gibt auch die Gewalt der Worte“

ist das gleiche Drängen nach Teilhabe, Mitbestimmung und Selbstbestimmung zu spüren. Auch dort ist die Aufgabe nach ständiger Weiterentwicklung unserer Rechtsordnung deutlich, damit der soziale Friede in einem Leben der Vielfalt in Einheit gewährleistet wird.

22. Eine gemeinsame Zukunft kann es nur geben, wenn das Recht aller geachtet wird, wenn es gesichertes, praktiziertes, gelebtes Recht gibt, das für alle verbindlich gilt. Der unverantwortliche Leerstand ist nur ein Exempel unter anderen, wie der Gemeinschaftsfriede gefährdet wird, wenn das Recht willkürlich gehandhabt wird.

23. Der Gemeinschaftsfriede ist zu tiefst auch von innen bedroht. Was geht in den Herzen vor? Nur mit tiefem Erschrecken kann ich auf die Verrohung der Sprache, auf die Gefahr der Wieder-

kehr einer faschistischen Sprache hinweisen. Es gibt nicht nur die Gewalt der Steine, es gibt auch die Gewalt der Worte, die auf Vernichtung der anderen aus sind. Das Gebot „Du sollst nicht töten“ bedeutet nach dem Verständnis Jesus für jeden Christen: Wer zu seinem Menschenbruder sagt: Du Nichtsnutz, dein Leben sollte ausgetilgt sein, der ist einem Mörder gleichzuachten (Matthäus 5, Vers 22). Uns sind vernichtende Worte verboten, nach welcher Seite sie auch gesprochen werden. Oft ist die treibende Kraft hinter solchen Worten die Angst.

„Einüben, was wir ohnehin tun müssen“

Wirklich helfen kann hier nicht einer, der Menschen bloß in ihre Schranken weist, sondern der ihnen die Angst nimmt. „Der Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft, bewahre eure Herzen und Sinne.“ Das ist für uns Christen der einzige Weg zur Heilung.

24. Und schließlich bewegt mich die Frage, ob nicht die gegenwärtigen Auseinandersetzungen nur Vorboten kommender noch größerer Schwierigkeiten sind. Ich denke hierbei vor allem an die von Jahr zu Jahr drängender werdende Frage des Zusammenlebens der Menschen verschiedener Nationalität, Sprache und Religion in unserer Stadt. Sie wird ohne die Weiterentwicklung unserer gegenwärtigen Rechtsordnung kaum friedlich zu lösen sein und ein hohes Maß an Bereitschaft zum Hören und Umdenken von uns allen fordern. Ob wir nicht gut daran täten, mit der relativ kleinen, überschaubaren und grundsätzlich dialogfähigen Gruppe der „Hausbesetzer“ einzuüben, was wir in wenigen Jahren mit sehr viel schwierigeren Partnern wahrscheinlich ohnehin tun müssen?

*

Ich muß wohl zum Ende kommen. Ich habe Ihnen, liebe Brüder und Schwestern, mit diesem langen Brief viel zugemutet und empfinde doch gleichzeitig, daß wichtige Fragen beiseite gelassen werden mußten.

Gott gebe uns allen den Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr
Martin Krüger
Bischof

Appell an die Vernunft

Erklärung der Kirchenleitung
vom 16. Dezember 1980

1. Die seit Monaten, besonders im Bezirk Kreuzberg, stattfindenden Besetzungen leerstehender Häuser weisen auf schwerwiegende Mängel in der Wohnungsverorgung, vor allem mit preiswertem Wohnraum, hin. Die dabei auftretenden sozialen Spannungen sind nur mit politischer Vernunft zu überwinden.

2. Gewalt ist kein Mittel, die entstandenen Konflikte zu lösen. Berechtigte Anliegen der Instandbesetzer drohen dabei ebenso unterzugehen wie das Vertrauen in angemessene Reaktionen der staatlichen Organe.

3. Die Kirchenleitung bittet den Senat, sein Verhandlungsangebot unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Sie ist bereit, bei allen Maßnahmen, die der Vertrauensbildung dienen, mitzuwirken. Denn nur auf der Grundlage von Vertrauen können die angebotenen Gespräche zustande kommen.

4. Die Kirchenleitung bittet die Bevölkerung, sich nicht an pauschalen Ururteilungen zu beteiligen; denn es kommt darauf an, daß die Sachfragen, die hinter den Konflikten stehen, verdeutlicht und bewältigt werden.

Aufeinander zugehen

Erklärung der Synode
vom 24. Mai 1981

1. Die Synode hat eine Vielzahl von Stellungnahmen zur Kenntnis genommen, die sich anlässlich von Hausbesetzungen und Jugendunruhen mit der Situation der Jugend befassen. Sie hat die Überzeugung gewonnen, daß es sich nicht um kurzfristige Erscheinungen in einigen Randgruppen handelt, sondern daß Hausbesetzungen ein Symptom dafür darstellen, daß viele Menschen – und unter ihnen viele junge Menschen – aus dem kulturellen, ökonomischen, politischen und rechtlichen Rahmen unserer Gesellschaft auswandern. Es ist eine gefährliche Situation entstanden, in der Verständigung nahezu unmöglich geworden ist, weil grundlegende Gemeinsamkeiten verlorengegangen sind. Diese Entwicklung hat auf allen Seiten Ängste erzeugt.

Soll es zu einer Versöhnung kommen, dann nur, wenn alle offen aufeinander zugehen und nicht Anpassung aneinander verlangen.

2. Die Synode möchte die Gemeinden zu solchen Schritten ermutigen. Sie nimmt mit Dank zur Kenntnis, daß eine Reihe von Gemeinden sich bereits nachdrücklich darum bemüht.

Sie empfiehlt allen Gemeinden, darauf zu achten, wo in den Lebensformen der jungen Generation Ansätze zu finden sind, die wir bejahen können, weil in ihnen der Schöpfungsauftrag Gottes wahrgenommen und neue Wege in die Zukunft erprobt werden. Wir sehen z. B.

- die Tatsache, daß Menschen für Ungerechtigkeit besonders sensibel sind und die Lebensrechte einzelner gegen übermächtige Strukturen sichern wollen;
- die Tatsache, daß Menschen gemeinsames Leben und genossenschaftliche Arbeitsweisen für sich wieder entdeckt haben;
- die Tatsache, daß Menschen sich bewußt in ihren Ansprüchen auf Bequemlichkeit und Luxus einschränken und dies als Gewinn betrachten können;
- die Tatsache, daß Menschen miteinander und füreinander so etwas wie Heimat aufbauen möchten, etwas, wonach sich viele von uns sehnen.

3. Die Synode sieht zugleich, daß durch gewaltsame und befremdliche Aktionen junger Menschen bei vielen Mitbürgern, vor allem älteren, Verunsicherung und Angst entstanden sind. Sie fühlen sich nicht nur durch konkrete Handlungen bedroht, sondern auch durch die Konfrontation ganz verschiedener Lebensstile. Die Jüngeren müssen wissen, daß die Generationen bei allen Unterschieden aufeinander bezogen und für die Verwirklichung ihrer Lebensperspektiven aufeinander angewiesen sind.

4. Die Synode warnt mit Nachdruck davor, daß Teile der jungen Generation als Kriminelle abgestempelt werden, insbesondere durch eine fragwürdige Auslegung und Anwendung des § 129 StGB (Bildung einer kriminellen Vereinigung). Sie befürwortet die sorgfältige Erwägung, wo von der Möglichkeit des Verzichts auf den staatlichen Strafanspruch Gebrauch gemacht werden kann. Sie bittet Gemeindeglieder und Mitarbeiter, sich durch die schwierige rechtliche Situation nicht daran hindern zu lassen, das Gespräch zu suchen und die Chancen der Begegnung zu nutzen.

5. Die Synode erinnert daran, daß die Evangelische Kirche in Deutschland bereits vor 20 Jahren in ihrer Denkschrift „Eigentumsbildung in sozialer Verantwortung“ wesentliche Ursachen und Zusammenhänge der jetzt sichtbar gewordenen Problematik erkannt und ausgesprochen hat.

Wir müssen betroffen eingestehen, zu wenig dafür gesorgt zu haben, daß die dort vorgetragenen Erkenntnisse in Kirche und Öffentlichkeit zur Geltung gekommen sind.

Wir bitten den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, die Grundgedanken ihrer damaligen Denkschrift angesichts der gegenwärtigen Situation weiter zu entwickeln und Schritte zu ihrer praktischen Beachtung einzuleiten.

Den Teufelskreis durchbrechen

Erklärung der Kirchenleitung
vom 22. September 1981

Unter dem Eindruck der heutigen Ereignisse in unserer Stadt erinnert die Kirchenleitung an das allen Menschen im Evangelium von Jesus Christus zugesagte und aufgetragene Werk der Versöhnung. Als Christen wissen wir, daß auch aus dem Willen zum Guten Situationen entstehen können, die sowohl Angst als auch Selbstgerechtigkeit hervorrufen. Wir müssen uns daran bewähren und messen lassen, wie wir in dieser Stadt und zwischen uns Konflikte und Auseinandersetzungen austragen und aushalten.

Die Kirchenleitung ist sich des Auftrages des Staates bewußt, das friedliche Zusammenleben aller Bürger zu gewährleisten. Die Ausgestaltung staatsbürgerlicher Freiheiten und der zu schaffenden sozialen Gerechtigkeit bedürfen der rechtlichen Verankerung.

Die Kirchenleitung ist besorgt, weil der Zusammenhang zwischen Rechtsfrieden und sozialem Frieden in unserer Stadt seit langem Schaden nimmt. Dieser Schaden läßt sich nur heilen, Vertrauen kann nur wachsen, wenn die Hausbesitzer und ihre Fürsprecher, der Senat und die Hauseigentümer miteinander den Weg des Gesprächs gehen.

Die Kirchenleitung bittet ihre Mitarbeiter, vor allem die Pfarrer, in ihrer seelsorgerlichen Verantwortung dahin zu wirken, daß die Eskalation von Erbitterung und Wut, der Teufelskreis sich ständig steigender Gewalt durchbrochen wird. Die Kirchenleitung warnt davor, über begreiflicher Betroffenheit die Gesamtheit der Gemeinde, an die die Mitarbeiter gewiesen sind, aus den Augen zu verlieren.

Die Kirchenleitung bittet alle Berliner, vor allem die Journalisten und die Politiker, zur Versöhnung zu reden und zu handeln.

Die Kirchenleitung dankt allen, die sich bisher schon auf diese Weise um Verständigung bemüht haben.

Gespräche intensivieren

Sitzung der Kirchenleitung
vom 1. Oktober 1981

Die Kirchenleitung der West-Berliner evangelischen Kirche hat sich auf ihrer Sondersitzung am Donnerstag, 1. Oktober, zu dialogfördernden Maßnahmen im Konflikt um die Wohnungspolitik in der Stadt bekannt. Gleichzeitig wurde erklärt, daß eine kirchliche Zusage zu irgendeiner Verantwortung, zum Beispiel Übernahme von Trägerschaft für nutzungsfähige Häuser, sehr viel Vorarbeit erfordern werde. Kritisiert wurde die

mangelnde Information durch die Stadtregierung in der Frage der den Kirchen zugedachten Trägerschaftsfunktionen für leerstehende oder von Instandbesetzern zu räumende Häuser. Zur besseren Einschätzung der Lage in der Stadt waren die Superintendenenten der zwölf Kirchenkreise zur Kirchenleitungs-Sitzung hinzugebeten worden.

Die Kirchenleitung sieht es „als ihr vom Evangelium unverrückbar gebotenes Ziel an, Eskalation und Polarisierung – und das schließt Gewalt mit Worten und im Denken ein – zwischen allen Menschen und gesellschaftlichen Gruppen abbauen zu helfen“, erklärte Kirchensprecher Hartmut Walsdorff am Freitag, 2. Oktober.

Die Kirchenleitung ist sich demnach der aufgeladenen Stimmung in weiten Bevölkerungskreisen bewußt, die sich auch gegen das Engagement von Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern richte. Demgegenüber habe sie sich davon überzeugen können, daß gerade die in der Besetzer-Szene vermittelnden und kritisch begleitenden Mitarbeiter „in hohem Maß dazu beigetragen haben, Gewalt zu verhindern“. (epd)

Ohne Liebe keine Lösung

Erklärung der Ratsleitung des
Ökumenischen Rates der Kirchen
vom 7. Oktober 1981

1. Wir sind betroffen darüber, daß in großen Teilen der Bevölkerung Angst, Haß und Unversöhnlichkeit wachsen.

2. In dieser Situation danken wir allen, die sich um das Gespräch zwischen Menschen und Gruppen unterschiedlicher Auffassungen über das Leben in unserer Stadt bemühen.

3. Wir bitten unsere Mitglieder, in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß ohne Liebe gerade Andersdenkenden gegenüber keine Lösung der anstehenden Probleme gefunden werden kann. Dabei wissen wir, daß auch dort, wo Menschen Gutes tun wollen, Böses geschehen kann. Deswegen setzen wir uns angesichts der verhärteten Fronten für vertrauensbildende Maßnahmen ein. Das ist nur möglich, wenn in aller Offenheit über Fehler und Versäumnisse in der Wohnungspolitik sowie über Gewalttätigkeiten bei Demonstrationen und Polizeieinsätzen miteinander geredet wird.

4. Gerade weil der Friede Gottes höher ist als alle Vernunft, halten wir an der Hoffnung fest, daß auch in der gegenwärtigen schwierigen Lage Begegnung von verfeindeten Menschen möglich ist. Deshalb bitten wir, die Versuche zum Gespräch nicht durch einseitige Maßnahmen zu gefährden. Wir mahnen die Bevölkerung unserer Stadt zu Besonnenheit, Geduld und Bereitschaft zur Versöhnung.

Eine Zeitung für Berliner

Das
BERLINER SONNTAGSBLATT
erscheint in Berlin und für Berlin.
Es berichtet aus Berlin. Aktuell,
vielseitig, meinungsfreudig.
Aber es vergißt die Umwelt
nicht: Was Christen in der DDR
beschäftigt, die Kirche im
Westen zu sagen hat, die
weltweite Christenheit diskutiert,
steht auch im
BERLINER SONNTAGSBLATT.

**Berliner
Sonntagsblatt**

Eine Zeitung für Christen

Das
BERLINER SONNTAGSBLATT
ist eine evangelische Wochen-
zeitung. Wer wissen will, was in
der Kirche los ist, was Christen
glauben, denken, diskutieren,
was in der Bibel steht und was
das mit unserer Welt, mit Politik
und Leben, Beruf und Familie zu
tun hat, der liest das
BERLINER SONNTAGSBLATT.

**Berliner
Sonntagsblatt**

Eine Zeitung für die Kirche

Das
BERLINER SONNTAGSBLATT
ist keine offizielle Kirchen-
zeitung. Aber es ist eine Zeitung
für die Kirche. Auch der Bischof
kommt zu Wort. Aber eben
nicht nur er. Zur Kirche gehören
viele Menschen. Sie alle können
mitreden, mitarbeiten, mitbeten.
Wer informiert sein will,
bestellt das
BERLINER SONNTAGSBLATT.

**Berliner
Sonntagsblatt**

Hiermit bestelle ich das

Berliner Sonntagsblatt

zum laufenden Bezug.

Das Bezugsgeld von 40,- DM jähr-
lich zahle ich nach Rechnungsemp-
fang durch Überweisung/Abbu-
chungsverfahren (Gewünschtes un-
terstreichen).

Name/Vorname

Straße

Postleitzahl

Ort

Datum

Unterschrift

Den Bestellschein bitte einsenden an den **Christlichen Zeitschriftenverlag,**
Fregestraße 41, 1000 Berlin 71